

Inhalt

Vorbemerkung	
Alfred Schröder	
Der Ukraine Krieg: Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und seine Kritiker ...	5
Heiner Karuscheit	
Der Ukraine-Krieg und die Frage des russischen Imperialismus	20
Heiner Karuscheit	
Der Ukraine-Krieg und die Militärpolitik der deutschen Bourgeoisie	23
Heiner Karuscheit	
Der Ukraine-Krieg und die Frage des deutschen Imperialismus	34

Diskussion

Manfred Englisch	
Neue Etappe der Hegemonialpolitik des deutschen Kapitals zur Verwandlung Europas in seine Homebase	43
Karl-Heinz Goll	
Zu H. Karuscheit: „Der Ukraine-Krieg und die Frage des deutschen Imperialismus“ ... und der verfehlt „Abschied“ von der Imperialismustheorie	46
Albert F. Reiterer	
Der Imperialismus und der Ukraine-Krieg. Eine Fundamental-Kritik zweier wesentlicher Grundlagen	54

Rezension

Martin Schlegel	
Buchtipp Jannis Milios: „Eine zufällige Begegnung in Venedig - Die Entstehung des Kapitalismus als Gesellschaftssystem“	60

Vorbemerkung

Der am 24. Februar d.J. mit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine begonnene Krieg hat alle politischen Kräfte gezwungen, Standpunkt zu beziehen, auch wenn die Suche danach in der DKP immer noch andauert.

Nach Auffassung der AzD-Redaktion handelt es sich auf beiden Seiten um einen reaktionären Krieg, den Russland als Eroberungskrieg unter Berufung auf die Grenzen des großrussischen Zarenreichs führt, die Eigenstaatlichkeit der Ukraine in Frage stellt und die Nationalitätenpolitik der Bolschewiki zurückweist. Umgekehrt dirigieren die USA den Krieg der Ukraine mit Hilfe der NATO mit dem Ziel, Russland zu schwächen und eine weitere Annäherung zwischen der EU und Russland zu unterbinden, um ihre Vorherrschaft über Europa zu festigen. Das heißt, es gibt in diesem Krieg keine fortschrittliche Seite, sondern man muss – wie Liebknecht und Lenin im 1. Weltkrieg – für die Niederlage *beider* Seiten und den Sturz der jeweiligen Regierungen eintreten.

Von A.Schröder und H.Karuscheit sind hierzu auf der Webseite der „Kommunistischen Debatte“ mehrere Beiträge erschienen, von denen die meisten hier abgedruckt sind; alle sind in der Rubrik „Ukraine-Krieg“ zu finden unter: <https://kommunistische-debatte.de/>.

Als Programm für alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte plädieren die Autoren für einen klaren Forderungskatalog:

„Austritt aus der NATO - NATO raus Deutschland! Ende aller Wirtschaftssanktionen gegen Russland und sofortige Öffnung von Nordstream 2! Keine Waffenlieferungen an die Kriegsparteien!“

Außerdem unterstützen sie die Forderung nach dem „*Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen*“, die sich gegen Russland ebenso wie gegen die Ukraine richtet.

Als Reaktion auf den Krieg hat die Berliner Regierung ein 100-Mrd-Aufrüstungsprogramm beschlossen, das die Linke umgehend als Kriegsvorbereitung und Rückkehr zu einem aggressiven Imperialismus wertete. Demgegenüber vertritt Karuscheit in seinen Beiträgen zur deutschen Bourgeoisie, dass die Leninsche Imperialismustheorie nicht geeignet ist, um die bürgerliche Außen- und Militärpolitik zu begreifen. Seines Erachtens hat der Ukraine-Krieg dem bisherigen Konzept zur Vorherrschaft über die EU bei einer gleichzeitigen „Sicherheitspartnerschaft“ mit Russland den Boden unter den Füßen entzogen und haben die USA es geschafft, die deutschen Selbstständigkeitsbestrebungen zu durchkreuzen, ohne dass die Bourgeoisie bisher ein neues Konzept für die Sicherheitspolitik gefunden hat.

Außerdem stellt er die Frage, wieso die Linke zwar lautstark auf ideologischer Ebene die Aggressivität des deutschen Imperialismus angreift, aber keine konkrete Antwort darauf diskutiert, wie sie etwa die frühere Arbeiterbewegung gegeben hat: *allgemeine Wehrpflicht und Übergang zu einem Milizsystem anstelle einer Berufsarmee aus bezahlten Söldnern!*

Gleich nach ihrem Erscheinen im Internet haben die hier abgedruckten Artikel eine Reihe von Kritiken ausgelöst, deren gemeinsamer Tenor das Beharren auf der Leninischen Imperialismustheorie ist; sie sind in der Rubrik „Diskussion“ nachzulesen. Wie einer der Kritiker, Albert F.Reiterer, sind auch wir der Auffassung, dass die Auseinandersetzung über diese Theorie uns in entscheidenden Punkten weiterbringen kann. Wir würden es daher begrüßen, wenn weitere Diskussionsbeiträge eingehen würden.

Zu dem Thema hat A. Schröder begonnen, die Entwicklung der Imperialismustheorie durch Lenin historisch-politisch zu untersuchen, ausgehend vom Ukraine-Krieg. Sein Beitrag „Der falsche Lenin. Ukrainekrieg und Imperialismustheorie“ hat in der vorliegenden AzD-Ausgabe keinen Platz gefunden, er ist auf der Webseite der „Kommunistischen Debatte“ nachzulesen:

www.kommunistische-debatte.de/?page_id=2523/

Zum Abschluss stellt Martin Schlegel das Buch von Jannis Milios über die „Entstehung des Kapitalismus als Gesellschaftssystem“ vor: „Eine zufällige Begegnung in Venedig“.

Der griechische Ökonom behandelt mit großer Sachkenntnis die zum Teil widersprüchlichen Aussagen von Marx zur Entstehung des Kapitalismus und zur Rolle des Geldkapitals. Für die Entwicklung einer kapitalistischen Gesellschaft spielt das historisch gleichzeitige Zusammentreffen von Geldbesitz und Lohnarbeit eine wichtige Rolle. Am Beispiel des spätmittelalterlichen Venedig belegt Milios seine theoretischen Aussagen. An diesem Beispiel wird auch deutlich, dass der Weg Englands nicht der einzig mögliche hin zu einer kapitalistischen Gesellschaft ist. Das Buch ist eine fundierte Darstellung von grundsätzlichen Themen des Marxismus und stellt historisch auch manche tradierten Denkgewohnheiten in Frage.

Selbstbestimmungsrecht der Nationen

"Ob es zum Beispiel der Ukraine beschieden sein wird, einen selbstständigen Staat zu bilden, das hängt von 1000 Faktoren ab, die im Voraus nicht bekannt sind. Und ohne zu versuchen, ins Blaue hinein zu 'raten', treten wir entschieden für das ein, was ausser Zweifel steht: das Recht der Ukraine auf einen solchen Staat." (Lenin, Anfang 1914, LW Bd. 20, S. 416)

Alfred Schröder

Der Ukraine Krieg: Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und ihre Kritiker. Plädoyer für einen revolutionären Defätismus und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen

Der russische Angriffskrieg gegen die von den USA aufgerüstete und unterstützte Oligarchen-Diktatur in der Ukraine hat über 20 Jahre nach den Jugoslawienkriegen die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen erneut in das Zentrum der Debatte gerückt.¹ Wie damals erweisen sich die politischen Kräfte, die sich selbst als Linke begreifen, ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Während ein Flügel die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen verwirft und sie als einmalige historische Notlösung der Bolschewiki für überholt erklärt, um die russische Intervention „marxistisch“ zu legitimieren (Andreas Wehr), gelangen die offenen Kritiker des russischen Angriffskrieges sehr schnell zu politischen Positionen, die sie – wie wir unterstellen, ungewollt – an die Seite der NATO und der eigenen Bourgeoisie bringen.

I. Ungewollt an der Seite der NATO

Ein Beispiel für letzteres ist die Initiative für eine "neue Friedensbewegung", hinter der die MLPD als treibende Kraft steht. Sie fordert: "Sofortiger Waffenstillstand und Rückzug aller russischen Truppen" (siehe Resolution der AKL vom 10.04.2022). Dies ist - eigentlich für jeden erkennbar - eine Nato-Forderung. Obwohl man davon ausgeht, dass Rivalitäten imperialer Mächte dem Krieg zugrunde liegen,² stellt man

¹ Siehe dazu: https://kommunistische-debatte.de/?page_id=469

² „Dieser Krieg ist ein imperialistischer Krieg durch eine kapitalistische Regionalmacht gegen einen kleineren Staat. ... Es handelt sich gleichzeitig um einen Stellvertreterkrieg, in dem die kapitalistische ukrainische Regierung die geostrategischen Interessen des westlichen Imperialismus repräsentiert.“ (AKL) Als zweitgrößte Atommacht mit Sitz und Veto-Recht im UN-Sicherheitsrat kann man Russland nicht einfach auf eine „Regionalmacht“ reduzieren. Und erst recht fragwürdig ist es, die Ukraine als „kleineren Staat“ zu definieren, obwohl sie flächenmäßig deutlich größer als die BRD oder Frankreich ist. Mit einer Fläche von 603.700 Quadratkilometern ist sie nach Russland der zweitgrößte Staat Europas und der größte, dessen Gebiet zur Gänze innerhalb des Kontinents liegt. Da sie in den letzten Jahren reichlich aufgerüstet wurde, kann man davon ausgehen, dass ihre Truppenstärke inzwischen der Größe der Bundeswehr entspricht, wenn nicht sogar übertrifft. Da in der Ukraine momentan die allgemeine Wehrpflicht Gesetz ist, kann sie jederzeit weiter gesteigert werden, wenn die NATO

Friedensforderungen auf, die einzig einer Seite der kriegführenden Mächte nützen. Und pikanterweise handelt es sich bei dieser Seite um das von der NATO und der deutschen Bourgeoisie unterstützte Lager der ukrainischen Oligarchen. Indem man die Forderung nach einem Waffenstillstand mit der Forderung nach einem Rückzug aller russischen Truppen koppelt, diesen Rückzug sozusagen als Ausgangspunkt für Friedensverhandlungen definiert, redet man einem Sieg der von der NATO unterstützten Oligarchen-Herrschaft in der Ukraine das Wort.

In dem aktuellen politisch-militärischen Umfeld des Ukraine-Krieges ist nicht die Losung nach einem „sofortige(n) Waffenstillstand und Rückzug aller russischen Truppen“ aufzustellen, sondern ein **Friedenschluss auf dem Boden der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen**" zu fordern. Nur im Kontext dieser Zielsetzung macht ein Waffenstillstand Sinn und kann einen Weg zum Frieden ebnen.

Diese Forderung richtet sich gegen beide Kriegsparteien. Von Russland verlangt sie die Anerkennung der Ukraine als selbstständiger Nation mit dem Recht auf einen eigenständigen Staat. Von der Ukraine verlangt sie die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der russischen Bevölkerung im Donbass und auf der Krim **bis hin zur Lostrennung** von der Ukraine und Anschluss an Russland (nicht nur national-kulturelle Autonomie innerhalb der Ukraine).³

Ein Rückzug aller russischen Truppen ohne Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen liefert die Ostukraine und die Krim, ganz unabhängig von dem Willen der dortigen Bevölkerung und ohne Anerkennung ihres Rechts auf Selbstbestimmung, dem westlichen Militärbündnis und seinen ukrainischen Handlangern aus. Zu dieser – von den Autoren vermutlich nicht gewollten – Position gelangt man in der politischen Praxis, wenn man die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen ignoriert, sie für eine überholte, der Vergangenheit und politischen Notlagen geschuldeten Marotte Lenins hält, die heute keinerlei Bedeutung mehr besitzt.

Gegen die NATO und den Krieg ihrer ukrainischen Marionetten

Nicht besser die nächste Forderung des Bremer Papiers, das zur Begründung einer „neuen Friedensbewegung“ dienen soll: „NATO-Truppen raus aus Osteuropa“. Das, was die Autoren vermutlich als Zugeständnis an russische Vorbehalte gegen die fortwährende NATO-Ausdehnung nach Osten formulieren wollten, bedeutet im Umkehrschluss der

dafür die Waffen und ausreichend Munition liefert. Die zitierte Textstelle dokumentiert, dass man sprachlich die Einordnungen der herrschenden Kriegspropaganda unhinterfragt übernimmt.

³ Dieser Position (national-kulturelle Autonomie) hängen die Verfasser des Bremer Papiers an, vermutlich ebenso unbewusst, wie sie eingangs die Nato-Forderung aufgestellt haben. Am Ende ihres Textes schreiben sie: "Für das Recht auf Selbstbestimmung der Bevölkerung der Ukraine sowie der Menschen in der Ostukraine und auf der Krim. Garantierte Rechte für alle Minderheiten, gegen jede Diskriminierung!"

Das Selbstbestimmungsrecht schließt das **Recht auf Lostrennung** vom gegebenen Staat ein, wie Lenin in der Auseinandersetzung mit R. Luxemburg immer wieder hervorgehoben hat. Die "national-kulturelle Autonomie" beinhaltet stattdessen nur "Rechte für Minderheiten" innerhalb des gegebenen Gesamtstaates und spricht sich gegen Diskriminierungen nationaler Minderheiten aus. Der Verdacht liegt nahe, dass den Autoren dieser Unterschied gar nicht bewusst ist.

Selbstbestimmungsrecht der Nationen

obigen Forderung eine Anerkennung und stillschweigende Akzeptanz der NATO-Herrschaft über den Rest des europäischen Kontinents, die gar nicht mehr erwähnt wird. Dies liegt vermutlich ebenso wenig in der Absicht der Autoren, wie ihr ungewollter Schulterchluss mit den NATO-Parolen. Aber hier zeigt sich: Die „neue Friedensbewegung“ hat Schwierigkeiten, Forderungen zu entwickeln, die sich sowohl gegen den russischen Angriffskrieg als auch – was das wichtigere von beiden darstellt – gegen die eigene Bourgeoisie und deren NATO-Mitgliedschaft richten.

Der NATO und besonders ihrer amerikanischen Führungsmacht wird dieser politische Rückschritt gegenüber der Friedensbewegung der siebziger Jahre genehm sein: Die Existenz der US und NATO-Truppen im Westen und in der Mitte Europas wird nicht thematisiert, ihr Abzug ist keine Forderung der Friedensbewegung mehr. Eine demokratische und internationalistische - und erst recht eine offen revolutionäre Position – muss völlig andere Inhalte ins Zentrum der Politik rücken. Die BRD ist zentraler Bestandteil eines von den USA geführten imperialen Bündnissystems, das den Krieg der ukrainischen Oligarchen-Clique gegen das eigene Volk und gegen Russland anheizt, finanziert und militärisch unterstützt. Damit hat sich an den grundlegenden Positionen, die Liebknecht und Lenin bereits vor über 100 Jahren verfochten, nichts geändert. In einem imperialistischen Krieg „steht der Feind im eigenen Land“, ganz egal ob die BRD nun offen mitkämpft oder „nur“ den Krieg finanziert („Wirtschaftskrieg“, wie Habeck es formulierte) und Waffen liefert. Somit kann die zentrale Friedensforderung in Deutschland nur gegen die eigene Bourgeoisie und ihre Mitgliedschaft in der Nato gerichtet sein:

Deutschland raus aus der NATO - NATO raus aus Deutschland!

Die "alte Friedensbewegung" der 70er Jahre kannte diese Parole sehr wohl und diesseits wie jenseits des Atlantiks war ihr demokratischer und antiimperialistischer Charakter allen politischen Lagern klar. Mit Deutschland steht und fällt die NATO-Vorherrschaft der USA über Europa. Die „neue Friedensbewegung“ der MLPD sowie die restliche Linke stellt diese Forderung gar nicht mehr.

Unterstützung der Ukraine?

Stattdessen verfißt man die Parole „Der zivile und militärische Widerstand gegen die Invasion und die Besatzung durch russische Truppen ist berechtigt.“ Das hört man gerne im Lager der NATO, der deutschen Bourgeoisie und der ukrainischen Oligarchen. Mit dem Aufruf zur Unterstützung der Ukraine suchen die Herrschenden die eigene Bevölkerung für den Krieg zu begeistern und die materielle Ausplünderung breiter Bevölkerungsschichten für den NATO-Krieg als Unterstützung des ukrainischen „Befreiungskampfes“ zu verkaufen.

Wieder ist die „neue Friedensbewegung“ mit dieser Position einer von der Regierung und der amerikanischen Militärallianz vorgegeben Propaganda gefolgt und hat damit einer von der NATO-Allianz betriebenen Meinungskampagne in den Medien nachgegeben. **Aber in diesem Krieg um imperiale Einflusssphären gibt es keine richtige Seite.** Die Unabhängigkeit und staatliche Selbstständigkeit der Ukraine kann man nicht an der Seite der NATO und der ukrainischen Oligarchen verteidigen, die dieselbe 2014 an die

Amerikaner verkauft haben und auch weiterhin verkaufen wollen, da sie nur so ihre Herrschaft über die Ukraine aufrechterhalten können.

Irgendwie fühlen dies die Vertreter der „neuen Friedensbewegung“ auch und schreiben deshalb: „Die Führung des bewaffneten Widerstandes liegt allerdings in den Händen der reaktionären Regierung Selenskyj, die versucht, den Krieg durch die stärkere Einbeziehung der NATO auszuweiten. Wir lehnen eine Unterstützung dieser Regierung ab.“ Nur hilft dieses Eingeständnis nicht aus dem von ihnen selbst verursachten Dilemma heraus. Wer aktiven militärischen Widerstand gegen die russische Aggression leisten will, begibt sich politisch unter die „Führung ... der reaktionären Regierung“, wie die Autoren richtig schreiben. Er stärkt mit seinen Handlungen die Herrschaft der Oligarchen und ihrer Marionette Selenskyj. Er kämpft nicht für Selbstständigkeit der Ukraine, sondern für die Aufrechterhaltung der Oligarchen-Herrschaft und für ihre weitere Einbeziehung in die amerikanische Einflussphäre.

Deshalb gilt es zusätzlich zu den beiden bereits oben formulierten Forderungen (Selbstbestimmungsrecht und NATO-Austritt) auch in dieser Frage eine klare Position zu beziehen; gegen die Propaganda der NATO und der deutschen Bourgeoisie zur Unterstützung des Ukrainekrieges.

Keine Unterstützung für den Krieg der NATO-Marionette Ukraine!

Die Unterstützung einer der kriegsführenden Parteien ist, wie vor über 100 Jahren auch heute, sowohl in den NATO-Staaten wie in der Ukraine oder in Russland, eine Parole der chauvinistischen Kriegstreiber. Der gegebene Ukraine-Krieg ist auf keiner Seite ein „gerechter Krieg“, als Kommunist kann man nur *für die Niederlage aller Beteiligten* eintreten. Die Leninsche Position während des I. Weltkriegs ist auch für heutige Situation die einzig vertretbare: „Die moderne Demokratie wird nur in dem Falle sich selbst treu bleiben, wenn sie sich keiner einzigen imperialistischen Bourgeoisie anschließt, wenn sie sagt, dass ‚beide das größere Übel‘ sind, wenn sie in jedem Land die Niederlage der imperialistischen Bourgeoisie herbeiwünscht.“ Und an anderer Stelle: „Die Verfechter des Sieges der eigenen Regierung im gegenwärtigen Krieg und die Anhänger der Losung ‚Weder Sieg noch Niederlage‘ stehen gleicherweise auf dem Standpunkt des Sozialchauvinismus. Die revolutionäre Klasse kann in einem reaktionären Krieg nichts anderes als die Niederlage der eigenen Regierung wünschen ...“⁴

II. Putin, Wehr und Luxemburg gegen das Selbstbestimmungsrecht

Von den politisch hilflosen Kritikern der russischen Aggression, deren Forderungen bisher immer eine offene Flanke gegenüber der NATO und der eigenen Bourgeoisie aufweisen, nun zu den „verschämten Verteidigern“ der russischen Aggression.

Putins Kritik an der Leninschen Position

Anders als die ehemalige Linke in Deutschland kennt Putin sehr wohl die Bedeutung der Leninschen Position zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Deshalb hat er den „Stier bei den Hörnern gepackt“ und den russischen Angriffskrieg mit einem

⁴ Lenin Werke, Bd. 21, S. 133 und S. 316

Selbstbestimmungsrecht der Nationen

Frontalangriff auf die Leninsche Position zum Thema Selbstbestimmungsrecht der Völker gerechtfertigt (siehe: Vladimir Putin: Rede an die Nation vom 21.02.2022). ([Zeitschrift OSTEUROPA | Dokumentation zeitschrift-osteuropa.de](https://zeitschrift-osteuropa.de))

Andreas Wehr, ein "verständnisvoller" Interpret Putins, hat ihn auf Telepolis in seinem Artikel unter dem Titel "War Lenin schuld?" (<https://www.heise.de/tp/features/War-Lenin-schuld-6669705.html>) ausführlich und weitgehend kritiklos zitiert. Putin bedient sich in dieser Rede ganz offen einer großrussischen chauvinistischen Argumentation. „Also, dies zuerst: Die heutige Ukraine wurde voll und ganz und ohne jede Einschränkung von Russland geschaffen, genauer: vom bolschewistischen, kommunistischen Russland. Dieser Prozess begann im Grunde gleich nach der Revolution von 1917. Lenin und seine Mitstreiter gingen dabei äußerst rücksichtslos gegen Russland selbst vor, von dem Teile seiner eigenen historischen Gebiete abgetrennt und abgestoßen wurden. Die Millionen Menschen, die dort lebten, hat natürlich niemand gefragt.“ Diese Polemik Putins, die von A. Wehr kommentarlos übernommen wird, bedarf einiger Korrekturen.

Nicht gefragt wurden diese „Millionen Menschen“, als sie vom Zarismus annektiert wurden; über ihren Beitritt zur 1922 gegründeten Union der Sowjetrepubliken konnten sie dagegen abstimmen, wurden also sehr wohl gefragt. Nicht die Bolschewiki haben somit „Millionen Menschen“ von Russland „abgetrennt und abgestoßen“, sondern unter den Romanow-Zaren wurden „Millionen Menschen“ samt den Territorien, auf denen sie lebten, erobert und russifiziert. Dies geschah unter dem Leitspruch „Orthodoxie, Autokratie und Volkstum“, dem politisch-ideologischen Banner des großrussischen Chauvinismus. Wobei mit Volkstum der religiös-orthodoxe und zarentreue Großrusse gemeint war.

Putin formulierte dies in seiner Rede folgendermaßen: „Seit jeher nannten sich die Bewohner der südöstlichen, historischen altrussischen Lande Russen und Orthodoxe. So war es vor dem 17. Jahrhundert, als sich ein Teil dieser Gebiete wieder mit dem Russländischen Staat vereinte, und so blieb es danach.“ Diese zwei Sätze wurden von A. Wehr nicht zitiert, vielleicht weil der dahinterstehende großrussische Chauvinismus mit begleitender Geschichtsrevision etwas zu offensichtlich ist? Für Putin wie für die Romanow-Zaren waren die Ukrainer danach schon immer Russen,⁵ obwohl sie in der wirklichen Geschichte erst im 17. Jahrhundert nach einem Krieg mit Polen-Litauen ins Zarenreich (durch den Frieden von Andrussow im Jahre 1667) „eingegliedert“ wurden.

Trotzki beschreibt diesen Gedankengang treffend in seiner Geschichte der russischen Revolution (im Kapitel zur nationalen Frage): „Die bürgerliche Gleichberechtigung (der

⁵ Nach neueren Pressemeldungen (BILD vom 11.06.22) war auch das Baltikum lt. Putin im Nordischen Krieg durch Peter nur „zurückeroberter“ worden, und gehörte schon immer zu Russland. Auf Russia Today wird Putin zitiert: „Der Zar gründete die Stadt St. Petersburg im Jahre 1703, nach der Eroberung des Gebietes während des Großen Nordischen Krieges. ‚Er nahm nichts weg, er nahm etwas zurück‘, sagte Putin und spielte damit auf einen Präzedenzfall für die aktuelle Krise in der Ukraine an. Alle erkannten es als zu Schweden gehörig an. Allerdings lebten dort seit jeher die Slawen zusammen mit den finno-ugrischen Völkern, und dieses Gebiet stand unter der Kontrolle Russlands.“ (<https://test.rtde.tech/kurzclips/video/140783-putin-inspiriert-von-erfolgen-peters/>)

Februarrevolution; A.S.) brachte vor allem nichts den Finnen, die nicht Gleichstellung mit den Russen anstrebten, sondern Unabhängigkeit von Russland. Sie brachte nichts Neues den **Ukrainern** ein, die auch früher keine Einschränkungen gekannt hatten, **weil man sie zwangsweise für Russen erklärte.**“ (Hervorhebung von mir, A.S.) Das Zarentum ehemals und Putin heute haben hier dieselbe Weltsicht: Die Ukrainer waren schon immer orthodoxe Russen.

Lenins Position zu dieser Art großrussischem Chauvinismus war klar: „Die Sozialisten können ihr großes Ziel nicht erreichen, ohne gegen jede Art von nationaler Unterdrückung zu kämpfen. Sie müssen daher unbedingt fordern, dass die sozialdemokratischen Parteien der *unterdrückenden* Länder (insbesondere der sog. Großmächte) das Selbstbestimmungsrecht der *unterdrückten* Nationen anerkennen und verfechten, und zwar ausdrücklich im politischen Sinne des Wortes, d. h. als Recht auf politische Loslösung. Ein Sozialist, der ... dieses Recht nicht verteidigt, ist ein Chauvinist.“⁶ Wer nicht das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen anerkennt und zwar einschließlich ihres Rechts auf „Loslösung“ vom vorgegebenen „Großreich“, ist – so Lenin – kein Sozialist, sondern ein Chauvinist. Und genau diese Position bezieht Putin im Bündnis mit der orthodoxen Kirche gegenüber der Ukraine, anknüpfend an die zaristische Position, die Ukrainer schlichtweg als Russen wahrzunehmen.

Und konkret auf die Ukraine bezogen ergänzt ihn Trotzki folgendermaßen: „Im April 1917 sagte Lenin: ‚Wenn die Ukrainer sehen werden, dass bei uns die Sowjetrepublik ist, werden sie sich nicht losrennen, wenn aber bei uns Miljukows⁷ Republik sein wird, dann werden sie sich losrennen.‘ Auch darin hatte er (Lenin; A.S.) recht. Die Geschichte hat eine unvergleichliche Nachprüfung zweier Arten von Politik in der nationalen Frage geliefert. Während Österreich-Ungarn, dessen Proletariat im Geiste ängstlicher Halbheit erzogen ward,⁸ bei der ersten ernstesten Erschütterung in Stücke zerfiel, ... entstand auf den Ruinen des Zaren-Russland ein neuer Nationalitätenstaat, ökonomisch und politisch durch die bolschewistische Partei innig verschmolzen.“ <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotsky/1930/grr/b2-kap16.htm>

... und sein deutscher Interpret

Diese Putinsche großrussische Geschichtsrevision lässt A. Wehr deshalb unkommentiert, weil sein Anliegen ein anderes ist. Er will Putin vor dem Vorwurf einer großrussischen nationalistischen Politik gegen linke Kritiker verteidigen, die „es sich mit ihrer pauschalen Kritik zu einfach (machen)“. Nachdem der Autor Putins Geschichtsrevision ganz „pauschal“ und weitgehend kritiklos übernommen hat, entwickelt er folgende Kritik an der Linken: „Putin bezeichnete die leninistischen Prinzipien des Staatsaufbaus der Sowjetunion nicht nur als ‚Fehler‘ sondern weitaus schlimmer als einen Fehler“. Dies

⁶ LW Bd. 21, S. 317-318.

⁷ Führender politischer Kopf der russischen „Kadettenpartei“, einer bürgerlich-nationalistischen Oppositionspartei unter dem Zarismus und Regierungspartei nach der Februarrevolution. Miljukow besetzte in der 1. Provisorischen Regierung das Außenministerium und forderte die Eroberung der Dardanellen als Kriegsziel für Russland.

⁸ In der österreichischen Sozialdemokratie war die Theorie der „national-kulturellen Autonomie“ für den Habsburger Vielvölkerstaat entwickelt worden.

Selbstbestimmungsrecht der Nationen

führte zu Kritik bei nicht wenigen Linken, die darin lediglich eine typische russische nationalistische Position sehen konnten, die im Gegensatz zur leninistischen Nationalitätenpolitik stünde. Doch diese Kritiker machen es sich mit ihrer pauschalen Kritik zu einfach, denn die Haltung der Bolschewiki in dieser Frage war zum einen über lange Zeit keineswegs eindeutig, zum anderen hatte keine Geringere als Rosa Luxemburg seinerzeit die Nationalitätenpolitik der Bolschewiki einer gnadenlosen Kritik unterzogen, die der Putins von heute verblüffend ähnelt. Luxemburg war mit den politischen Verhältnissen in der Region vertraut. Als sowohl deutsche wie auch polnische Sozialistin sprach sie Russisch und kannte viele der Bolschewiki persönlich.“

Hier gilt es zuerst eine unbelegte und in der Sache fehlerhafte Behauptung zur bolschewistischen Politik zu korrigieren. Wehrs Unterstellung, dass „die Haltung der Bolschewiki“ in der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen „über lange Zeit keineswegs eindeutig“ gewesen sei, entbehrt jeder Grundlage. Von dem Programmparteitag 1903 (wo Plechanow diesen Programmpunkt verteidigte) bis zum neuen Parteiprogramm der KPR nach dem russischen Oktober blieb die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen eine Grundlage der bolschewistischen Programmatik. Kritiken an dieser Position gab es, wie an vielen anderen Punkten des Programms, durchaus. In der Frage des Selbstbestimmungsrechts kam die Kritik vor allem von der SDKPiL,⁹ in der Rosa Luxemburg die führende theoretische und politische Position besaß. Nur haben diese wiederholten Kritiken und die ebenso prompten Antworten (zumeist von Lenin) auf diese Kritiken nichts an der grundsätzlichen Position und entsprechenden Programmatik der Bolschewiki in dieser Frage geändert. Wehrs Unterstellung, dass die Haltung der Bolschewiki zum Selbstbestimmungsrecht „über lange Zeit keineswegs eindeutig“ gewesen sei, entspricht nicht den Tatsachen.

Warum Rosa Luxemburg?

Warum ergänzt Wehr die oben zitierten Auffassungen Putins mit den Positionen Rosa Luxemburgs? In seinen Ausführungen legt er dem Leser nahe, dass es sich bei Rosa Luxemburg um eine Person handelt, die mit dem Sachverhalt und den politischen Akteuren bestens vertraut sei. „Luxemburg war mit den politischen Verhältnissen in der Region vertraut. Als sowohl deutsche wie auch polnische Sozialistin sprach sie Russisch und kannte viele der Bolschewiki persönlich.“ Wehr suggeriert: Mit R. Luxemburg haben wir es mit einer fachkundigen und gut vernetzten Politikerin zu tun, die uns ein unverstelltes Bild der Verhältnisse liefern kann. Es macht Sinn, ihren Einschätzungen zu folgen.

Nun treffen die angeführten „Qualifizierungsmerkmale“ auf eine andere Person in noch größeren Umfang zu: Leo Trotzki. Er wurde sogar in der Ukraine geboren, sprach neben russisch noch eine Reihe anderer Sprachen, war mindestens ebenso mit den politischen Verhältnissen in der Region vertraut „und kannte viele Bolschewiki“. (Wir zitieren nur Wehrs „Qualifizierungsmerkmale“). Warum also Rosa Luxemburg? Die Antwort auf diese Frage ist einfach. Mit Trotzki's Positionen zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen kann man keinen großrussischen Annexionskrieg gegen die Ukraine

⁹ Sozialdemokratie des Königsreichs Polen und Litauen

rechtfertigen. Mit Rosa Luxemburgs Kritiken am Selbstbestimmungsrecht der Nationen allerdings sehr wohl.

R. Luxemburg hat vor über 100 Jahren - wie Putin heute - der ukrainischen Nation (und beileibe nicht nur der Ukraine),¹⁰ das Recht auf eigenständige staatliche Existenz abgesprochen. Mit den Zitaten von ihr soll dem schwer zu übersehenden imperialen Charakter der Putinschen Ausführungen ein „linker Anstrich“ verpasst werden. „In ihrer Schrift 'Die russische Revolution', die sie im Herbst 1918 während ihrer Haft in Breslau verfasste, argumentierte Rosa Luxemburg ganz ähnlich wie Wladimir Putin heute. Ihre Kritik an der Nationalitätenpolitik der Bolschewiki war sogar schärfer“, schreibt Wehr. Wer will bei solch einer Kronzeugin Putin einen „Imperialisten“ nennen, wenn die internationalistische Luxemburg nicht nur „ganz ähnlich“, sondern in ihrer Kritik „an der Nationalitätenpolitik der Bolschewiki sogar schärfer (argumentierte)“, so Wehr? Die des Imperialismus unverdächtige Luxemburg soll die Positionen des offenen Großmachtpolitikers Putin in den Resten der ehemaligen Linken salonfähig machen, der großrussische Chauvinismus Putins soll hinter den linksradikalen Kritiken Rosa Luxemburgs an den Bolschewiki verdeckt werden. In der Praxis enthüllt dieses Verfahren nur die Fehlerhaftigkeit von R. Luxemburgs Positionen, die von A. Wehr genutzt werden, einen chauvinistischen Eroberungskrieg zu legitimieren.

Rosa Luxemburg und die nationale Frage

Bei seiner Begeisterung für Luxemburgs Kritiken am Bolschewismus „vergisst“ Wehr, dem Leser die eigentliche Position R. Luxemburgs zur nationalen Frage darzustellen. Rosa Luxemburg war Zeit ihres politischen Lebens Anhängerin der „national-kulturellen Autonomie“ und damit Kritikerin des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, insbesondere des Rechts auf eine eigene staatliche Existenz der unterdrückten Nationen. Dies war für sie eine nationalistische Abweichung vom Marxismus. Schauen wir uns Luxemburgs Position etwas genauer an und zitieren dazu Prof. Dr. Ulla Plener, die in der Linken als Kennerin der Positionen Luxemburgs und Lenins in der nationalen Frage gilt.¹¹

„Rosas Luxemburgs Gegenforderung zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen hieß: national-kulturelle Autonomie. Im Einzelnen schrieb sie dazu ... 1906: ‚Da unser Land innerhalb des russischen Reiches gewissermaßen eine besondere Einheit darstellt, die sich im kulturellen Leben und teilweise auch in sozialökonomischer Beziehung von den anderen Teilen des Reiches unterscheidet, fordert die Sozialdemokratie des

¹⁰ „Der Nationalismus ist augenblicklich Trumpf. Von allen Seiten melden sich Nationen und Natiönchen mit ihren Rechten auf Staatenbildung an. Vermoderte Leichen steigen aus hundertjährigen Gräbern, von neuem Lenztrieb erfüllt, und ‚geschichtslose‘ Völker, die noch nie selbstständige Staatswesen bildeten, verspüren einen heftigen Drang zur Staatenbildung. Polen, Ukrainer, Weißrussen, Litauer, Tschechen, Jugoslawen, zehn neue Nationen des Kaukasus. Zionisten errichten schon ihr Palästina-Ghetto, vorläufig in Philadelphia – auf dem nationalistischen Blocksberg ist heute Walpurgisnacht. ... Aber der Nationalismus ist nur die Formel. Der Kern, der historische Inhalt, der dahintersteckt, ist so mannigfaltig und beziehungsreich, wie die Formel der ‚nationalen Selbstbestimmung‘, unter der er sich verbirgt, hohl und dürftig ist.“ (Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Bd. 4, S. 368.)

¹¹ Siehe dazu, Z Nr.109, S. 71, Anmerkung am Seitenende.

Selbstbestimmungsrecht der Nationen

Königreichs Polen und Litauens außer der allgemeinen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung aller Nationen die *Landesselbstverwaltung, d.h. Autonomie, für Polen*. Das würde bedeuten, dass alle Angelegenheiten, die speziell unser Land betreffen, vom Volk unseres Landes mit Hilfe eigener Beamter und eines eigenen Landesparlaments erledigt werden würden, das von der gesamten erwachsenen Bevölkerung in allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen gewählt werden müsste, und dass bei uns polnische Schulen, Gerichte und andere notwendige Institutionen eingeführt würden, die in ihrer Tätigkeit dem polnischen Sejm unterstehen. Die Landesselbstverwaltung ist unerlässlich sowohl für die Garantie einer genügenden Freiheit der kulturellen Entwicklung unserer Nationalität als auch für die wirksame Verteidigung der Klasseninteressen des polnischen Proletariats.“¹²

Landesselbstverwaltung und Autonomie *innerhalb* des russischen Reiches, begleitet von „einer genügenden Freiheit der kulturellen Entwicklung unserer Nationalität“ *ohne das Recht auf eine eigenständige staatliche Existenz Polens jenseits von Russland*, das ist das Programm von Luxemburg und der von ihr dominierten polnischen Fraktion der Sozialdemokratie. Und selbst dieses Recht auf Autonomie forderte sie nur für das Königreich Polen-Litauen, den ökonomisch entwickelten Teil des polnischen Territoriums. Die Leugnung des Rechts auf Selbstbestimmung für alle anderen Völker und Nationen, denen die Herausbildung eigener Nationalstaaten von den Großmächten ihrer Zeit verwehrt wurde und die in der Herausbildung bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse dem Westen Europas hinterherhinkten, führte damals und führt auch heute in der politischen Praxis zur Stärkung des reaktionären bürgerlichen und kleinbürgerlichen Nationalismus. Es ermöglicht der nationalen Bourgeoisie der *unterdrückten Nationen* das Kleinbürgertum und Teile der Arbeiterklasse unter der Fahne der Nation zu sammeln umso ihre politische Hegemonie aufzurichten. Weiterhin stärkt es auf der anderen Seite die chauvinistischen Kräfte bei der *unterdrückenden Nation* und bindet dort ebenso das Kleinbürgertum an die herrschende Klasse. In beiden Fällen kann das Proletariat mit seinem internationalistischen Anspruch nicht zum Führer einer Volksrevolution werden, ohne ein revolutionär-demokratisches Programm in der nationalen Frage zu verfechten. Die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung der Nationen bis hin zur Lostrennung ist diese revolutionär-demokratische Forderung um die Hegemonie der Bourgeoisie über das Kleinbürgertum und Teile der Arbeiterschaft in der nationalen Frage zu brechen.

War dieses Kleinbürgertum schon im Westen Europas die zahlenmäßig stärkste Kraft bei der Erkämpfung der nationalen Einheit, so erst recht je weiter man nach Osten kam und die Städte im Meer der Bauernschaft untergingen. Die Politik Luxemburgs und der von ihr und L. Jogiches weitgehend dominierten SDKPiL stärkte jene nationalistischen

¹² Prof. Dr. Ulla Plener: „Rosa Luxemburg und Lenin über die nationale Frage“; in: Z Nr.109, S. 74. Frau Plener ist in diesem Artikel sehr bemüht, die Differenzen zwischen Lenin und Luxemburg in der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen weitgehend zu verwischen (sie sozusagen auf Polen zu begrenzen) und stattdessen die Übereinstimmung der beiden Kontrahenten in dieser Frage zu betonen. Dies trifft allerdings nicht die Realität. Die Differenz war grundlegend und beiden Kontrahenten bewusst.

Tendenzen besonders in Polen, deren Bekämpfung ihr eigentliches Anliegen war und schwächte damit die Position des revolutionären Proletariats.

Lenin arbeitet dies in seiner Kritik an der Losung der „national-kulturellen Autonomie“ heraus: „Die Sozialisten beschränken sich nicht auf allgemein-demokratische Forderungen. Die Sozialisten kämpfen gegen alle und jedwede Erscheinungsformen des bürgerlichen Nationalismus, gegen die plumpen wie gegen die raffinierten. Gerade eine solche Erscheinungsform ist eben die Losung der ‚national-kulturellen Autonomie‘, die das Proletariat und die Bourgeoisie einer Nation vereinigt und die Proletarier der verschiedenen Nationen voneinander trennt. ...

Die Einheit der Arbeiter aller Nationalitäten bei vollständiger Gleichberechtigung der Nationalitäten ... - das ist unsere Losung, wie es auch die Losung der gesamten internationalen revolutionären Sozialdemokratie ist. Diese wahrhaft proletarische Losung erzeugt kein verlogenes Trugbild und keine Illusionen über die ‚nationale‘ Einheit des Proletariats und der Bourgeoisie, während die Losung der ‚national-kulturellen Autonomie‘ unvermeidlich ein solches Trugbild erzeugt und unter den Werktätigen eine solche Illusion weckt. ...

Die Einheit von unten, die vollständige Einheit und Verschmelzung der sozialdemokratischen Arbeiter aller Nationalitäten in sämtlichen örtlichen Arbeiterorganisationen – das ist unsere Losung. Nieder mit der bürgerlichen, betrügerischen und kompromisslerischen Losung der ‚national-kulturellen Autonomie‘.“¹³

Luxemburg und der demokratische Kampf

Die Differenzen zwischen Lenin und Luxemburg waren in dieser (wie auch in anderen Fragen) grundsätzlicher Art und in der damaligen Sozialdemokratie der II. Internationale wohlbekannt. Und sie beschränkten sich keineswegs auf die Frage der Selbstbestimmung. Die Forderung des Rechts auf Selbstbestimmung ist – wie Lenin immer wieder betonte - ein Problem des demokratischen Kampfes. Dem Kampf um demokratische Rechte aber stand Luxemburg ähnlich ablehnend gegenüber wie dem Kampf um das Selbstbestimmungsrecht oder einer demokratischen Agrarreform.

So formulierte sie in der Auseinandersetzung mit Eduard Bernstein: „Die Produktionsverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft nähern sich der sozialistischen immer mehr, ihre politischen und rechtlichen Verhältnisse dagegen errichten zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft eine immer höhere Wand. Diese Wand wird durch die Entwicklung der Sozialreformen wie der Demokratie nicht durchlöchert, sondern umgekehrt fester und höher gemacht. Wodurch sie also niedergerissen werden kann, ist einzig der Hammerschlag der Revolution, d.h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.“¹⁴ H. Karuscheit interpretiert diese Position in seiner Luxemburg-Kritik m.E. richtig, wenn er schreibt: „Diese Aussage musste als Absage an den Sinn des demokratischen Kampfes überhaupt verstanden werden“,¹⁵ da für Luxemburg

¹³ Lenin Bd. 19, S. 99-101

¹⁴ Rosa Luxemburg, GW 1/1, Berlin 1972, S. 400

¹⁵ Heiner Karuscheit, AzD Nr. 91, S. 10

Selbstbestimmungsrecht der Nationen

nur das direkte Ansteuern der sozialistischen Revolution eine legitime revolutionäre Politik darstellte.

Diese Position Luxemburgs steht in einem deutlich erkennbaren Gegensatz zu den Auffassungen der Bolschewiki, allen voran Lenins. „Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, dass der Kampf um die Demokratie imstande wäre, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken oder auch nur diese Revolution in den Hintergrund zu schieben, zu verhüllen und dergleichen. Im Gegenteil, wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das den in jeder Hinsicht konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie nicht führt, sich nicht zum Siege über die Bourgeoisie vorbereiten.“¹⁶ Dies richtet sich direkt gegen die Positionen Luxemburgs zum demokratischen Kampf und zu ihrer Leugnung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung für die unterdrückten Nationen.¹⁷

Wehr lässt seine Leser über diese durchaus tiefgreifenden Differenzen und Debatten zwischen Luxemburg und den Bolschewiki im Unklaren. Und dass er Luxemburg als Kronzeugin für Putins großrussischen Nationalismus anzuführen weiß, spricht nicht für die Richtigkeit ihrer damaligen Auffassungen zur nationalen Frage.

III. Die Losung des Selbstbestimmungsrechts als Ergebnis der politischen und militärischen Schwäche der Bolschewiki?

Das Triumvirat der Kritiker (Wehr, Luxemburg und Putin) erklärt die bolschewistische Politik in der nationalen Frage als Folge der politischen und militärischen Schwäche Russlands und der bolschewistischen Partei nach dem Oktoberumsturz. So schreibt Wehr:

„Sowohl Luxemburg als auch Putin sahen bzw. sehen also als entscheidenden Grund für die von beiden so heftig kritisierte Haltung der Bolschewiki zur Nationalitätenfrage deren Schwäche, den Umsturz abzusichern. Deshalb glaubten Lenin, Trotzki und die anderen Revolutionäre gezwungen zu sein, den verschiedenen Völkerschaften am Rand Russlands ein Selbstbestimmungsrecht ‚bis einschließlich der staatlichen Lostrennung von Russland‘ zuzugestehen. Aufgrund ihrer Schwäche akzeptierten sie auch den Diktatfrieden von Brest-Litowsk, den ihnen das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn im Frühjahr 1918 auferlegte.“ (A. Wehr)

Während die Ausführungen zum Diktatfrieden von Brest-Litowsk als Ergebnis der militärischen Schwäche Russlands zutreffend sind,¹⁸ ist der Rest der Ausführungen eine

¹⁶ LW, Bd. 22, S. 145

¹⁷ An anderer Stelle ebenso deutlich: „Die Herrschaft des Finanzkapitals, wie des Kapitals überhaupt, ist durch keinerlei Umgestaltungen auf dem Gebiet der politischen Demokratie zu beseitigen. Und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen liegt ganz und ausschließlich auf diesem Gebiete. Aber diese Herrschaft des Finanzkapitals hebt nicht im mindesten die Bedeutung der politischen Demokratie als einer freieren, weiteren und klareren Form der der Klassenunterdrückung und der Klassenkämpfe auf.“ (LW, Bd. 22, S. 146)

¹⁸ Das, was von der zaristischen Armee nach den Massendesertionen übriggeblieben war, wurde im Januar 1918 aufgelöst. Die neue „Rote Armee“ wurde erst im Februar 1918 gegründet. Das

unbelegte Unterstellung. Und hier wird auch deutlich, weshalb Wehr kein Wort zu den langjährigen politischen Differenzen in der nationalen Frage zwischen Luxemburg und den Bolschewiki verliert, die wir kurz umrissen haben. Dieses „Verschweigen“ der Differenzen bildet eine notwendige Voraussetzung, um die Leninsche Position zum Selbstbestimmungsrecht als historisch bedingtes (opportunistisches) Taktieren einzuordnen, dem keinerlei prinzipielle Positionen zugrunde lagen. Wer diese Debatten kennt, ist sich darüber im Klaren, dass die Bolschewiki 1917/1918 in den Friedensverhandlungen keine anderen Positionen verfochten haben als jene, die sie seit 1903 durchgängig in ihrer Programmatik und Publizistik gefordert hatten. Hier gibt es kein opportunistisches Taktieren in der Frage des Selbstbestimmungsrechts zur Absicherung des „Umsturzes“.

Um diese Unterstellung weiter zu untermauern, zitiert Wehr noch einmal ausführlich R. Luxemburg. „Dass sich die militärische Niederlage in den Zusammenbruch und Zerfall Russlands verwandelte, dafür haben die Bolschewiki einen Teil der Schuld. Diese objektiven Schwierigkeiten der Lage haben sich die Bolschewiki aber selbst in hohem Maße verschärft durch eine Parole, die sie in den Vordergrund ihrer Politik geschoben haben: Das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Nationen oder was unter dieser Phrase in Wirklichkeit steckte: den staatlichen Zerfall Russlands. Die mit doktrinärer Hartnäckigkeit immer wieder proklamierte Formel von dem Recht der verschiedenen Nationalitäten des Russischen Reichs, ihre Schicksale selbständig zu bestimmen 'bis einschließlich der staatlichen Lostrennung von Russland', war ein besonderer Schlachtruf Lenins und Genossen während ihrer Opposition gegen den Miljukowschen wie gegen den Kerenskischen Imperialismus, sie bildete die Achse ihrer inneren Politik nach dem Oktoberumschwung, und sie bildete die Plattform der Bolschewiki in Brest-Litowsk, ihre einzige Waffe, die sie der Machtstellung des deutschen Imperialismus entgegenzustellen hatten.“¹⁹

Hier wird die politische Schwäche der Luxemburgischen Position der national-kulturellen Autonomie besonders deutlich. „Dass sich die militärische Niederlage in den Zusammenbruch und Zerfall Russlands verwandelte, dafür haben die Bolschewiki einen Teil der Schuld“, formuliert Luxemburg. Diese „Schuld“ nehmen die Bolschewiki gerne auf sich, die dies keineswegs als Niederlage, sondern als Sieg begriffen haben. Die militärische Niederlage der zaristischen Armee führte zum „Zusammenbruch und Zerfall“ – und hier fehlt bei Luxemburg bezeichnenderweise das entscheidende Wort – des **zaristischen** Russlands. Und genau dies war das Ziel der Bolschewiki. Das Völkergefängnis des Großrussischen Zarenreiches musste zerschlagen werden, um ein neues Russland möglich zu machen sowie eine freiwillige Union von Sowjetrepubliken auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker und Nationen. Hier wird der *revolutionär-demokratische Inhalt* der Losung des Selbstbestimmungsrechts gegenüber der Forderung der national-kulturellen Autonomie deutlich. Nicht Erhalt des vom Zarismus geschaffenen russischen Völkergefängnisses mit demokratischen Reformen (national-kulturelle Autonomie), sondern Zerschlagung dieses Staates, um eine Föderation selbstständiger

revolutionäre Russland besaß zum Zeitpunkt der Brest-Litowsker Verhandlungen keine Armee zur Verteidigung der Revolution.

¹⁹ Rosa Luxemburg: Die russische Revolution; in: Politische Schriften III, Frankfurt 1971, 3. unveränderte Auflage, S. 120

Selbstbestimmungsrecht der Nationen

Nationen zu ermöglichen. Luxemburgs Kritik an den Bolschewiki in dieser Frage kann deshalb so trefflich von den Anhängern des großrussischen Chauvinismus zitiert werden.

Wehr zitiert Luxemburg so ausführlich, weil er mit ihren Aussagen die Putinsche Argumentation belegen will, dass die bolschewistische Nationalitätenpolitik aus der politischen und militärischen Not gegenüber den Mittelmächten entstanden sei. Dies ist nicht nur falsch, sondern aus der Feder Rosa Luxemburgs direkt peinlich. Der Konflikt in der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen zwischen den Bolschewiki und Luxemburg war 1918 bereits 15 Jahre alt und er begann bereits bei der Gründung der Bolschewiki als eigenständige Fraktion 1903. Auf dem 2. Parteitag, dem eigentlichen Gründungsparteitag der SDAPR 1903, unterband Luxemburg den Beitritt ihrer polnischen Fraktion SDKPiL – Sozialdemokratie des Königsreichs Polen und Litauen – zur SDAPR gerade wegen der Differenzen in der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen.²⁰ Dass sie sich 1918 an diese Differenzen nicht mehr erinnern kann, sondern so tut, als sei die bolschewistische Forderung eine aus dem Augenblick heraus aufgestellte (opportunistische) Notlösung, um sie besser kritisieren zu können, stellt kein Ruhmesblatt in ihrer politischen Publizistik dar.

Brest Litowsk und das Selbstbestimmungsrecht

Auch zu Brest-Litowsk weiß Putin in seiner Rede „Neues“ zu erzählen: „Noch einmal die Frage: Wozu solche großzügigen Geschenke, von denen nicht einmal die glühendsten Nationalisten geträumt hatten, und wozu wurde dann noch den Unionsrepubliken das Recht verliehen, ohne Voraussetzungen aus dem Staatsverband auszutreten? Auf den ersten Blick lässt sich das überhaupt nicht erklären, es ist völliger Irrsinn. Aber das scheint nur auf den ersten Blick so. Es gibt eine Erklärung. Das Hauptziel der Bolschewiki nach der Revolution war, um jeden Preis an der Macht zu bleiben, wirklich um jeden Preis. Dafür waren sie zu allem bereit: Sie ließen sich auf die erniedrigenden Bedingungen des Friedens von Brest-Litowsk ein, in einer Zeit, als das Deutsche Kaiserreich und seine Verbündeten sich militärisch und ökonomisch in schwierigster Lage befanden und der Ausgang des Ersten Weltkriegs faktisch entschieden war; und auf sämtliche, auch die abwegigsten Wünsche und Forderungen der Nationalisten im eigenen Land.“

Putins Neuinterpretation der Geschichte macht auch vor dem Frieden von Brest-Litowsk nicht halt. So erklärt er uns, dass im Februar/März 1918 der Ausgang des Ersten Weltkriegs faktisch entschieden war. Und dies zu einem Zeitpunkt, als die Mittelmächte im gesamten Osten der Front (auch auf dem Balkan) von Eroberung zu Eroberung schritten und im Mai 1918 einen weiteren Diktatfrieden mit Rumänien schließen konnten. Im Westen standen die deutschen Truppen auf französischem Boden und bereiteten eine Offensive vor, die die Entente von ihren Versorgungshäfen abschneiden sollte und einem weiteren Vormarsch auf Paris den Weg bahnen sollte. Amerika hatte gerade erst begonnen, Truppen für eine Kriegsbeteiligung zu mobilisieren und erst wenige davon nach Frankreich schaffen können. Den damaligen politischen und militärischen Akteuren

²⁰ Eine ausführliche Schilderung dazu in LW Bd. 20, S. 448 ff; oder in Ernst Piper: „Rosa Luxemburg. Ein Leben“; München 2018, ab S. 120 ff.

beider Seiten wäre Putins heutige Darstellung der Lage als gewagte Prognose erschienen, da der Ausgang des Weltkriegs nach dem Ausscheiden Russlands aus der Entente keineswegs „faktisch entschieden“ war.

Putin gibt diese nachträgliche Lageeinschätzung der Situation vom Frühjahr 1918, um die bolschewistische Politik gerade in der Frage des Selbstbestimmungsrechts zu diskreditieren. Deshalb einige Worte zur Bedeutung dieser Losung bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk. Es waren die Mittelmächte selbst (konkret der österreichische Verhandlungsführer), die diese Losung in die Verhandlung einbrachten, was deutlich macht, wie populär diese Forderung nicht nur im Osten Europas war.²¹ Recht bald allerdings füllte die deutsche Generalität diese Forderung mit preußischen Inhalten.

Generalmajor Max Hoffmann, der Chef des ‚Generalstabs Oberost‘, schreibt Winkler in seiner Geschichte des Westens „(sorgte) für Klarheit. Die russische Seite verstehe offenbar den Verzicht auf gewaltsame Annexionen anders als die Mittelmächte, sagte er. Diese bestünden auf der freiwilligen Loslösung bestimmter Gebiete von Russland, das heißt Polens, Litauens und Kurlands. Die russische Delegation war empört, drohte mit dem Abbruch der Verhandlungen und erreichte dann am 28. Dezember eine zehntägige Konferenzpause, in der sie neue Instruktionen einholen wollte. ...

Am 8. Januar 1918 kehrte die russische Delegation, diesmal unter der Führung von Leo Trotzki, seit der Oktoberrevolution Volkskommissar für auswärtige Beziehungen, nach Brest-Litowsk zurück. Trotzki nutzte die Chance, die Annexionspläne der Mittelmächte öffentlich anzuprangern, auf wirkliche und nicht bloß scheinbare, manipulierte Selbstbestimmung der Litauer, Letten und Polen zu pochen und an die Friedenssehnsucht der Völker, vor allem des deutschen Volkes, zu appellieren. Zusammen mit den inzwischen bekannt gewordenen Forderungen des Generals Hoffmann bewirkte das weltrevolutionäre Pathos Trotzki's Massenaktionen in Deutschland und Österreich, die die Bolschewiki mit höchsten Erwartungen erfüllten. In Wien rief die österreichische Sozialdemokratie für den 14. Januar zu Großkundgebungen auf; am gleichen Tag begann eine Welle von Streiks, die große Teile des Landes erfassten.“²²

Hier wird die revolutionäre Sprengkraft der Losung vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen deutlich. Eine Forderung nach national-kultureller Autonomie, wie Luxemburg und der Austro-Marxismus sie aufstellten, konnte keineswegs eine solche Wirkung auf die werktätigen Massen hervorrufen, die Theorie selbst fand mit dem Habsburgerreich ihr verdientes politisches Ende.

²¹ „In England waren zu Ostern 1916 die Iren für ihre Unabhängigkeit aufgestanden, die Araber liefen den Türken davon, Slowenen und Kroaten konspirierten mit Serbien über die Errichtung einer südslawischen <jugoslawischen> Föderation, Tschechen und Slowaken planten eine Tschechoslowakei. Kein Wunder, dass der Graf Czernin, ‚ein kluger, vornehmer Mann‘, Max Hoffmann, seinem Partner in Brest-Litowsk, ‚mit gänzlich verbrauchten Nerven‘ begegnete. Der Krieg, 1914 begonnen, die Völker der Monarchie beieinanderzuhalten, hatte 1917 kaum noch Halt übriggelassen. ‚Ich darf das Wort Selbstbestimmung gar nicht in die Debatte werfen‘, flüsterte Czernin dem nervenlosen Generalmajor zu. ‚Sonst kommen mir die Tschechen, die Ruthenen, die Jugoslawen und wollen Selbstbestimmung.““ (Jörg Friedrich, 14/18, Der Weg nach Versailles, Berlin 2014, S. 828)

²² Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens, München 2011, S. 72-73.

Die ukrainische „Schrulle“ und kleinbürgerliche „Fatzkerei“

Wehr stellt Luxemburgs Kritik am ukrainischen Nationalismus („am Nationalismus der Ukraine ließ Rosa Luxemburg kein gutes Haar“) ausführlich dar. Er zitiert sie mit den Worten: „Der ukrainische Nationalismus war in Russland ganz anders als etwa der tschechische, polnische oder finnische, nichts als eine einfache Schrulle, eine Fatzkerei von ein paar Dutzend kleinbürgerlichen Intelligenzlern, ohne die geringsten Wurzeln in den wirtschaftlichen, politischen oder geistigen Verhältnissen des Landes, ohne jegliche historische Tradition, da die Ukraine niemals eine Nation oder einen Staat gebildet hatte, ohne irgendeine nationale Kultur, außer den reaktionär romantischen Gedichten Schewtschenkos. Es ist förmlich, als wenn eines schönen Morgens die von der Wasserkante auf den Fritz Reuter hin eine neue, plattdeutsche Nation und Staat gründen wollten. Und diese lächerliche Posse von ein paar Universitätsprofessoren und Studenten bauschten Lenin und Genossen durch ihre doktrinäre Agitation mit dem 'Selbstbestimmungsrecht usw.' künstlich zu einem politischen Faktor auf. Sie verliehen der anfänglichen Posse eine Wichtigkeit, bis die Posse zum blutigsten Ernst wurde: nämlich nicht zu einer ernsten nationalen Bewegung, für die es nach wie vor gar keine Wurzeln gibt, sondern zum Aushängeschild und zur Sammelfahne der Konterrevolution! Aus diesem Windei krochen in Brest die deutschen Bajonette.“ Gemeint sind die russischen Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten in Brest-Litowsk und die vermeintlich schwierige Situation, in die Trotzki durch die verfehlte Nationalitäten-politik der Bolschewiki geraten sei. Wie er mit diesen Schwierigkeiten in Brest-Litowsk umging, kann man bei Trotzki in seiner Biographie „Mein Leben“ selbst nachlesen.²³

Zurück zu V. Putin, seinem Interpreten Andreas Wehr und der von letzterem so ausgiebig zitierten Rosa Luxemburg, die gemeinsam mit ihren Ausführungen die Legitimität eines eigenständigen ukrainischen Staates in Frage stellen. Da ich nicht die Absicht habe, Näheres zur tatsächlichen, nicht besonders ruhmreichen oder gar fortschrittlichen Geschichte der Ukraine zu schreiben, schließe ich meine Kritik mit einem weiteren Zitat von Trotzki, diesmal aus seiner „Geschichte der russischen Revolution“. Hier setzt er sich mit den oben zitierten Positionen Rosa Luxemburgs auseinander und verteidigt die Notwendigkeit des Selbstbestimmungsrechts gerade am Beispiel der Ukraine.

„Wenn Rosa Luxemburg, in ihrer posthumen Polemik gegen das Programm der Oktoberumwälzung behauptet, der ukrainische Nationalismus, früher nur „Schrulle“ eines Dutzend kleinbürgerlicher Intellektueller, sei künstlich aufgegangen auf der Hefe der bolschewistischen Formel vom Selbstbestimmungsrecht, so war sie trotz ihrem hellen Kopfe schwerstem historischem Irrtum verfallen: die ukrainische Bauernschaft hatte in der Vergangenheit aus dem Grunde nationale Forderungen nicht erhoben, aus dem sie sich überhaupt nicht bis zur Politik erhoben hatte. Das Hauptverdienst der Februarumwälzung, vielleicht das einzige, aber völlig hinreichende, bestand gerade darin, dass es den unterdrücktesten Klassen und Nationalitäten Russlands endlich die Möglichkeit gegeben hatte, laut ihre Stimme zu erheben. Das politische Erwachen der Bauernschaft konnte aber nicht anders vor sich gehen als vermittels der eigenen Sprache mit allen sich daraus ergebenden Folgerungen in Bezug auf Schule, Gericht, Selbstverwaltung. Sich

²³ <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1929/leben/31-brest.htm>

dem zu widersetzen, hätte den Versuch bedeutet, die Bauernschaft in das Nichtsein zurückzustoßen ...

Wie sich auch die weiteren Schicksale der Sowjetunion gestalten mögen ... *Lenins Politik in der nationalen Frage wird für immer in das eherne Inventar der Menschheit eingehen.*“ (Hervorhebungen von mir; A.S.) <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotsky/1930/grr/b2-kap16.htm>) Dem ist nichts hinzuzufügen.

Heiner Karuscheit

Der Ukraine-Krieg und die Frage des russischen Imperialismus

Zur Tagung „Russland und sein Krieg in der Ukraine“ am Samstag, 14. Mai 2022, hat die Marx-Engels-Stiftung als Grundagentext u.a. wegen seiner „abwägenden Argumentation und der Vermeidung vorschneller Etikettierungen“ einen Text von Willi Gerns aus den Marxistischen Blättern von 2015 empfohlen: „Das Putinsche Russland. Machtverhältnisse und Politik“ (https://www.marx-engels-stiftung.de/files/Willi-Gerns_Putins-Russland.pdf)

Wenn man den Text das erste Mal liest, erscheint die getroffene Bewertung nachvollziehbar. Sobald man sich jedoch näher mit seinen zentralen Aussagen und politischen Schlussfolgerungen befasst, relativiert sich dieses Bild erheblich. Was ist der Grund dafür?

Kapitalismus und Imperialismus in Russland

Als erstes begründet Gerns, inwiefern Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion zu einem kapitalistischen Land geworden ist, was wahrscheinlich bei den meisten Linken unstrittig ist. Sodann wendet er sich der Frage zu, ob es auch *imperialistisch* ist. Zu deren Beantwortung legt er die Leninsche Imperialismustheorie zugrunde und kommt zu dem Ergebnis, dass sich die „Frage, ob Russland ein imperialistisches Land ist, trotz des Vorhandenseins wesentlicher ökonomischer Merkmale dieses Entwicklungsstadiums des Kapitalismus nicht mit einem uneingeschränkten ‚JA‘ beantworten“ lässt. Streicht man die doppelte Verneinung und übersetzt die gewundene Aussage in normales Deutsch, so beantwortet der Autor die Frage nach dem russischen Imperialismus „eingeschränkt“ mit JA. Es geht also um einen *unvollkommenen*, noch in der Entwicklung befindlichen Imperialismus bzw. einen Imperialismus zweiter Ordnung.

Anschließend entwickelt Gerns, dass der US-Imperialismus als „Weltpolizist“ und Verfechter einer „unipolaren“, US-geführten Weltordnung der gegenwärtige „Hauptfeind (ist), gegen den die nach Frieden und gesellschaftlichem Fortschritt strebenden Kräfte heute den Hauptstoß ihres Kampfes richten müssen.“ Seine Schlussfolgerung daraus lautet: „Das Streben Russlands nach einer multipolaren Weltordnung liegt objektiv

Russischer Imperialismus

im Interesse von Frieden und gesellschaftlichem Fortschritt“ – was bedeutet, dass alle fortschrittlichen Kräfte die Politik Russlands befürworten müssen. Von der Feststellung eines unvollkommenen russischen Imperialismus sind wir so zur Aufforderung gelangt, diesen Imperialismus zu unterstützen.

Drei Anmerkungen dazu:

1. Dem Wesen der Sache nach führt Gerns seine Leser/innen dahin, sich auf die Seite des „schwächeren“ Imperialismus gegen den stärkeren zu stellen – im Namen des Fortschritts. Man soll gegen die USA für eine „multipolare“ Weltordnung eintreten, damit Russland, das sich noch in der Entwicklung zu einem „vollständigen“ Imperialismus befindet, nicht länger die zweite Geige spielt, sondern in die „multipolare“ erste Reihe aufsteigt.²⁴

Mit derselben Argumentation traten Teile der SPD-Führung im Ersten Weltkrieg für den Krieg gegen das weltbeherrschende Großbritannien ein, weil dessen Niederlage den Fortschritt auf der ganzen Welt befördern würde. Neben der von der SPD hauptsächlich propagierten Vaterlandsverteidigung gegen den Zarismus war dies eine weitere Argumentationslinie, um die Kriegsunterstützung zu rechtfertigen.

Lenins Verdienst war demgegenüber die hartnäckig verfochtene Position, dass das Proletariat in jedem Land für die Niederlage der eigenen Bourgeoisie eintreten müsse. Er wandte sich unermüdlich gegen die Parteien der II. Internationale, die in jedem Land ihre eigene Begründung hatten, um „ihren“ Staat und ihre Bourgeoisie zu unterstützen. Gerns bringt es fertig, die Imperialismustheorie Lenins zu verteidigen – und Lenins revolutionäre Antikriegspolitik in ihr Gegenteil zu verkehren.

2. Neben dem Argument mit dem harmlosen, weil nur halben Imperialismus bringt Gerns noch eine weitere Rechtfertigung für die russische Politik, nämlich dass Russland seine legitimen Interessen gegen die Ausdehnung der Nato verteidigen müsse. Dahinter steht, dass Moskau beim Kampf um Einflussphären in Europa z.Zt. hinten liegt und naturgemäß kein Interesse daran hat, dass die Ukraine Nato-Mitglied wird. Aber kann das ein Grund sein, den russischen Krieg gegen die Ukraine zu legitimieren?

Erst recht stellt sich diese Frage, wenn man sich bemüht, die Grundlinie der russischen Außen- bzw. Geopolitik nachzuvollziehen. Die Triebkräfte dieser Geopolitik hat Putin am Vorabend des Angriffskriegs auf die Ukraine am 21. Februar 2022 in einer Rede dargelegt: <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/putin-rede-21.2.2022/> Den Kern der Rede bildet eine Abrechnung mit Lenin und der Nationalitätenpolitik der Bolschewiki. Die Umsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch Lenin, die zur Bildung mehrerer selbständiger (Sowjet-) Republiken führte, erklärte er zum Verbrechen an Russland,

²⁴ Mit der Fortschrittlichkeit einer „multipolaren“ Ordnung verteidigt auch A. Wehr die russische Politik: „Der Konflikt des Westens mit Russland ist daher Teil des globalen Nord-Süd-Gegensatzes zwischen westlichem Vormachtstreben und aufstrebenden Schwellenländern, die an die Stelle der bestehenden, von den USA und der EU bestimmten Weltordnung eine multipolare setzen wollen. (...) Betrachtet man den Krieg in der Ukraine aus diesem Blickwinkel so erkennt man, dass er nur eine weitere Etappe des Ringens um eine Weltordnung darstellt, die nicht länger mehr vom Westen bestimmt ist. Analysen hingegen, die Russland und auch China imperialistische Interessen unterstellen, führen hingegen in die Irre.“ <https://www.andreas-wehr.eu/russland-ein-imperialistisches-land.html>

weil die Bolschewiki dadurch russisches Territorium verschenkt hätten. So rechnete Putin speziell auch die Ukraine zu „den eigenen historischen Gebieten“ und berief sich in Abgrenzung von Lenin und den Bolschewiki auf das zaristische Russland und dessen großrussisch-imperiale bzw. imperialistische Politik, um die neue großrussische Geopolitik zu legitimieren.

In der öffentlichen Debatte beruft die russische Regierung sich selbstredend nicht auf den großrussischen Zarismus, sondern stellt ihre „legitimen“ Sicherheitsinteressen in den Vordergrund. Aber ist das ein Grund, dem zu folgen?

3. Oben haben wir uns auf Lenin und dessen revolutionäre Antikriegspolitik bezogen, was für uns bedeutet, in erster Linie den Kampf im eigenen Land zu führen, gemäß dem Motto, dass der Hauptfeind im eigenen Land steht.

Wenn man diese Aufgabenstellung ernst nimmt, drängt sich die Frage auf, warum in der Linken nicht die Forderung „Deutschland raus aus der Nato“ und „Nato raus aus Deutschland“ das Leitmotiv der eigenen Politik ist? Besonders auffällig war dies bei den Friedensdemonstrationen// Ostermärschen dieser Tage. Obwohl alle linken Organisationen zur Teilnahme daran aufgerufen haben, waren diese zentralen Parolen nur in Ausnahmefällen sichtbar. Warum war bzw ist das so?

Schließlich noch ein ketzerischer Gedanke: um den Einsatz der Militärmaschinerie durch die Herrschenden zu erschweren, ist die Arbeiterbewegung früher auf dem Boden der allgemeinen Wehrpflicht für den Aufbau einer *Milizarmee* eingetreten. Warum wird in der Linken über diese Fragestellung nicht diskutiert? Warum wird unhinterfragt hingenommen, dass die Bundeswehr eine Berufsarmee aus bezahlten Söldnern ist?

Heiner Karuscheit

Der Ukraine-Krieg und die Militärpolitik der deutschen Bourgeoisie

Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022 sowie der vier Tage später gefasste Beschluss der deutschen Regierung zur Aufrüstung der Bundeswehr durch ein „Sondervermögen“ von 100 Mrd. € hat alle politischen Kräfte zur Stellungnahme genötigt, so auch die Linke.

Nach Meinung der Hamburger Zeitschrift für „Analyse und Kritik“(ak), der „Zeitung für linke Debatte und Praxis“, will Deutschland, nachdem es seine Politik anderen Ländern bislang aufgrund ökonomischer Macht diktiert hat; jetzt auch wieder „militärische Supermacht“ werden: „Nationalismus und Militarismus erstarken“.

Die DKP vermeldete als einhellige Auffassung des Parteivorstands, „dass dieser Krieg durch die deutsche Regierung ausgenutzt wird, um den Großmachtanspruch des deutschen Imperialismus offen zu formulieren und das größte Hochrüstungsprogramm in der deutschen Geschichte durchzuziehen.“

Die MLPD kann die Verkündung des größten Hochrüstungsprogramms aller Zeiten in Deutschland nicht übertreffen, aber auch für sie ist klar, dass die deutsche Bourgeoisie die „Wende zu einer offen aggressiven imperialistischen Außen- und Militärpolitik“ vollzogen hat und „aktive Kriegsvorbereitung“ betreibt.²⁵

Die zitierten Aussagen stammen zwar nur von einem Flügel der Linken, geben jedoch die allgemein vorherrschende Überzeugung wieder, dass Deutschland dabei ist, nach langer Zurückhaltung auf den Weg des Imperialismus zurück zu kehren und wieder zur stärksten Militärmacht Europas zu werden.

Einige Ungereimtheiten

Nimmt man diese Einschätzung ernst, stößt man unweigerlich auf eine Reihe von Ungereimtheiten:

Wenn Deutschland demnächst die stärkste Militärmacht in Europa sein soll – wie sieht es dann mit den Atommächten Frankreich und Großbritannien aus? Werden diese auf ihre Atomwaffen verzichten, damit sich die Vorhersage bestätigt? Oder wie will Deutschland die britischen und französischen Atomwaffen ausgleichen?

Außerdem fragt sich, warum die Bundesregierung unter Kanzler Scholz bis zuletzt die Lieferung schwerer Waffen aus Deutschland in die Ukraine verweigert hat und erst nach langem Druck in begrenztem Umfang dazu bereit war. Als Reaktion auf die deutsche Zurückhaltung hat die Selenskyj-Regierung die Bundesrepublik international vorgeführt, indem sie einen Besuch von Bundespräsident Steinmeier öffentlich absagte; gleichzeitig beschimpft ihr Botschafter die Mitglieder der Bundesregierung regelmäßig in allen Medien, ohne dass seine Abberufung gefordert wurde – was jeder andere Staat

²⁵ ak vom 15. März 2022; UZ vom 15. April 2022; Erklärung des ZK der MLPD vom 28.2.2022

schon längst getan hätte. Wie verträgt sich dieses unterwürfige Verhalten mit dem Großmachtsanspruch einer imperialistischen Bourgeoisie?

Schließlich noch eine Frage an das Erinnerungsvermögen der Linken. Als vor etwas über 30 Jahren die deutsche Einheit zustande kam, wusste das Gros der Linken auf Basis der Monopol- und Imperialismustheorie, dass dies die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus und Militarismus bis hin zur Gefahr des Faschismus und der Errichtung eines „IV. Reichs“ bedeuten würde. Tatsächlich wurde im Zuge der Einheit die Wehrpflicht ausgesetzt, die Bundeswehr verkleinert und der Wehretat sank, ohne dass die Urheber der damaligen Faschismus-, Militarismus- und Imperialismusvorhersagen ihre Prognosen reflektierten. Stattdessen erleben wir jetzt einen Neuaufguss der damaligen Prophezeiungen.

I. Das Militärproblem der deutschen Bourgeoisie

Aber vielleicht sind die Warnungen diesmal berechtigt? Vielleicht sieht die deutsche Bourgeoisie, nachdem sie jahrzehntelang stillgehalten hat, nunmehr die Gelegenheit gekommen, wieder zur Machtpolitik des untergegangenen Deutschen Reichs zurückzukehren?

Wenn wir diese Frage substanziell beantworten wollen, müssen wir zurückkehren an den Zeitpunkt, als die Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 die Verantwortung der Weltkriegs-Siegermächte für „Deutschland als Ganzes“ erlöschen ließ und erneut ein deutscher Nationalstaat entstand, der zwar nicht territorial, aber mit seiner Wirtschaft und Bevölkerungszahl der größte Staat in der Mitte Europas wurde und durch die wiedergewonnene Souveränität über eine theoretisch unbeschränkte Handlungsfreiheit verfügte.

Vor diesem Hintergrund wurde in der politischen Klasse – von der Linken vollständig negiert – unter den Schlüsselbegriffen von „Machtstaat“ vs. „Handelsstaat“ eine intensive Debatte über die künftige außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung des alten Nationalstaats geführt.²⁶

„Machtstaat“ vs. „Handelsstaat“

Gemeinsamer Ausgangspunkt aller Beteiligten an der Debatte war die Feststellung, dass Deutschland, in der Mitte Europas gelegen, als „Machtstaat“ in zwei Weltkriegen gescheitert war, als es versucht hatte, mit militärischen Mitteln die Hegemonie über den Kontinent zu gewinnen und Weltmacht zu werden. Das militärisch gestützte Vormachtstreben zog Gegenmachtbildungstendenzen anderer Großmächte nach sich, so dass die Deutschen schließlich als Verlierer zweier zerstörerischer Kriege einem rigiden Kontrollregime der Siegermächte unterworfen wurden.²⁷

²⁶ Die Debatte lässt sich – teils im Rückblick – in den außenpolitischen Schwerpunktheften der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ) zur Wochenschrift „Das Parlament“ nachverfolgen.

²⁷ Gunther Hellmann: "Von Freunden umzingelt" war gestern. Deutschlands schwindende Sicherheit; APuZ Nr. 36-37/2018 vom 31.08.2018; www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/275104/von-freunden-umzingelt-war-gestern/

Deutsche Militärpolitik

Von dieser gemeinsamen geschichtlichen Einschätzung ausgehend wiesen auch die von den Debattenteilnehmern gezogenen Schlussfolgerungen in die gleiche Richtung. Sie besagten, dass Deutschland aufgrund der gemachten Erfahrungen einen grundsätzlich anderen Weg als in der Vergangenheit einschlagen müsse. Das hieß, statt auf militärische Stärke künftig auf die Wirtschaft zu setzen, also „Handelsstaat“ statt „Machtstaat“ zu sein. Damit verbunden war die Konsequenz, nie wieder im Alleingang zu handeln, sondern als „Zivilmacht“ eine möglichst breit angelegte Bündnispolitik zu betreiben. Das bedeutete die Einbindung in die internationalen Gemeinschaften, allen voran die NATO sowie die Europäische Union.

Im Grundsatz hatte diesen Weg bereits die 1949 gegründete Bonner Republik eingeschlagen und daran knüpfte die Berliner Gesamtrepublik an. „Das deutsche außenpolitische Engagement in den neunziger Jahren zeigte damit, wie grundlegend sich die Bundesrepublik in dieser Hinsicht vom Deutschen Reich unterscheidet. Anders als die deutsche Weltmachtspolitik in jener Epoche hielt sich Bonns Außenpolitik nicht nur von unberechenbaren, spektakulären Alleingängen fern, vielmehr war sie wie die Politik keines zweiten vergleichbaren Landes darauf bedacht, in Absprache und Kooperation mit den Nachbarn und Verbündeten vorzugehen.“²⁸

Diese „Kultur der Zurückhaltung“ in der Außen- und Militärpolitik, die „die politische Klasse Deutschlands ... in den 1990er Jahren als Kernbestandteil der sicherheitspolitischen Identität des Landes definiert hatte“,²⁹ entspricht in ihrem Wesen einer *Balancepolitik*, wie sie historisch Großbritannien gegenüber Festlandeuropa betrieben hatte, um das Entstehen einer Hegemonialmacht auf dem Kontinent zu verhindern. Nur wurde bzw. wird die Balancepolitik in diesem Fall nicht von außen realisiert, sondern von der Mitte Europas aus, durch die europäische Zentralmacht, mit dem Ziel, auf diese Weise die eigene Hegemonie zu sichern.

Der Übergang ins 21. Jahrhundert änderte an dieser Strategie nichts. „Die Bundesrepublik betreibt nach wie vor eine an internationaler Kooperation, Multilateralismus und friedlicher Konfliktbeilegung orientierte Außenpolitik einer ‚Zivilmacht‘.“³⁰ Zur Bündnispflege gehört, dass die wichtigsten Verbündeten bei internationalen militärischen Einsätzen durch die Bundeswehr unterstützt werden, so die USA in Afghanistan oder Frankreich in Mali. Dagegen gibt es keine eigenständigen „imperialistischen“ Alleingänge.

Verzicht auf militärische Stärke

Unabdingbare Voraussetzung für diese von der Bourgeoisie betriebene Spielart der Hegemonialpolitik ist der Verzicht auf militärische Stärke. Im Zuge der (west-) deutschen Wiederbewaffnung in den 50er Jahren hatten Adenauer und Strauß versucht, in

²⁸ Gregor Schöllgen: Zehn Jahre als europäische Großmacht. Eine Bilanz deutscher Außenpolitik seit der Vereinigung; in APuZ Beilage 24/2000 vom 17.07.2002;

www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/25568/zehn-jahre-als-europaeische-grossmacht/

²⁹ Gunther Hellmann, aaO

³⁰ Thomas Risse: Kontinuität durch Wandel: Eine "neue" deutsche Außenpolitik? APuZ Beilage 11/2004 vom 03.03.2004; www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/28465/kontinuitaet-durch-wandel-eine-neue-deutsche-aussenpolitik/

den Besitz eigener Atomwaffen zu gelangen, doch das Projekt scheiterte am Widerstand der Weltkriegsalliierten, indem zuletzt de Gaulle für Frankreich die Ansätze zur Zusammenarbeit mit Westdeutschland bei der Entwicklung von Atomwaffen unterband. Das Scheitern offenbarte, dass keine der Siegermächte des 2. Weltkriegs bereit war, den deutschen Griff nach Atomwaffen zu tolerieren; jeder erneute Anlauf würde die Isolierung Deutschlands nach sich ziehen.

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Insbesondere für das verbündete Frankreich stellt der Besitz eigener Atomwaffen eine Rückversicherung gegenüber der ökonomisch und seit der Wiedervereinigung auch bevölkerungsmäßig stärkeren BRD dar. Und da nichts darauf hindeutet, dass Berlin in den Besitz eigener Atomwaffen gelangen will, hat die Prophezeiung, Deutschland würde durch das angekündigte 100-Mrd-Programm zur stärksten Militärmacht Europas oder gar zur neuen militärischen Supermacht werden, wenig mit der politischen Realität zu tun. Im Gegenteil ist die Anerkennung der militärischen Überlegenheit Frankreichs durch die „force de frappe“ Grundbedingung für die Aufrechterhaltung des deutsch-französischen Bündnisses.

Auch bei der konventionellen Rüstung sorgten alle deutschen Regierungen nach der Wiedervereinigung dafür, dass Deutschland keine militärische Bedrohung der Nachbarstaaten darstellen konnte. Sie ließen den Wehretat auf 1,2 % des Sozialprodukts sinken, so dass das größere Gesamtdeutschland weniger für Rüstung ausgab als vorher das kleinere Westdeutschland. Die damit einhergehende Schwächung der Streitkräfte war politisch gewollt.

Gemeinsame Sicherheit mit Russland

In den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hatte die Bonner Republik mit der „Ostpolitik“ begonnen, um ihre Ausgleichs- bzw. Balancestrategie auch gegenüber der Sowjetunion zu betreiben. Das wiedervereinigte Deutschland führte diese Politik gegenüber dem russischen Nachfolgestaat der Sowjetunion weiter. Unter den Stichworten der „gemeinsamen Sicherheit“ sowie der „Einbindung in das gemeinsame europäische Haus“ baute Berlin die Beziehungen zu Moskau kontinuierlich aus, unterstützt von Frankreich im gemeinsamen Bestreben, die eigenen Spielräume gegenüber den USA zu vergrößern.

Als Russland 2014 die Krim annektierte und die Separatistenbewegung im ukrainischen Donbass unterstützte, beschloss ein Nato-Gipfeltreffen im September d.J., Sanktionen gegen Russland zu verhängen und die Rüstungsausgaben der Bündnismitglieder auf dauerhaft mindestens 2% des Bruttosozialprodukts zu erhöhen.

Der Beschluss brachte die Bundesregierung in ernsthafte Schwierigkeiten „Wenn allerdings die ‚Verteidigungsinvestitionsverpflichtung‘ des NATO-Gipfeltreffens 2014 in Wales auch nur annähernd umgesetzt würde – Deutschland also wie geplant bis 2024 den Anteil seiner Verteidigungsausgaben von derzeit 1,2 Prozent auf 1,5 Prozent des BIP erhöhte und damit seiner politischen Selbstverpflichtung nachkäme, die Verteidigungsausgaben ‚an zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzunähern‘ –, müsste man, wie die Bundeskanzlerin jüngst formulierte, auch ‚ein bisschen aufpassen‘, dass diese Entwicklung ‚nicht womöglich als eine Militarisierung Deutschlands interpretiert wird‘. Denn auch mit dieser begrenzten Aufstockung rückt Deutschland unter den NATO-

Deutsche Militärpolitik

Partnern mit den höchsten Verteidigungsausgaben weiter nach oben. Bei strikter Einhaltung des Zwei-Prozent-Ziels müsste Deutschland seine Ausgaben jedes Jahr sogar um 6,8 Milliarden Euro steigern – und würde 2024 etwa 85 Milliarden Euro für Verteidigung ausgeben. Das entspräche im Vergleich zum Verteidigungshaushalt 2017 von etwa 37 Milliarden Euro einer Steigerung von rund 129 Prozent. In einem solchen Szenario würde Deutschland 2024 die verbündeten europäischen Nuklearmächte überholen und 27 Milliarden Euro mehr ausgeben als Frankreich und 30 Milliarden Euro mehr als Großbritannien. Es braucht nicht allzu viel Fantasie, um sich vorzustellen, dass eine solche Machtverschiebung in Europa nicht nur vertrauensbildend wäre.“³¹

Fortsetzung der Russlandpolitik

Nahm man den Nato-Beschluss ernst, bedeutete dies also nicht allein eine Wendung gegen Russland, sondern würde darüber hinaus die auf militärischer Zurückhaltung beruhende Europastrategie insgesamt untergraben. Allerdings ist Papier geduldig und kann die Nato-Führung die Einhaltung getroffener Beschlüsse nicht erzwingen. Deshalb trug die Bundesregierung unter Angela Merkel den Beschluss formal mit, beließ es aber bei einem Lippenbekenntnis und dachte nicht daran, die "Verteidigungsinvestitionsverpflichtung" des NATO-Gipfeltreffens in die Tat umzusetzen – was die Linke nicht davon abhielt, den Aufrüstungsbeschluss für die Realität zu nehmen und wieder einmal die Wiederauferstehung des deutschen Militarismus und Imperialismus zu verkünden.

Die Berliner Russlandpolitik wurde „bis zu Putins Überfall auf die Ukraine von weiten Teilen der politischen und wirtschaftlichen Eliten Deutschlands mitgetragen“, wie der Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Berthold Kohler, konstatierte.³² Gleich ob Christ- oder Sozialdemokraten an der Spitze standen – sämtliche Regierungen von Kohl über Schröder bis zu Merkel und Scholz trieben diese Politik voran, und das heißt: entgegen den Nato-Vorgaben gab es keine Aufrüstung gegen Russland, sondern die Fortsetzung der bisherigen Strategie

Ihre vorläufige Krönung fand diese Politik im Bau von North Stream 2, der Gasleitung, die unter Umgehung Polens und der Ukraine russisches Gas durch die Ostsee direkt nach Deutschland liefern sollte und von Beginn den Protest der osteuropäischen US-Verbündeten hervorrief. Auch als Washington unter Bruch internationalen Rechts und mit offenem Affront gegen Berlin die am Leitungsbau beteiligten Firmen mit schweren Sanktionen belegte, um die Fertigstellung zu verhindern, nahm die deutsche Regierung, gedeckt von Frankreich, den Konflikt in Kauf und ließ die Gasleitung weiterbauen.

II. Die Antwort der USA

Die deutsche Ostpolitik weckte vom ersten Augenblick an das Misstrauen der USA, denn die nach zwei Weltkriegen errungene Herrschaft über die atlantische Gegenküste stand immer – und steht – unter dem Vorbehalt des gemeinsamen Kampfes gegen einen gemeinsamen Feind, und das war zunächst die Sowjetunion. Jede Entspannung im Verhältnis zu dem Feind im Osten schwächte das Fundament der Nato und damit die

³¹ Gunther Hellmann: "Von Freunden umzingelt" war gestern; aaO

³² Berthold Kohler: Der Feind sitzt nicht in Berlin, FAZ-Kommentar vom 14. April 2022, S.1

amerikanische Vorherrschaft über (West-)Europa. Darum war die Entspannungspolitik den amerikanischen Regierungen stets suspekt.

„Die lange Tradition des US-amerikanischen Widerstands gegen für Deutschland vorteilhafte Beziehungen zum Gegner im Osten erklärt sich der Politikwissenschaftler George Friedman so: Deutschland bildet zusammen mit Russland eine ernsthafte Gefahr für die Weltmachtspolitik der USA. Folglich würden die Amerikaner alles unternehmen, um eine Annäherung dieser beiden Länder zu torpedieren. (...) Man stelle sich vor: Die ökonomische Weltmacht Deutschland mit der Europäischen Union im Schlepptau verbündete sich mit der militärischen Weltmacht Russland! Ein Horrorszenario für alle USA-Präsidenten, nicht nur für Trump, der bekanntlich die EU als Gegner bezeichnete.“³³

Weil der wiederentstandene deutsche Nationalstaat die Entspannungspolitik als Politik der gemeinsamen Sicherheit mit Russland noch vertiefte, wuchs im selben Maße die Gefahr, dass das „gemeinsame europäische Haus“ eines Tages für Washington nur noch ein Gästezimmer bereithalten würde. Indessen hatten die USA keine Handhabe, diese Politik zu unterbinden, weil der deutsche Wiederaufstieg mit den Mitteln der Bündnis- statt der Militärpolitik stattfand, so dass eine Gegenmachtstrategie in Europa erschwert war.

„Neues“ und „altes“ Europa

Die Befürchtung, aus Europa herausgedrängt zu werden, erhielt im Jahr 2003 einen kräftigen Schub, als die USA einen Krieg gegen den Irak begannen, um ihre Herrschaft über den Nahen Osten und dessen Erdöl zu festigen. Obwohl dazu aufgefordert, weigerte sich Deutschland gemeinsam mit Frankreich und Russland, an dem Krieg teilzunehmen, wozu der damalige Bundeskanzler Schröder anmerkte, dass die deutsche Politik in Berlin und nicht in Washington gemacht würde.

Bei dieser Gelegenheit prägte der us-amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld den Satz von dem „neuen“ Europa, das im Unterschied zum „alten“ Europa an der Seite der USA für eine neue Weltordnung eintreten würde. Allerdings waren es mit Frankreich und Deutschland die ausschlaggebenden zentraleuropäischen Mächte, die den USA die Gefolgschaft verweigerten, während das „neue“ Europa außer dem britischen Inselstaat und Polen nur kleinere Staaten an der Peripherie umfasste.

Bald darauf rückte in dem Dreiecksverhältnis zwischen den USA, Europa und Russland die Ukraine ins Zentrum der Grabenkämpfe. Auf dem Natogipfel 2008 wollten die USA die schnellstmögliche Aufnahme der Ukraine in die Nato durchsetzen, was jedoch von Frankreich und Deutschland abgelehnt wurde und deswegen scheiterte, weil die Aufnahme neuer Mitglieder einstimmig erfolgen muss.

Im Gegenzug verschafften die Annexion der Krim sowie das russische Eingreifen im ukrainischen Donbass den USA 2014 die Gelegenheit, Berlin wieder in Frontstellung gegen Moskau zu bringen. Doch Deutschland unterlief nicht nur den Aufrüstungsbeschluss des Nato-Gipfels vom November d.J.; darüber hinaus handelten Frankreich und

³³ Björn Hendrig: Deutsche Lehren aus dem Ukraine-Krieg; www.heise.de/tp/features/Deutsche-Lehren-aus-dem-Ukraine-Krieg-7064004.html?seite=3

Deutsche Militärpolitik

Deutschland mit Russland und der Ukraine die sog. „Minsker Vereinbarungen“ aus, die eine einvernehmliche Lösung des Donbass-Konflikts herbeiführen sollten. Während Deutschland also einerseits die Politik der gemeinsamen Sicherheit mit Russland weiterführte, schloss das sog. „Normandie-Format“ gleichzeitig die Vereinigten Staaten von den Vereinbarungen aus, weshalb diese alles daran setzten, um die Abkommen zu sabotieren.

Trump gegen den Trittbrettfahrer Deutschland

Der Anfang 2017 ins Präsidentenamt gekommene Donald Trump unternahm es dann, Deutschland offen in die Schranken zu weisen. Er stellte die Nato in Frage, relativierte die Schutzgarantie der USA für Europa und verlangte von den europäischen Nato-Mitgliedern, mehr für die eigene Sicherheit zu tun. Insbesondere das von ihm als Trittbrettfahrer attackierte Deutschland sollte endlich mindestens 2% seines jährlichen Sozialprodukts für die Rüstung ausgeben, wie im Natobeschluss von 2014 gefordert.³⁴

„Der mächtigste Mann an der Spitze des wichtigsten Verbündeten der Deutschen weckte nicht nur frühzeitig generelle Zweifel an der Verlässlichkeit der NATO-Garantiemacht USA, sondern erklärte Deutschland – noch vor China und Russland – zu seinem Lieblingsgegner: zum unausstehlichsten Verbündeten in Amerikas Allianzen und zum lästigsten Konkurrenten in den für ihn fast noch wichtigeren Handelsfragen. Für Deutschlands Sicherheit markierte dies den einschneidendsten Schock der vergangenen Jahrzehnte, weil damit – allen Rückversicherungsversuchen anderer Repräsentanten der außen- und sicherheitspolitischen Elite in Washington zum Trotz – die grundlegendste Sicherheitsgarantie des wichtigsten Verbündeten durch dessen ‚Commander in Chief‘ infrage gestellt wurde.“³⁵

Der Schock für die politische Klasse in Deutschland hätte kaum größer sein können, weil Trumps Vorgehen die Strategie auszuhebeln drohte, mit der man bis dato im Windschatten der USA die eigene Einflussosphäre kontinuierlich ausgebaut hatte. Zum einen stellte die Relativierung der Nato die us-amerikanische Sicherheitsgarantie in Frage, auf die das nicht nuklear gerüstete Berlin angewiesen war, um in seinen Beziehungen zu Russland das militärische Übergewicht der östlichen Nuklearmacht auszutarieren. Zum andern gefährdete Trumps Beharren auf dem 2%-Beschluss der Nato die auf militärischer Zurückhaltung beruhende Balancepolitik gegenüber den europäischen Verbündeten.

So ließ sich ein aufschlussreiches Paradoxon beobachten: der vormalige Weltkriegsgegner aus Washington drängte Deutschland mit aller Macht zur Aufrüstung, wogegen die – nach linker Auffassung genetisch imperialistische und militaristische – Bourgeoisie

³⁴ Trump verfocht insgesamt eine weitergehende Agenda, um den weltweiten Bedeutungsverlust der USA aufzuhalten. Dazu gehörte der Versuch einer Re-Industrialisierung des Landes sowie eine Reduzierung der internationalen Verpflichtungen, um die Kräfte gegen China als den künftigen wirtschaftlichen und politischen Hauptkonkurrenten zu konzentrieren. Das Thema kann hier nicht vertieft werden.

³⁵ Gunther Hellmann: "Von Freunden umzingelt" war gestern. Deutschlands schwindende Sicherheit; APuZ Nr. 36-37/2018 vom 31.08.2018; www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/275104/von-freunden-umzingelt-war-gestern/

in Gestalt der Regierung Merkel sich dieser Verpflichtung mit allen denkbaren Begründungen und Winkelzügen entzog.

Vom Regen in die Traufe oder von Trump zu Biden

Die deutsche Reaktion auf Trumps Präsidentschaft war einmütig. Gemeinsam mit den US-Demokraten, die in der oben benannten „außen- und sicherheitspolitischen Elite in Washington“ den Ton angaben, führten Politik und Medien in Deutschland vier Jahre lang eine Dauerkampagne gegen den US-Präsidenten, weshalb die Erleichterung in Berlin groß war, als Anfang 2021 wieder die US-Demokraten an die Macht kamen. Scheinbar konnte man jetzt wieder die bisherige Balancepolitik fortsetzen, ohne weitere Störversuche durch Trump befürchten zu müssen. Doch das Aufatmen hielt nicht lange an, denn die Biden-Administration nahm einen Politikwechsel vor, der die deutsche Bourgeoisie vom Regen in die Traufe brachte.

Das Instrument dazu war die Ukraine, mit deren Hilfe die USA daran gingen, Russland als Gegner zu markieren und die Europäer in die Gefolgschaft gegen diesen Gegner zurück zu zwingen. Sie nahmen massiv Einfluss auf die 2019 neu gewählte Selenskyi-Regierung und beschleunigten zusammen mit Großbritannien die Entsendung von Militärausbildern sowie die Lieferung von Rüstungsgütern, mit der Begründung, die Ukraine für die spätere Aufnahme in die Nato vorzubereiten. Gleichzeitig stärkten sie Kiew den Rücken, um die Minsker Vereinbarungen zu hintertreiben und so Deutschland, Frankreich und Russland gleichzeitig aus dem politischen Spiel zu nehmen.

Der Provokationskurs ließ sich erfolgreich umsetzen, weil Russland sich von der nationalen Selbstbestimmungspolitik der Bolschewiki losgesagt hatte und in Anknüpfung an das zaristische Reich eine vorrevolutionäre, großrussisch-imperiale Politik verfolgte, zu der die Infragestellung der staatlichen Eigenexistenz der Ukraine gehörte.³⁶ Auf dem Boden dieser „revisionistischen“ Politik ließ die Putin-Regierung am 24. März ihre Truppen in die Ukraine einmarschieren, und damit hatte die Biden-Administration ihr Ziel erreicht.

Die russische Aggression beendigte vorerst alle Ansätze, Russland in Europa einzubinden, und zwang das „alte“ Europa wieder an die Seite der USA. Neben dem Ende von North-Stream 2 war der sichtbarste Ausdruck des Triumphs über Deutschland ein Treffen von Ministern und Militärs aus mehr als 40 Ländern, das der amerikanische Verteidigungsminister in Ramstein anberaumte, um die Unterstützung für die Selenskyi-Regierung zu organisieren.

III. Militärpolitische Perspektiven

Für die deutsche Bourgeoisie bedeutete der russische Angriff auf die Ukraine den GAU, denn er ließ den ostwärtigen Eckpfeiler der Balancepolitik wegbrechen und kehrte den bisherigen Leitsatz der Sicherheit *mit* Russland um in sein Gegenteil, der Sicherheit

³⁶ Siehe z.B. Putins Rede vom 21.2.2022, worin er die Ukraine zu den „eigenen historischen Gebieten“ Russlands rechnet: <http://zeitschrift-osteuropa.de/blog/putin-rede-21.2.2022/>; Alfred Schröder: Der Ukraine-Krieg und die Stellung der Kommunisten; https://kommunistische-debatte.de/?page_id=679; Heiner Karuscheit: Der Ukraine-Krieg und die Frage des russischen Imperialismus; [www.https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2337](https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2337)

Deutsche Militärpolitik

ohne bzw. *gegen* Russland. Die spanische Zeitung *El Pais* kommentierte die Zeitenwende so: „Es gibt Momente in der Geschichte, in denen ein Land nicht mehr das sein kann, was es einmal war. (...) Putins Brutalität erzwingt eine Änderung der deutschen Politik gegenüber Russland, des Glaubens an Wandel durch Handel und einen scharfen Kurswechsel in der Verteidigungspolitik. Berlin hatte eine Identität aufgebaut, die auf einem niedrigen militärischen Profil gründete. Nun muss es einen Schritt nach vorn tun, der vielen Deutschen ein gewisses Schwindelgefühl bereitet.“³⁷

In den vergangenen Jahrzehnten hatte Deutschland im wesentlichen als „Handelsstaat“ operiert und seine Hegemonie mit den Mitteln der Ökonomie und der Bündnispolitik ausgebaut, unter Verzicht auf ein Profil als Militärmacht. Der Ukraine-Krieg und das 100-Mrd-Aufrüstungsprogramm beenden nunmehr diesen Zeitabschnitt und signalisieren einen grundlegenden Kurswechsel.

Die Frage ist jedoch, welche Richtung die künftige Außen- und Sicherheitspolitik einschlagen wird. Dafür eröffnen sich im Prinzip drei verschiedene Möglichkeiten.

Alleingang oder atlantische Sicherheit

Zum einen könnte die Bourgeoisie das tun, was das Gros der Linken immer schon gewusst hat: Deutschland würde durch Hochrüstung zur stärksten Militärmacht Europas werden und zu der zweimal gescheiterten Machtpolitik des Deutschen Reichs zurückkehren. Ein solcher Alleingang setzt indes voraus, dass Berlin unter Bruch internationaler Verträge eigene Nuklearwaffen entwickelt, und dafür gibt es jenseits der Ideologie der Linken keinen Anhaltspunkt.

Die zweite Variante wäre, sich ohne Wenn und Aber den USA unterzuordnen, um dafür deren dauerhaften Schutz gegen die russische Nuklearmacht einzutauschen. Diese Perspektive befürworten „Atlantiker“ in allen Parteien“, heute vor allem die „Grünen“, die mit ihrer Befürwortung des Nato-Kriegs gegen Serbien 1999 zu einer Kriegspartei an der Seite Washingtons geworden sind und durch ihr Eintreten für die weltweite Durchsetzung von „Demokratie und Menschenrechten“ die natürlichen Bundesgenoss/innen des international agierenden US-Imperialismus sind.

Allerdings werden die Grundlinien der Außenpolitik nicht durch das grün geführte Außenministerium bestimmt, sondern durch den Kanzler, und wenn wir die aktuelle Berliner Politik genauer betrachten, offenbart sich, dass unter der Decke der Solidarität mit der Ukraine sowohl in Berlin als auch europaweit heftige Grabenkämpfe stattfinden, in deren Zentrum das Verhältnis zu den USA steht.

Auf der einen Seite treten die Repräsentanten des „neuen“ Europa als entschiedene Nato-Verfechter und Gefolgsleute Washingtons für die bedingungslose Unterstützung der Ukraine ein – allen voran der britische Premier Johnson sowie die Regierungschefs einiger osteuropäischer Länder. Auf der anderen Seite stehen die Regierungen des „alten“ Europas, die sich sowohl mit Finanzhilfen als auch Waffenlieferungen zurückhalten. Deutschland war nur zögerlich und unter Druck bereit, einige schwere Waffen zu liefern;

³⁷ in: www.welt.de/politik/ausland/article238472671/Ukraine-Krieg-Pressestimmen-Die-Deutschen-bekommen-ein-Schwindelgefuehl.html

gleichzeitig haben sowohl Paris als auch Berlin die (von Washington unterstützte) Forderung der Ukraine nach einer beschleunigten Aufnahme in die EU zurückgewiesen, weil sie kein Interesse an einem weiteren Vasallen der USA im europäischen Bündnis haben. Ebenso hat die Bundesregierung die Aufforderung der Selenskyi-Regierung zu einer langfristigen Allianz gegen Russland unbeantwortet gelassen.

Scheinbar tritt „der Westen“ unter dem Banner von Freiheit und Demokratie geschlossen für die Unterstützung der Ukraine ein. Tatsächlich lassen die Konflikte, die hinter der Fassade der gemeinsamen Werte ausgetragen werden, die Zukunft des westlichen Bündnisses alles andere als gesichert erscheinen.

Für eine eigenständige europäische Nuklearmacht

Die dritte Variante einer zukünftigen Außen- und Militärpolitik wäre, die Loslösung von den USA fortzusetzen, nur jetzt in Abgrenzung von Russland statt in einem „gemeinsamen europäischen Haus“. Das Mittel dazu soll eine europäische Nuklearrüstung sein. Ein kürzlich in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* veröffentlichter Beitrag zweier Mitarbeiter der Berliner *Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)* umreißt diese Perspektive näher.³⁸

Die Autoren verweisen darauf, dass Europa nicht auf die Dauerhaftigkeit und Sicherheit des amerikanischen Engagements in Europa bauen könne, denn „es gibt strukturelle Gründe, die langfristige Verlässlichkeit der Vereinigten Staaten nicht als gegeben zu betrachten.“ Diese Gründe sehen sie in der geopolitischen Verschiebung der amerikanischen Prioritäten von Europa nach Asien, vom Atlantik zum Pazifik, weil in Washington mehr und mehr die VRChina als entscheidender weltpolitischer Rivale ins Auge gefasst wird.

Angesichts dieser Unwägbarkeiten müsse Europa dauerhaft selber für seine Sicherheit sorgen, indem es eine eigene, von den USA unabhängige Nuklearmacht aufbaut, auch wenn der Weg dorthin „steinig werden“ dürfte. Konkret bedeutet dies, in der einen oder anderen Weise mit der Atommacht Frankreich ins Benehmen zu kommen. Deshalb sollte „der von Macron seit Längerem angebotene Dialog über Frankreichs Beitrag zu einer etwaigen europäischen nuklearen Abschreckung ... endlich aufgenommen werden, auch wenn Paris diesen Diskurs außerhalb der Nato führen möchte.“ Die Perspektive dieses Kurses besteht in der gleichberechtigten Rolle Europas in einer künftigen multipolaren Welt: „Ebenbürtig mit den USA, China und Russland kann nur die Kollektivmacht der EU sein.“

Wenige Tage nach dem Abdruck dieses Beitrags hat auch der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der FAZ einen Diskussionsbeitrag zur künftigen Sicherheitspolitik Deutschlands veröffentlicht. Unter der Überschrift „Das Undenkbare denken“ plädiert er ebenso wie die SWP-Autoren für die Notwendigkeit, eine europäische Nuklearstreitmacht aufzubauen, die unabhängig von den USA ist.³⁹

³⁸ Eckhard Lübckemeier und Oliver Thränert: „Der Preis der Verteidigung von Freiheit und Demokratie“; FAZ vom 16. Mai 2022, S. 8

³⁹ Thorsten Frei: „Das Undenkbare denken“; FAZ vom 24. Mai 2022, S. 8

Deutsche Militärpolitik

Vorerst hat der Ukrainekrieg der europäischen Strategie der „gemeinsamen Sicherheit“ mit Russland den Boden unter den Füßen weggezogen und ist es den USA gelungen, das „alte Europa“ wieder an die Kandare zu nehmen. Doch es kann sein, dass die von Washington düpierten Mächte nach dieser Erfahrung ihre Anstrengungen verdoppeln, um die amerikanische Hegemonie abzuschütteln. Ob sie auf diesem Weg Erfolg haben werden oder ob es den vor allem in Deutschland einflussreichen „Atlantikern“ gelingt, dies zu verhindern, muss die Zukunft zeigen.

Schlussbemerkung: Das Elend der Linken

Eingangs haben wir einige Stellungnahmen aus der Linken zur beschlossenen Aufrüstung zitiert. Während darin gemeinsam Imperialismus, Militarismus und Kriegsvorbereitungen angeprangert wurden und der DKP-Vorstand das größte Rüstungsprogramm der deutschen Geschichte herbeifabulierte, war noch eine weitere Gemeinsamkeit auffällig: über die Anprangerung von Rüstungsausgaben hinaus gab es keine konkrete Analyse der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik – es gibt sie bis heute nicht.

Die Gegnerschaft dieser Linken gegen die bürgerliche Herrschaft richtet sich gegen einen imperialistisch-militaristischen Popanz, aber nicht gegen die reale Bourgeoisie, von der man keinen politischen Begriff hat. Deshalb tritt umso deutlicher zutage, welche Diskrepanz zwischen den wortgewaltigen Militarismuswarnungen und der politisch-praktischen Hilflosigkeit der Linken existiert. Bis auf Einzelfälle tauchten weder bei den Ostermärschen dieses Jahres noch bei anderen Gelegenheiten die Parolen „Deutschland raus aus der Nato“ bzw. „Nato raus aus Deutschland“ auf. Lediglich der Kongress „Ohne NATO leben – Ideen zum Frieden“ am 21. Mai bildete eine Ausnahme – und wurde prompt von der Führung der Linkspartei kritisiert.

Ebenso wird bisher eine andere Fragestellung negiert, mit der die Linke eine eigene militärpolitische Position gegen die Bourgeoisie vertreten könnte. Die frühere Arbeiterbewegung hat sich stets gegen eine Berufarmee gewandt, die von Natur aus ein willfähiges Instrument in der Hand der Herrschenden ist. Stattdessen ist sie traditionell für den Aufbau einer *Milizarmee* auf dem Boden der allgemeinen Wehrpflicht eingetreten. Dagegen wird von der Linken unhinterfragt hingenommen, dass die heutige Bundeswehr eine Truppe bezahlter Söldner ist.

Der Ukraine-Krieg hat bei allen politischen Kräften bisherige Gewissheiten über den Haufen geworfen und im bürgerlichen Lager eine erste Diskussion über die zu ziehenden Konsequenzen ausgelöst. Es wäre zu wünschen, wenn es auch in der Linken zu einer Debatte über bisherige Einschätzungen und die künftigen Aufgabenstellungen kommen würde.

Heiner Karuscheit

Der Ukraine-Krieg und die Frage des deutschen Imperialismus

In einem Beitrag über die Militärpolitik der deutschen Bourgeoisie „Der Ukraine-Krieg und die Militärpolitik der deutschen Bourgeoisie“ hat der Verfasser dieser Zeilen sich angesichts des kürzlich beschlossenen 100 Mrd-Aufrüstungsprogramm der Berliner Regierung dagegen ausgesprochen, daraus gleich auf die Wiederauferstehung von Militarismus, Imperialismus und Kriegsvorbereitung zu schließen (https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2346). In Reaktion darauf hat Manfred Englisch den Beitrag als „anregend“, aber gleichzeitig als „verkürzend und somit irreführend“ kritisiert und dem entgegengehalten: „*Die deutsche Bourgeoisie hat nie den Weg des Imperialismus verlassen*“.

Doch was versteht der Kritiker unter „Imperialismus“, welchen Imperialismus hat die deutsche Bourgeoisie schon immer vertreten? Dazu hat er nichts Näheres gesagt, es sei denn, er meint mit „Imperialismus“ ein von ihm nebenher erwähntes Streben nach Hegemonie. Das heißt, wir müssen das Problem des Imperialismus selber aufrollen, um die bürgerliche Politik, insbesondere die möglicherweise zu erwartende Außen- und Militärpolitik besser einschätzen zu können.

1. Imperialismus als Monopolherrschaft

Die Frage nach dem Imperialismus führt als erstes zu der 1917 veröffentlichten Schrift Lenins „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“. Seit Stalin den Leninismus 1924 als „Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution“ definiert hatte, gehören die darin getroffenen Aussagen mehr oder minder zum ideologisch-politischen Kernbestand der kommunistischen Bewegung.⁴⁰

Für Lenin selber war der Imperialismus ein Produkt des „Monopolkapitalismus“; er schrieb, dass „der Imperialismus seinem ökonomischen Wesen nach Monopolkapitalismus ist“.⁴¹ Nach seinem eigenen Verständnis war der Imperialismus also an eine bestimmte ökonomische Formation gekoppelt, nämlich den *Monopolkapitalismus*, dessen Durchsetzung er auf die Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert datierte und der das „höchste Stadium des Kapitalismus“ darstellen sollte. Dieses Stadium war Lenin zufolge dem Wesen nach gekennzeichnet durch die Aufhebung der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Warenproduktion mit der Konsequenz: „Aus allem, was über das ökonomische Wesen des Imperialismus gesagt wurde, geht hervor, dass er charakterisiert werden muss als Übergangskapitalismus oder, richtiger, als *sterbender Kapitalismus*.“ Somit war dieser Imperialismus zugleich „der Vorabend der sozialistischen Revolution“.

Bleibt man bei der Koppelung des Imperialismus an die Ökonomie und setzt die Behauptung eines sterbenden Kapitalismus mit der realen wirtschaftlichen Entwicklung der damaligen Zeit in Beziehung, so muss man feststellen, dass eine großmaßstäbliche Industrialisierung, die sog. Hochindustrialisierung, in Deutschland erst nach der Reichseinigung 1871 einsetzte. Zwar hatte sich das Kapitalverhältnis schon vorher in der

⁴⁰ Michael Vogt: Über den Begriff des Marxismus-Leninismus; in: AzD 47/1989

⁴¹ Alle Zitate Lenins ohne weitere Nachweise aus der Imperialismusschrift (Broschüre) bzw. LW 22, S. 189-309.

Deutscher Imperialismus?

Wirtschaft ausgebreitet, aber rein zahlenmäßig dominierten noch lange die Verhältnisse der kleinen Warenproduktion von Bauern und Handwerkern. Erst in den Jahrzehnten *nach dem Zweiten Weltkrieg* brachte das Kapital die vorkapitalistischen Verhältnisse endgültig zur Auflösung und gliederte die Restbestände an kleinen Warenproduzenten vollständig in seinen Kreislauf ein. Erst dann hatte die bürgerliche Produktionsweise die Gesamtheit der gesellschaftlichen Beziehungen nicht nur ergriffen, sondern auch umgewälzt.

Das bedeutet, dass zum Zeitpunkt des Wechsels vom 19. auf das 20. Jahrhundert, auf den Lenin den beginnenden Sterbeprozess des Kapitalismus aufgrund der Durchsetzung des Monopols datierte, die Industrialisierung noch in vollem Gange war und das Kapital ein weites Feld zur Verfügung hatte, um *allein durch Ausdehnung der Lohnarbeit die lebendige Basis der Mehrwertproduktion zu erweitern*.

Hilferding und der Ursprung der Monopoltheorie

Diese Phase der industriellen Entwicklung war bestimmt von der Schwerindustrie, die aufgrund der Eigenart ihrer Produktion von Grundstoffen (Kohle und Eisen) prädestiniert ist für die Bildung von Kartellen zur Erzielung von Surplusprofiten. Daraus und aus einigen Besonderheiten der damaligen Wirtschaftsorganisation speziell in Deutschland leitete der sozialdemokratische Ökonom Rudolf Hilferding in seinem 1910 veröffentlichten Werk über „Das Finanzkapital – Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus“ die Theorie eines neuen ökonomischen Stadiums ab, in dem die Bildung von Monopolen die Triebkräfte des Kapitalismus zum Erliegen bringen und diesen an sein Ende führen würde. Etwa um die Jahrhundertwende hätte der Kapitalismus seine letzte und höchste, unmittelbar an den Sozialismus heranführende Stufe erreicht.

Die von ihm vertretene Monopoltheorie basierte auf einem grundlegenden Unverständnis der kapitalistischen Produktionsweise, in dessen Zentrum ein falscher Begriff der Konkurrenz stand. Karl Marx hatte bei der Untersuchung dieser Produktionsweise u.a. herausgearbeitet, dass deren Bewegungsgesetze durch die Konkurrenz lediglich *exekutiert*, aber nicht hervorgebracht werden. Die Konkurrenz, so Marx, *macht die inneren Gesetze des Kapitals* *„zu Zwangsgesetzen dem einzelnen Kapital gegenüber, aber sie erfindet sie nicht. Sie realisiert sie. Sie daher einfach aus der Konkurrenz erklären wollen, heißt zugeben, dass man sie nicht versteht.“*⁴² Zwar kann es in einzelnen Produktionszweigen unter gegebenen Bedingungen zu vorübergehenden Einschränkungen der Konkurrenz kommen, die jedoch immer wieder aufgehoben werden, ohne die Bewegung des Kapitals grundsätzlich aufhalten zu können.

Dagegen erklärte Hilferding die Konkurrenz zur *Urheberin* statt Vollstreckerin der kapitalistischen Funktionsgesetze und entwarf von diesem Ausgangspunkt aus seine Monopoltheorie, indem er die damalige Kartellbildung in der Schwerindustrie zur Bildung dauerhafter Monopole in allen Bereichen der Wirtschaft verallgemeinerte. Zugleich ließ er Industrie-, Handels- und Bankkapital miteinander verschmelzen, so dass der von ihm

⁴² *Grundrisse*, S. 638; Hervorhebung von mir; HK. Ebenso die klare Aussage Marx' in *Kapital Band 1*: die Konkurrenz „herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf“. (MEW 23, S.618)

behauptete Monopolisierungsprozess in ein einheitliches, monopolistisches „Finanzkapital“ unter Herrschaft der Banken mündete. Auf diese Weise würde mit der Aufhebung der Konkurrenz und der Zentralisierung des Monopols das Ende der kapitalistischen Produktionsweise erreicht werden: „So erlischt im Finanzkapital der besondere Charakter des Kapitals.“⁴³

Lohnarbeit und Kapital

Marx hatte andere Vorstellungen vom „besonderen Charakter“ des Kapitals. Er gründete sein ökonomietheoretisches Werk auf der elementaren Feststellung, dass „das Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit den ganzen Charakter der Produktionsweise bestimmt“. (MEW 25, S.887). Von diesem zentralen Punkt ausgehend entschlüsselte er die immanenten Gesetze der Kapitalbewegung im Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion, von der Metamorphose der verschiedenen Formen des Kapitals und ihrer Verschlingung miteinander in der Zirkulation bis hin zur Verwandlung des Profits in den Durchschnittsprofit. Aus der Keimzelle des Kapitals heraus entwickelte er so die Entfaltung der Produktionsweise, getrieben von dem Zwang zur Verwertung des Werts.⁴⁴

Dagegen enthält Hilferdings Studie über ein neues Stadium des Kapitalismus nicht einen eigenen Gedanken über den Zusammenhang von Lohnarbeit und Kapital. Stattdessen machte er die Konkurrenz zur Urheberin der Kapitalbewegung und erklärte zugleich die Kartellbildung zum Ende der Konkurrenz. Auf diese Weise konnte er ohne besondere theoretische Anstrengungen das Verlöschen der Triebkräfte des Kapitalismus sowie dessen nahenden Untergang verkünden und im selben Atemzug das Marxsche Werk für überholt erklären.

Indem Marx von der Keimzelle des Kapitals ausgeht, dem Verhältnis zur Lohnarbeit, ergibt sich bereits auf abstrakter Ebene die Konsequenz, dass sich die Gesetze der Kapitalbewegung nur durch Aufhebung des Kapitalverhältnisses, d.h. durch eine soziale Revolution, aufheben lassen. Dagegen erfolgt die Aufhebung der Lohnarbeit in Hilferdings Theorie viel einfacher, nämlich durch die ökonomische Entwicklung als solche: „So erlischt im Finanzkapital der besondere Charakter des Kapitals.“

Zwar schrieb er in seinem Buch, dass die Diktatur der Finanzmagnaten durch den Zusammenprall der Klassen beendet werden müsste. Aber diese Feststellung war eine äußerliche Hinzufügung und ergab sich nicht aus der Logik seines Werks, das vielmehr ein friedliches Hinüberwachsen in den Sozialismus nahelegte; das entsprach auch der Position des Kautskyschen „Zentrums“, dem Hilferding nahestand. Außerdem erübrigte sich der Hinweis auf den Klassenkampf bald, denn die Errichtung der Weimarer Demokratie unter sozialdemokratischer Führung interpretierte Hilferding als Sieg der Politik

⁴³ Hierzu die ausführliche Auseinandersetzung mit Hilferding in den *Aufsätzen zur Diskussion* Nr. 39/1987: „Kapital und Monopol – Zur Kritik der Monopoltheorie bei Hilferding und Lenin“; dort auch die Zitatnachweise

⁴⁴ In dem kürzlich erschienenen Buch „Eine zufällige Begegnung in Venedig“ über die „Entstehung des Kapitalismus als Gesellschaftssystem“ (Dietz Verlag Berlin) beschreibt der griechische Ökonom Jannis Milios, wie neben England auch im venezianischen Handelsstaat des Mittelalters freie Lohnarbeiter auf die Bühne der Geschichte getreten sind und mit ihnen das Kapitalverhältnis entstehen konnte. Die Studie ist ein hervorragendes Beispiel „marxistischer Erneuerung“.

Deutscher Imperialismus?

über die Ökonomie, und damit war für ihn der Weg zum Sozialismus frei; er selber wurde unter der SPD-Regierung Reichsfinanzminister. Mit seinem Werk erwarb er sich in der Vorkriegszeit den Ruf, führender Wirtschaftswissenschaftler der II. Internationale zu sein. Karl Kautsky, der anerkannte theoretische Kopf der Sozialdemokratie, bezeichnete *Das Finanzkapital* als Fortsetzung des Marxschen Werks; der Autor hätte darin den theoretischen Reichtum des zweiten und dritten Bands des *Kapitals* gehoben und gleichzeitig die marxistische Ökonomie des 20. Jahrhunderts begründet.⁴⁵

Lenins Weg zur Monopoltheorie

An der Spitze der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei gehörte Lenin im Ersten Weltkrieg zu den wenigen Vertretern der Arbeiterbewegung, die den Krieg von Anfang an für allseitig reaktionär hielten, die Politik der Vaterlandsverteidigung verurteilten und für die Niederlage der Bourgeoisie in jedem Land eintraten.

Um das Zustandekommen des Kriegs sowie den Übergang der sozialdemokratischen Parteien auf die Seite der Bourgeoisie ökonomisch zu erklären, griff er zurück auf das Werk Hilferdings, der im Weltkrieg zu den Kritikern der Vaterlandsverteidigung gehörte und 1917 Mitglied der linken USPD wurde, bevor er bald darauf wieder zur SPD zurückkehrte.

Er lobte Hilferdings Werk mit nur wenigen Abstrichen als „höchst wertvolle theoretische Studie“ und legte dessen Monopoltheorie seiner eigenen Schrift über den Imperialismus zugrunde. Die Behauptung einer ungebrochenen Monopolisierung relativierte er an anderer Stelle verschiedentlich, aber in allen wesentlichen Aussagen wiederholte er die von Hilferding vorgegebenen Einschätzungen, angefangen von einem Ende der Konkurrenz über die Ersetzung des Wertgesetzes durch ein Herrschaftsverhältnis bis hin zum Begriff des „Finanzkapitals“ als monopolistischer Verschmelzung von Bank- und Industriekapital. Politökonomisch lässt sich kein ernstlicher Unterschied zwischen Hilferding und Lenin feststellen.⁴⁶

Das Ökonomieverständnis der II. Internationale

Neben der Berufung auf Hilferding zur ökonomischen Legitimierung seiner eigenen Imperialismusschrift bezog sich Lenin auf den liberalen britischen Imperialismuskritiker John Hobson, um eine Reihe politischer Schlussfolgerungen aus den ökonomischen Darlegungen zu ziehen. Die maßgeblichen Auswirkungen des kapitalistischen Monopols sah er im „Parasitismus“ sowie der Tendenz zu „Stagnation und Fäulnis“ und zur „Reaktion auf der ganzen Linie“, woraus er das Herannahen der sozialistischen Revolution folgerte.

Die Ursache des jetzigen Kriegs führte die Imperialismusschrift auf die Aufteilung der Welt unter Kapitalistenverbände und internationale Kartelle zurück, weshalb der Krieg als imperialistischer Krieg um eine Neuaufteilung der Welt geführt würde. In dem

⁴⁵ 1947 ließ die SED eine Neuauflage von Hilferdings Werk drucken, zu der das Politbüromitglied Fred Oelßner ein Vorwort von 30 Seiten beisteuerte, worin er das Werk wie Kautsky als „bedeutsame Weiterentwicklung der marxistischen ökonomischen Theorie“ empfahl.

⁴⁶ Zur Kritik an Lenins Monopoltheorie Klaus Winter: „Monopolkapitalismus und Finanzkapital - Zur Problematik beider Begriffe in Lenins Imperialismusschrift“; in: AzD 39/1987; im Internet unter: https://www.kommunistische-debatte.de/?page_id=363

Zusammenhang betrachtete Lenin hohe Monopolprofite als Mittel, um Teile der Arbeiter zu bestechen und sie auf die Seite der eigenen Bourgeoisie gegen alle übrigen hinüberzuziehen.

Lenins Forderung, den imperialistischen Krieg in jedem Land in einen Bürgerkrieg umzuwandeln, war wegweisend, um der Arbeiterbewegung eine neue Perspektive zu geben. Doch der Versuch, das Zustandekommen des Weltkriegs ökonomisch zu erklären, ging in die Irre. In dieser Frage blieb er dem Ökonomieverständnis der II. Internationale verhaftet. Die von Hilferding aufgestellte und von ihm übernommene Monopoltheorie widerspricht elementaren Erkenntnissen der Gesetzmäßigkeiten und Triebkräfte der Kapitalbewegung.

Ist die Monopoltheorie jedoch vom Boden der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie aus nicht zu begründen, hat dies unvermeidbar Konsequenzen für die Imperialismustheorie. Lenin selber hat darauf bestanden, dass „der Imperialismus seinem ökonomischen Wesen nach Monopolkapitalismus ist“, und hat seine Imperialismustheorie auf dieser Basis entwickelt. Das heißt, dass *zusammen mit der Monopoltheorie auch die darauf gestützte Imperialismustheorie nicht zu halten ist.*

2. Der historische deutsche Imperialismus

Wenn aber die monopolistische, ökonomisch-prinzipielle Begründung des Imperialismus fehlerhaft ist - wie lässt sich dann die Aussage des Kritikers verstehen: „*Die deutsche Bourgeoisie hat nie den Weg des Imperialismus verlassen*“?

Historisch begegnet uns der deutsche Imperialismus zunächst in der *Weltpolitik*, zu der Deutschland im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts überging. Nachdem Bismarck abgedankt hatte und die Außenpolitik des Reichs von bürgerlichen Kräften aus dem Umfeld der Nationalliberalen gestaltet werden konnte, meldete Deutschland den Anspruch auf ein großes Kolonialreich an, einen „Platz an der Sonne“, und ging an den Bau einer gewaltigen Schlachtflotte, um der führenden Seemacht Großbritannien die Zustimmung zu einer gleichberechtigten Weltmachtstellung abzutrotzen. Nach innen diente der Imperialismus dazu, das städtische Kleinbürgertum und möglichst Teile der Arbeiterschaft als Massenbasis für die Bourgeoisie zu gewinnen; der Deutsche Flottenverein mit Vertretungen in jeder größeren und kleineren Stadt organisierte als größte Massenorganisation im Kaiserreich die allgemeine Flottenbegeisterung.

Der ostelbische Militäradel hatte als agrarische Klasse kein Interesse an der Weltpolitik, trug sie jedoch im Rahmen des junkerlich-bürgerlichen Reichsgründungskompromisses mit, auf dem das Kaiserreich ruhte. Für ihn war entscheidend, dass seine innenpolitische und militärische Vorherrschaft nicht gefährdet wurde, ansonsten würde er sie mit allen Mitteln verteidigen. Das war 1914 der Fall, nachdem das Regierungsbündnis von Konservativen und Nationalliberalen 1909 in einem Steuerstreit über die Finanzierung der Schlachtflotte zerbrochen war und die junkerliche Machtstellung anschließend von allen Seiten angegriffen wurde, weshalb die Gutsbesitzer die Regierung in einen Krieg trieben, um ihre Vormacht durch einen großen militärischen Sieg zu sichern.⁴⁷

⁴⁷ H.Karuscheit: Deutschland 1914 – Vom Klassenkompromiss zum Krieg; VSA, Hamburg 2013

Das Junkertum als Herr des Weltkriegs

Von Seiten der Bourgeoisie war dieser Krieg ein imperialistischer Krieg, an dem sie sich in Fortsetzung der Weltpolitik beteiligte, um die angestrebte Weltmachtstellung zu erreichen. Ihr vorrangiges Kriegsziel war dabei die Gewinnung der französischen und belgischen Atlantikhäfen, um den Ausgang in den Atlantik für den Seekrieg gegen Großbritannien zu öffnen; Gustav Stresemann, der führende Kopf der Bourgeoisie, erklärte noch wenige Wochen vor Kriegsende, dass der Krieg verloren sei, wenn nicht wenigstens die belgischen Nordseehäfen in deutscher Hand blieben.

Allerdings drückte nicht die Bourgeoisie dem Krieg ihren Stempel auf, sondern tat dies sowohl militärisch als auch politisch der Militäradel mit dem von ihm kommandierten Landheer. Während in Großbritannien und Frankreich das Parlament auch im Krieg das Machtzentrum blieb, schob die Oberste Heeresleitung den ohnehin zahnlosen Reichstag gänzlich beiseite und errichtete spätestens mit dem Sturz Bethmann-Hollwegs eine Militärdiktatur. Die OHL diktierte auch den Frieden von Brest-Litowsk gemäß den Partikularinteressen des Königreichs Preußens, um dessen Vormachtstellung im Reich auszubauen.

Auf dem Boden der Leninschen Imperialismusschrift lässt sich der Charakter des Weltkriegs nicht entschlüsseln, obwohl Lenin sich darin weitaus mehr mit Deutschland als mit anderen Ländern befasste.⁴⁸ Die grundlegende Schwäche des gewählten Erklärungsansatzes besteht darin, eine ökonomische Ursache für den Krieg zu suchen. Jedoch hatte der Weltkrieg seinen Ursprung nicht in der *Ökonomie*, sprich im Monopolkapitalismus, sondern in der *Klassenkonstellation des Kaiserreichs*, die das untergehende Junkertum die Flucht in den Krieg antreten ließ.

3. Der Siedlungsimperialismus des Dritten Reichs

Nachdem die Kriegsniederlage 1918 dem bürgerlichen Imperialismus durch den Verlust der Kolonien und die Zerstörung der Schlachtflotte ein Ende gesetzt hatte, unternahm die Bourgeoisie 1928 mit dem Bau von Panzerkreuzern den Anlauf zu einer neuerlichen Weltpolitik, die jedoch keine Zukunft hatte, weil der 1933 an die Macht gelangte Nationalsozialismus die Kolonialpolitik der Vorkriegszeit ablehnte. Sein rassistisch fundiertes außenpolitisches Leitziel war die Gewinnung von Siedlungsland im Osten für das deutsche „Volk ohne Raum“.

Nach der begonnenen Umwandlung Deutschlands in einen Rassenstaat ging die NS-Führung nach Vorkriegen gegen Polen und Frankreich daran, dieses Ziel durch einen Siedlungs- und Vernichtungskrieg gegen Russland umzusetzen. Mit der millionenfachen Tötung sog. slawischer „Untermenschen“, um die Ostgebiete für die Besiedelung durch germanische Bauern frei zu machen, trug dieser Siedlungsimperialismus einen vollständig anderen Charakter als der bürgerliche Kolonialimperialismus des Kaiserreichs. Dazu kam die ebenfalls millionenfache Vernichtung des europäischen Judentums.

⁴⁸ H.Karuscheit: Der Erste Weltkrieg und die Fehler der Leninschen Imperialismustheorie; in: Aufsätze zur Diskussion Nr. 70 (2001) = https://kommunistische-debatte.de/?page_id=1432

Eine untaugliche Faschismusdefinition

Diese Politik stellte in mehrfacher Hinsicht eine theoretische Herausforderung dar. Wie war die Rassenpolitik des Nationalsozialismus zu erklären? Wie vertrug sich ein Siedlungskrieg im 20. Jahrhundert mit der Moderne des industriellen Kapitalismus? Wie ließ sich die gezielte Tötung von Millionen von Arbeitskräften mit dem Begriff des Kapitals vereinbaren, dessen Existenz auf der Vernutzung menschlicher Arbeitskraft gründet?

Festgelegt auf die Imperialismustheorie, hatte der VII. Weltkongress der Komintern den Faschismus 1935 als *Herrschaft der am meisten reaktionären Elemente des Finanzkapitals*, d.h. als eine Variante der monopolkapitalistischen Herrschaft definiert. Die Kriegs- und Vernichtungspolitik des NS-Staats lag zu diesem Zeitpunkt noch in der Zukunft, doch die Faschismusdefinition wurde nach 1945 nicht mehr diskutiert, sondern vielmehr wie die Imperialismustheorie für allgemeingültig erklärt, so dass auch die staatlich organisierten Massentötungen und die Siedlungspolitik aus dem Finanz- bzw. Monopolkapital hergeleitet werden mussten. Soweit überhaupt thematisiert, entledigte man sich dieser Herausforderung durch den Verweis auf den Halbsatz in der Imperialismusschrift, dass das Monopol „Reaktion auf der ganzen Linie“ bedeutet.

Bürgerliche Historiker befassten sich in der Nachkriegszeit intensiv mit der NS-Herrschaft, um die Rassenpolitik, das Siedlungsprogramm sowie die Ausrottung der jüdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Krieg zu erforschen. Währenddessen konzentrierten sich die Historiker von SED und DKP auf die Untersuchung der Verbindungen von Banken und Industrie mit dem 3. Reich. Hier fanden sie ein weites Feld vor, da das Kapital die Eigenschaft hat, sich mit *jeder* politischen Herrschaft zu arrangieren, um die Produktion von Profit zu betreiben. Deshalb gab es naturgemäß mehr als genug Beziehungen zur nationalsozialistischen Staatsmacht und konnte der Monopolkapitalismus umfassend entlarvt werden, ohne dass man dem spezifischen Charakter des Nationalsozialismus um ein Jota näher kam.⁴⁹

4. BRD-Imperialismus und Monopolkapital

Damit sind wir bei der Frage angelangt, welchen „Weg des Imperialismus“ die deutsche Bourgeoisie nach dem Untergang des 3. Reichs fortgesetzt haben soll.

Als tonangebende westliche Besatzungsmacht brachten die USA in Westdeutschland mit Adenauer und der CDU eine Gruppierung der Bourgeoisie an die Macht, die sich sowohl politisch als auch ökonomisch von dem zuvor dominierenden Flügel unterschied. Bis dahin hatten die Nationalliberalen, die für das antidemokratische Bündnis mit dem Junkertum standen, die Führung des bürgerlichen Lagers innegehabt. Jetzt übernahm mit der CDU die Nachfolgepartei des katholischen Zentrums die Führungsrolle, während die Reste der Nationalliberalen in der FDP aufgingen. Außerdem wurde die Schwerindustrie als bisherige ökonomische Hauptstütze des rechten Flügels der Bourgeoisie durch die europäische Montanunion sowie die Kartellgesetzgebung entmachtet; an ihre Stelle als

⁴⁹ Der Autor ist dabei, in Fortsetzung seiner bisherigen Veröffentlichungen zum Ersten Weltkrieg und zur Republik von Weimar eine Studie zur Frage nach dem besonderen Charakter des Nationalsozialismus zu erarbeiten.

Deutscher Imperialismus?

wirtschaftlicher Leitsektor trat die Automobilindustrie. Gleichzeitig etablierte die unter Aufsicht der westlichen Alliierten als parlamentarische Demokratie neu gegründete Bonner Republik eine bürgerliche Ordnung, die sich vom Staatsaufbau über das wiederaufgebaute Militär bis zur Außenpolitik nicht nur graduell von ihren Vorgängerstaaten unterschied.

Für die Vertreter der Imperialismustheorie gab es keine besonderen Unterschiede. Von der SED in Auftrag gegebene Werke wie „*Imperialismus heute*“ (1965) oder „*Der Imperialismus der BRD*“ (1971) propagierten auf vielen hundert Seiten, dass in der Bonner Republik derselbe Monopolkapitalismus-Imperialismus wie seit der Jahrhundertwende herrschte. Indem die Autoren aus dem gesellschaftlichen Gesamtgeschehen einzelne Momente wie die Wiederbewaffnung, die Forderungen der Vertriebenenverbände nach Wiedergewinnung der Ostgebiete oder die Weiterbeschäftigung von Nationalsozialisten im öffentlichen Dienst herausgriffen, konnten sie die Rückkehr von Militarismus und Revanchismus bis hin zur Faschisierung begründen.

Jenseits der Imperialismustheorie

Doch so richtig die Kritik im Einzelfall sein mochte, so verquer war das daraus konstruierte Propagandabild eines ewigen, alle Zeitläufte überstehenden deutschen Imperialismus. Gefangen in den Fesseln einer für unverrückbar erklärten Imperialismustheorie, negierte man nicht nur, dass die Bundesrepublik einen anderen Charakter trug als ihre Vorgängerstaaten; vor allem negierte man, welche weitergehenden Fragen zum Verhältnis von Ökonomie, Gesellschaft und Politik die wechselnden deutschen Staatsordnungen aufwarfen.

Während der Kapitalismus die Produktionsverhältnisse in Deutschland schon seit langem beherrschte, hatte es auf dieser gleichbleibenden ökonomischen Basis ganz unterschiedliche staatliche Überbauten gegeben: anfangs eine halbabsolutistische Militärmarchie, dann die totgeborene Demokratie von Weimar, anschließend der nationalsozialistische Rassenstaat und schließlich die bürgerliche Bonner Republik. Kein vergleichbares Land in Europa hatte im Zeitraum weniger Jahrzehnte einen solchen Wandel der Staatsformen erlebt wie Deutschland.

Die Staatswechsel waren regelmäßig verbunden mit weitreichenden politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen, wobei, um es noch einmal zu betonen, das Kapitalverhältnis über alle Veränderungen hinweg die wirtschaftliche Reproduktion der Gesellschaft bestimmte. Es gab und gibt für den Marxismus also genügend Grund, sich mit dem Zusammenhang und Widerspruch von ökonomischer Basis und politischem Überbau auseinander zu setzen. Doch eine solche Aufgabe stellt sich auf dem Boden der Imperialismustheorie nicht. In der II. Internationale von dem führenden sozialdemokratischen Ökonomen Hilferding als Monopoltheorie entwickelt und im Weltkrieg von Lenin durch den Begriff des Imperialismus erweitert, um die von ihm vertretene Revolutionspolitik ökonomisch zu fundieren, ist die Monopol- und Imperialismustheorie ungeeignet, um die gesellschaftliche Entwicklung zu begreifen.

Als Monopoltheorie widerspricht sie ökonomisch den von Hilferding nicht verstandenen Bewegungsgesetzen des Kapitals, und klassenpolitisch führt der Ansatz des

Imperialismusbegriffs, das politische Geschehen direkt aus der Ökonomie, sprich dem Monopol abzuleiten, in die Irre. Es ist deshalb an der Zeit, dass wir uns verabschieden – nicht von Lenin, der an der Seite des revolutionären Proletariats den Kampf gegen den Opportunismus und Nationalismus der Parteien der II. Internationale aufnahm, sondern von der Imperialismustheorie.

Schlussbemerkung: Weltmachtambitionen und die nukleare Realität

Außen- und militärpolitisch hat die Bourgeoisie nach der erneuten Niederlage Deutschlands im 2. Weltkrieg einen neuen Weg eingeschlagen, den sie auch nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit fortgesetzt hat, um ihren Wiederaufstieg zu bewerkstelligen. Wie in dem eingangs erwähnten Artikel beschrieben, beruhte die gewählte Strategie auf zwei Pfeilern: zum einen einer breit gefächerten Bündnispolitik, zu der nach Auflösung der Sowjetunion neben der Mitgliedschaft in Nato und EU auch die Politik der „gemeinsamen Sicherheit“ mit Russland gehörte. Zum zweiten gehörte dazu eine Politik der militärischen Zurückhaltung, um die Vertrauensbasis bei den Bündnispartnern zu erhalten.

Der Ukraine-Krieg hat die Politik der militärischen Selbstbeschränkung abrupt beendet und den Beschluss zu einer umfangreichen Aufrüstung herbeigeführt. Aber Waffen ersetzen keine Politik. Zusammen mit dem Rüstungsbeschluss hat daher in der politischen Klasse eine Diskussion eingesetzt, wie eine künftige Sicherheitsstrategie aussehen soll, die Außen- und Militärpolitik in einer neuen Konzeption miteinander verbindet.

In ersten Reaktionen forderten einige Diskussionsteilnehmer, militärisch unabhängig von den USA zu werden und die EU unter deutsch-französischer Führung als vierte Weltmacht neben den USA, China und Russland zu etablieren. Allerdings waren das bislang nur Einzelmeinungen und ist fraglich, ob sie sich durchsetzen werden. Diese Bourgeoisie ist nach 1945 nicht aus eigener Kraft an die Macht gekommen, sondern wurde von Washington dorthin gesetzt; der bis heute gezahlte Preis dafür ist die zur „Staatsräson“ erhobene Mitgliedschaft in der Nato.

Ob die bürgerliche Führung die Entschlossenheit aufbringt, sich von den USA zu lösen, hängt wesentlich von der Nuklearfrage ab, denn als Folge der letzten Kriegsniederlage verfügt Deutschland über keine Atomwaffen und wird wohl auch in Zukunft keine besitzen. Ohne eigene Nuklearwaffen ist eine Weltmachtrolle jedoch undenkbar, weshalb die einzig realistische Perspektive darin besteht, dass die Atommacht Frankreich ihrem deutschen Bündnispartner (in welcher Form auch immer) eine Mitsprache an der „force de frappe“ einräumt bzw. anstelle der USA eine atomare Sicherheitsgarantie für Deutschland ausspricht. Ob die französische Bourgeoisie jedoch zu einem solchen Schritt bereit ist, steht in den Sternen. Und wenn überhaupt, wird erst dann eine Mehrheit in der deutschen Bourgeoisie bereit sein, Washington den Rücken zu kehren.

Noch hat die Debatte über die künftige Außen- und Sicherheitspolitik gerade erst begonnen, und welchen Ausgang sie nehmen wird, wissen wir nicht. Was wir allerdings wissen, ist, dass die Propagandaformel vom immerwährenden deutschen Imperialismus ungeeignet ist, sie zu verstehen.

Diskussion

Manfred Englisch

Neue Etappe der Hegemonialpolitik des deutschen Kapitals zur Verwandlung Europas in seine Homebase

Es macht keinen Sinn, vor Aufrüstung und Weltkriegsgefahr zu erstarren wie das Kaninchen vor der Schlange. Auch der Blick von Heiner Karuscheit⁵⁰ auf die moderate Militärpolitik der deutschen Bourgeoisie nach 1945 erzeugt eher Unbehagen, statt beruhigend zu wirken. Übertreibungen und emotionale Selbsthypnose sollten wir aber der olivgrünen Partei überlassen.

Mir erscheint der Untersuchungsrahmen, nur bezogen auf Militärpolitik, als verkürzend und somit irreführend, obgleich ich die nachgezeichnete Debatte alternativer Wege des deutschen Imperialismus aufschlussreich und anregend finde.

Warum verhält sich die politische Repräsentanz der BRD im friendly Fire des Ukrainekrieges so unterwürfig? Schließlich benutzen gerade die Vertreter des „neuen Europas“ in Polen und in der Ukraine, also die US-Vasallen, die Spitzen des deutschen Staates wie Fußballer ihrer großmäuligen Politik für „Ruhm & Ehre der Ukraine“ (Slawa Ukrajini). Aber die augenscheinliche Demut der SPD-Amtsträger im Bund sollte nicht zu falschen Schlussfolgerungen verführen. Im Wissen um die eigene ökonomische Stärke müssen deutsche Politiker nicht auf dicke Hose machen wie Halbstarke. Auch Putin sieht die deutsche Bundesregierung nur als folgsamen Untertanen der amerikanischen Supermacht und hat die eigenen Hoffnungen auf eine Achse mit der EU verworfen. Aus meiner Sicht ist Putins Russland aber auf die Provokationen von USA und UK in der Ukraine genauso reingefallen und in die aufgestellte Falle getappt wie 1979 die Sowjetunion in Afghanistan.

Von Karl Marx gibt es eine brillante historische Untersuchung über den Aufstieg des russischen Zarismus⁵¹ - mit Lug, Trug und sklavischer Verstellung - vom tributpflichtigen Vasallen der Goldenen Horde zur Bedrohung des Westens. Lehrreich auch für unseren Kontext, nämlich herauszufinden, wie der deutsche Imperialismus als geschlagene Ex-Großmacht seinen Wiederaufstieg durchzieht. Schon Madame Merkel proklamierte in jeder Krise ihrer Regierungszeit das Versprechen, dass Deutschland stärker denn je am Ende der Krise dastünde als vorher.

Weiterführend ist zu fragen: ***Ist die Militärpolitik der deutschen Bourgeoisie Ausdruck einer strategischen Defensive?*** Oder: Sind nicht expandierende Handelsmacht

⁵⁰ H. Karuscheit, Der Ukrainekrieg und die Militärpolitik der deutschen Bourgeoisie, https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2346

⁵¹ Karl Marx, Enthüllungen der diplomatischen Geschichte des 18. Jahrhunderts, Suhrkamp Frankfurt a. M. 1980; Karl Marx, Die Geschichte der Geheimdiplomatie im 18. Jahrhundert, Olle & Wolter Verlag Berlin 1977, dt. Erstausgabe mit Kommentaren von D.B. Rjasanow & B. Rabehl, unterschlagen in MEGA und MEW; Auszüge im SPIEGEL 21/1977, »Der letzte Wille des Dschingis Khan« - DER SPIEGEL

(ökonomische Strategie) und defensive Militärmacht zwei Seiten eines Bündels von Widersprüchen, deren Hauptseite „Hegemonie“ ist?

Um es vorwegzunehmen: Die deutsche Bourgeoisie hat nie den Weg des Imperialismus verlassen. Besiegt, zerteilt und gedemütigt in zwei Weltkriegen, musste sie Kreide fressen mit dem Credo: „Nie wieder ...!“ und sich in diversen Bündnissen als gelittener Zahlmeister unterordnen. Geschickt hat sie zwischen den Siegermächten und ihren zerfallenden Imperien laviert, um eine enorme „Friedensdividende“ einzufahren, inklusive Vereinigung der deutschen Teilstaaten, flankiert in den letzten 30 Jahren von einem kontinuierlichen Schrumpfen der Bundeswehr als Territorialarmee, im Schatten der großen Militärmächte.

Nun spielt die Hysterie nach Beginn des russischen Angriffkrieges der konventionellen Runderneuerung der Bundeswehr in die Karten; ohne großes öffentliches Aufheben werden die ehemaligen Mitglieder des Warschauer Paktes im Ringtausch mit moderner Waffentechnik aus deutscher Produktion versorgt, ebenso Griechenland. Rheinmetall beteiligt sich an weiteren europäischen Herstellern von Panzern und Kanonen. Die gigantische Aufrüstung könnte sogar zum New Deal gegen die Krise werden. Seit Krupps Kanonenschmiede vor dem 1. Weltkrieg wurde nicht mehr so laut nach schweren Waffen aus Deutschland geschrien.

Scholz als „Kanzler der Zeitenwende“

In Davos hat Scholz in seiner Rede auf dem Weltwirtschaftsforum die strategische Neuorientierung bestimmt – Überschrift: *Die Multipolare Welt ordnen – durch „neue Wege der Zusammenarbeit“* und Erfolge bilanziert, trotz Ukrainekrieg und trotz Pandemie: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzler-scholz-anlaesslich-des-jahrestreffens-des-world-economic-forum-am-26-mai-2022-in-davos-2044026>

Auf Deutschland als führendes Mitglied von G7, NATO und EU sei Verlass. Die Zukunft der Ukraine, auch für Georgien und die Moldau liege in Europa ebenso wie für die Länder des westlichen Balkans. Finnland und Schweden, herzlich Willkommen in der NATO!

Anmerkung: Der Hegemon Europas hat in den Ländern des südöstlichen Europas direkt investiert und sieht seine wirtschaftliche Dominanz überall bestätigt. Das jüngste EU-Mitglied Kroatien wird 2023 den Euro als Währung einführen. Das deutsche Kapital erobert ohne Kanonendonner den Kontinent. Und es hat den Ehrgeiz, die neue Weltordnung zu gestalten via Europa als dritte Kraft neben den USA und China.

Daraus folgt seine Absage an eine bipolare Welt. De-Globalisierung oder „Decoupling“ seien Holzwege, die nicht funktionieren. Es sei auch falsch, China in der Welt zu isolieren. Deutschland bleibe als Industrieland dem Freihandel und nicht dem Protektionismus verpflichtet. Für mehr Multilateralismus und für mehr internationale Zusammenarbeit!

Zusammengefasst klingt diese Agenda weder demütig noch kleinlaut, sondern offenbart eine klare Perspektive deutscher Hegemonialpolitik in Europa mit einer eigenen Strategie für Afrika, Lateinamerika und den Indo-Pazifischen Raum, die sich nicht hinter

Diskussion: Neue Etappe der Hegemonialpolitik

den anglo-amerikanischen Machtkartellen versteckt. Wer bei Scholz Führung bestellt, bekommt sie. Dagegen wirkt der Oppositionssprecher Merz tatsächlich wie ein Gentleman-Eintänzer auf der Atlantiklinie von „Queen Elizabeth II“, der herausfallend aus der Zeit die Kanonenbootpolitik von Wilhelm Zwo beschwört. Die Bundesmarine bekommt aber keine Flugzeugträger wie die Royal Navy, auch wenn Scholz anders als Merkel der Kanzler mit der Euro-Bazooka ist.

Sicherheit durch Atomwaffen in Deutschland

Zum Schluss meiner kleinen Einlassung möchte ich den Blick auf die Massenbasis für die Zeitenwende richten, die sich eben gerade nicht auf eine Änderung der Militärpolitik reduzieren lässt. Deshalb gewinnt auch der Katastrophismus der neuen und alten Friedensbewegung, der den atomaren Overkill beschwört, wenig Zulauf. Zum ersten Mal erlebt sogar die Zustimmung zur Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden eine gesellschaftliche Mehrheit. Dieser Sinneswandel ist vor allem manifest bei Anhängern von Die Grünen/Bündnis 90. Eine mehrheitliche Ablehnung findet sich nur unter AfD-Anhängern.

https://www.ndr.de/der_ndr/presse/mitteilungen/Erstmals-Mehrheit-fuer-US-Atomwaffen-in-Deutschland-Panorama-Umfrage-belegt-Meinungsumschwung,pressemeldungndr23206.html

Das ist nicht nur ein Niederschlag des manipulativen Bellizismus in Politik und Medien, sondern hat auch einen rationalen Kern historischer Erfahrung.

Wozu dient eine Nuklearbewaffnung? Üblicherweise als wirksamer Abschreckungsschutz gegen Angriffe von außen. M. W. ist außer Israel noch nie ein atomar bewaffnetes Land von Nachbarstaaten bekriegt bzw. mit Distanzwaffen auf seinem Territorium beschossen worden. Zwar gab es auch militärische Scharmützel zwischen Pakistan, Indien und China (alles Atommächte). Stets kam aber nur konventionelle Militärtechnik zum Einsatz. Hinzu kommt, dass der Einsatz atomarer Waffen international geächtet ist und nach Hiroshima und Nagasaki als globales Tabu erscheint. Wenn die atomare Aufrüstung für die Demokratische Volksrepublik Korea eine Lebensversicherung gegen Angriffskriege ist, warum sollten hier nicht auch Menschen daran glauben!? Der sozialliberale Philosoph Habermas hat schon recht mit seiner Feststellung, dass noch nie eine Atommacht einen (bis zur letzten Konsequenz der nationalen Kapitulation geführten) Krieg verloren habe. Das wird nicht allein dadurch falsch, weil Großmächte mit nuklearer Bewaffnung ihre Interventionskriege in Vietnam und Afghanistan verloren haben.

Auf dieser Massenbasis wird auch die Zustimmung in Deutschland wachsen zu einer atomaren Teilhabe an der von Frankreich favorisierten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft außerhalb der NATO, die nach dem Brexit nicht mehr von den Briten blockiert werden kann. Leider werden linke Strömungen und Organisationen hier nur wenig Einfluss darauf haben. Und der Pazifismus von Pastoren sowieso nicht.

Manfred Englisch, 7./22.Juni 2022

Karl-Heinz Goll

Zu Heiner Karuscheit (HK): „Der Ukraine-Krieg und die Frage des deutschen Imperialismus“ ... und der verfehlte „Abschied“ von der Imperialismustheorie

HK hat sich *„dagegen ausgesprochen ... angesichts des 100-Mrd.-Aufrüstungsprogramms ... gleich auf die Wiederauferstehung von Militarismus, Imperialismus und Kriegsvorbereitung zu schließen“* (s. https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2382). Er schüttet auf der Grundlage der in den „Aufsätzen zur Diskussion“ (AZD) seit Jahrzehnten gepflegten Kritik an Lenin „das Problem des Imperialismus“ – jedenfalls des deutschen - ganz mit dem Bad aus.

Schon den Terminus „Wiederauferstehung“ (von den Toten) kann ich nur so verstehen, dass es vor dem 100-Mrd. Schulden“vermögen“ nach HK's Ansicht weder einen bundesdeutschen Militarismus noch Imperialismus noch Kriegsvorbereitungen gegeben hat. Und auch nach dem 100 Mrd.- Beschluss spricht er sich dagegen aus, auf eine Wiederauferstehung (von der vorhergehenden Nichtexistenz) „zu schließen“. Ohne hier langatmig auf eine solch verwunderliche Sichtweise zu entgegnen, sei hier zunächst auf die umfangreichen Dokumentationen der „Informationsstelle Militarisierung“ (<http://www.imi-online.de/>) verwiesen.

Einen schwachen Erklärungsansatz für HK's Lesart könnte man in dem Sachverhalt vermuten, dass die Geschäftsführung des deutschen Imperialismus in Gestalt der transatlantischen Superkoalition – Ampel+CDU/CSU – die deutsche „Sicherheit“ tief im neokonservativen Enddarm des US-Imperialismus sucht. Diese Rolle als Vasall der USA – geradezu masochistisch forciert durch die Ampel-Regierung - wird nun dem Modell Deutschland zum Verhängnis aufgrund der neokonservativen US-Strategie zur Ukraine und dem Sanktionsregime gegen Russland.

Die US-amerikanische Strategie zielt darauf ab, dass einerseits die Ukraine im Stellvertreterkrieg so lange weiterkämpfen soll, bis Russland als Machtkonkurrent am Ende ist und die USA die Hände frei bekommen gegen China. Andererseits erreichen die USA mit ihrer Strategie bewusst und mit Erfolg, dass die Konkurrenten in Europa und besonders Deutschland durch die Rückwirkungen der Sanktionen empfindlich getroffen, von Russland abgeschnitten und in noch größere Abhängigkeit von den USA gebracht werden.

Das somit angezählte „Modell Deutschland“ – in den Zeiten der Kanzlerschaften von Schröder und Merkel auf die Spitze getrieben - funktionierte im Wesentlichen folgendermaßen: Mit Europas „bestem Niedriglohnsektor“, einer programmierten Altersarmut und einer Masse auf Hartz-IV-Minimum gehaltener „Überflüssiger“, insbesondere mit billiger Energie aus Russland und einer extrem exportlastigen Industrie wurden märchenhafte Profite und Exportüberschüsse erzielt. Damit war es möglich, die „Mittelschichten“ im Konsumüberfluss bei Laune zu halten. Deutsche Kapitalexperte eroberten Europa und die Welt. Deutschland ist Nr.1 in Europa – allerdings in einer quasi in der Nachkriegs-DNA fixierten politisch/militärischen Abhängigkeit von den USA, einer aktiven Unterordnung unter deren Interessen durch die maßgeblichen Kräfte in Wirtschaft, Politik und

Diskussion: Verfehlt Abschied von der Imperialismustheorie

Medien. Deutschland pflegte im „Windschatten“ der USA sein Image als Zivilmacht, als „friedlicher“ Handelsstaat.

Unter dem US-Erfüllungsgehilfen zu Guttenberg wurde die Wehrpflicht abgeschafft und die Bundeswehr quasi zur Hilfstruppe internationaler NATO-Einsätze eingeschrumpft.

Militarismus

Andererseits muss man aber die Eigendynamik des bundesdeutschen militärisch-industriellen Komplexes in Verbindung mit dem militärbürokratischen Wasserkopf der Bundeswehr beachten, die wiederum im Clinch (= Konkurrenz, zugleich Vernetzung) mit anderen europäischen und außereuropäischen Komplexen stecken, u.a. aus den USA, Frankreich, oder Israel. Die deutschen militaristischen Kreise pflegen Wunschträume, wie etwa Wolfgang Ischinger, der alte Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, der tönte: „Berlin muss dafür sorgen, dass Europa handlungsfähig wird“ und eine „deutsche Führungsrolle in der EU“ verlangte. (www.german-foreign-policy.com/news/detail/8402/).

Dem stand FDP-Lindner nicht nach, als er in der Debatte zum 100-Mrd.-Schuldenprogramm propagierte, die Bundeswehr zur *"am besten ausgerüsteten Armee in Europa (zu) machen"*, ... *"weil das der Bedeutung Deutschlands, unserer Verantwortung in Europa entspricht"*. Solches dürfte sicher bei den restlichen EU- und NATO-Partnern, auch GB, etwas mehr als Stirnrunzeln und die volle Aufmerksamkeit der USA wecken. War doch deren ganze Nachkriegspolitik davon geprägt, Deutschland einzuhegen und nie wieder zu einer dominierenden Militärmacht werden zu lassen.

Man träumt auch in deutschen Regierungskreisen von einer „Europäischen Verteidigungsunion auf Augenhöhe“ besonders gegenüber den USA und China. Eine solch visionäre Hybris wird jedoch von diversen Hindernissen und inneren Konflikten durchkreuzt, insbesondere von der transatlantischen Vasallenrolle der BRD (s.o.), die den französischen Bestrebungen nach einer „strategischen Autonomie“ entgegensteht – übrigens auch einer „nuklearen Teilhabe“ an der „Force de frappe“ anstelle derjenigen am atomaren US-Potenzial. Diese Teilhabe am nuklearen „Schutzschirm“ der USA ist nichts anderes als die Garantie, dass in einem Atomkrieg mit Russland von Europa nicht mehr viel übrig bleibt. Sie wurde im Rahmen der 100 Mrd. durch die beschlossene Anschaffung von amerikanischen F35-A-Tarnkappenbomben festgezurr. Ein wesentliches Hindernis für eine strategische Autonomie Europas ist auch die spalterische Klaviatur der USA, mit der diese auf die bunte Interessenvielfalt der europäischen Nationalstaaten, insbesondere auf die östlichen Frontstaaten Polen, im Baltikum über Rumänien bis zum Balkan (das „neue Europa“) einwirken.

Der deutsche Imperialismus

HK nennt „Militarismus, Imperialismus und Kriegsvorbereitung“ in einem Atemzug, auf deren „Wiederauferstehung“ er bezüglich der BRD nicht „schließen“ will, also auch nicht des deutschen Imperialismus, den es nach HK's Logik gar nicht (mehr) gibt. Das lässt auf einen verkümmerten, um nicht zuzugestehen, bürgerlichen Imperialismusbegriff

schließen. Immerhin räumt er ein: „*es sei denn*“ „Imperialismus“ (in Anführungszeichen!) meint „*ein nebenher erwähntes Streben nach Hegemonie*“.

Von Kapital- und Warenexport, dem Kampf um Rohstoffquellen und Absatzmärkte, beispielsweise den militärischen Auslandsabenteuern im Windschatten der USA, der Komplizenschaft mit Frankreichs Imperium in Westafrika, oder der zur Staatsräson erhobenen Symbiose mit dem israelischen Siedlerkolonialismus bis hin zur immer intensiveren Teilnahme am ukrainischen Stellvertreterkrieg – das alles und noch mehr ficht HK in seinem „Jenseits der Imperialismustheorie“ kaum an, lässt ihn nicht auf Imperialismus „schließen“. Auch scheint ihn dabei nicht anzufechten, dass Deutschland weltweit der viertgrößte Waffenexporteur und höchst eifrig dabei ist, Kompradorenregimes zur polizeilichen und militärischen Unterdrückung diverser ausgeplündelter Völker auf- und auszurüsten.

Die Vorgeschichte der Verabschiedung von Lenin

HK stützt sich auf den „Abschied“ von der Leninschen Imperialismustheorie, wie sie in den AZD seit Ende der 80-iger Jahre ventiliert wird. So wurden im August 22 in der „Kommunistischen Debatte“ Texte aus dem Jahr 1987 (AZD 39) wiederveröffentlicht, die damals unter dem Titel „Kapital und Monopol – Zur Kritik der Monopoltheorie bei Hilferding und Lenin“ erschienen sind. (https://kommunistische-debatte.de/?page_id=366). Diese sehr gründlichen Beiträge (132 Seiten) zu den Widersprüchen zwischen Lenins Quellen (bes. Hilferding, Hobson) und der Marxschen Theorie weisen durchaus nachvollziehbare und zutreffende Kritikpunkte auf, auch an „Schwankungen und Unsicherheiten“ Lenins selbst. Hier kann nicht detailliert darauf eingegangen werden. Insbesondere wird anhand von Hilferdings Theorie des „Finanzkapitals“ und seiner Monopoltheorie nachgewiesen, dass diese mit der Marxschen ökonomischen Theorie, auch wegen eines falschen Verständnisses von der Rolle der Konkurrenz, nicht vereinbar sind. Da Lenin seine Imperialismusschrift teilweise auf Hilferdings „Finanzkapital“ gestützt hat, schließen die Autoren, dass auch die Leninsche Theorie des Imperialismus mit der Marxschen Theorie nicht vereinbar sei. Man wirft Lenin den Begriff „**Übergangskapitalismus**“ vor, in dem „die Warenproduktion bereits untergraben ist und die **Hauptprofite den Genies der Finanzmächenschaften zufallen**; ja man meint daraus den Schluss ziehen zu müssen, „*dass es (angeblich laut Lenin) nicht mehr der Wert ist, der die Produktion bestimmt und regelt*“ (AZD 39/91). Oder man unterstellt Lenin, dass er mit seiner Rede vom Monopolkapitalismus die „*Aufhebung der Gesetzmäßigkeiten der Warenproduktion*“ behauptet habe – ziemlich wüst überspitzte Stücke an Interpretationskunst.

Marx wird also gegen Lenin ausgespielt. Dabei wird ignoriert, dass schon Marx bemerkt hat (MEW 25/454): „*Es ist dies die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst und daher ein sich selbst aufhebender Widerspruch, der prima facie als bloßer **Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform** sich darstellt. Als solcher Widerspruch stellt er sich dann auch in der Erscheinung dar. Er stellt in gewissen Sphären das Monopol her und fordert daher die Staatseinmischung heraus. Er reproduziert **eine neue Finanzaristokratie**, eine*

Diskussion: Verfehlt Abschied von der Imperialismustheorie

neue Sorte Parasiten in Gestalt von Projektenmachern, Gründern und bloß nominellen Direktoren; ein ganzes System des Schwindels und Betrugs mit Bezug auf Gründungen, Aktienaussgabe und Aktienhandel.“ Und Engels fügte als Beispiel hinzu, dass *„in diesem Zweig, der die Grundlage der ganzen chemischen Industrie bildet, in England die Konkurrenz durch das Monopol ersetzt und der künftigen Expropriation durch die Gesamtgesellschaft, die Nation aufs erfreulichste vorgearbeitet.“* Hatte damit Lenin nicht etwa schon Vordenker?

HK setzt diesem Ausspielen Lenins gegen Marx sein Fazit obendrauf: *„Es ist deshalb an der Zeit, dass wir uns verabschieden – nicht von Lenin, der an der Seite des revolutionären Proletariats den Kampf gegen den Opportunismus ... der II. Internationale aufnahm, sondern von der (?) Imperialismustheorie.* Konsequenter kann man das Kind nicht mit dem Bad ausschütten.

Bevor das *„Problem des Imperialismus selber“* aufgerollt wird (zumindest ein Versuch dazu), zunächst ein paar grundsätzliche Bemerkungen zum Umgang mit den sogenannten Klassikern:

Der „Umgang“ mit den Klassikern

Es gibt 2 Extreme, wie mit Lenin und den übrigen „Klassikern“ des Marxismus umgegangen wird: auf der einen Seite betrachtet man sie als heilige, unfehlbare Propheten, denen (fast) alles (oft einseitig verzerrt, dogmatisch bzw. idealistisch) nachgebetet wird, beim anderen Extrem sind sie solche, wie z.B. Lenin, von dessen Imperialismustheorie man sich komplett verabschieden muss, ja dem man historische Niederlagen des Kommunismus ankreidet. Sozusagen ein positiver bzw. negativer theoretischer Personenkult.

Sämtliche Klassiker des sog. ML haben sich in manchen Fragen geirrt, haben Fehler selbstkritisch konstatiert und – so möglich - korrigiert oder konnten sie nicht erkennen. Schön ist der diesbezügliche Spruch von Engels zu 50. Geburtstag von Marx:

"Was wir doch vor 25 Jahren für jugendliche Enthusiasten waren, als wir uns rühmten, um diese Zeit längst geköpft zu sein" (MEW32/80). Engels hat selbstkritisch eingeräumt, dass sie beide, Marx und Engels sich historisch geirrt hatten: *"Die Geschichte hat uns ... unrecht gegeben. Sie hat klargemacht, dass der Stand der ökonomischen Entwicklung damals bei weitem nicht reif war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion"* (MEW22/515). Und Engels lag völlig daneben, als er 1895 glaubte, die SPD *"stehe heute auf dem Punkt, wo sie mit fast mathematisch genauer Berechnung die Zeit bestimmen kann, in der sie zur Herrschaft kommt"* (MEW 22/250).

Lenins radikale Selbstkritik bei der Wende zur NÖP 1921 (4,5 Jahre nach der Imperialismus-Schrift – LW 33/42) ist klassisch: *"... begingen wir den Fehler, dass wir beschlossen, den unmittelbaren Übergang zur kommunistischen Produktion und Verteilung zu vollziehen"*. Das war alles andere als eine Kleinigkeit, war doch dieser Fehler verbunden mit einer *"Niederlage, die ernster war, als irgendeine Niederlage, die uns jemals von Koltschak, Denikin oder Pilsudski beigebracht wurde, ... viel ernster, viel wesentlicher und gefährlicher ..."* (LW 33/44). In der Landwirtschaft hatte die radikale

Ablieferungspflicht schwere Hungersnöte verschärft; sie wurde abgeschafft und durch eine Naturalsteuer ersetzt.

Die Kritik an Lenin lässt sich fortsetzen an seiner Rolle bei der "Zimmerwalder Linken", die 1915 die noch unerledigten Aufgaben der bürgerlichen Revolution unterschätzte. Auch dazu hat Lenin 1920 sich in „*Der „Linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus*“ geäußert, was man auch als Selbstkritik im Rückblick auf Zimmerwald interpretieren kann.

Er hat beispielsweise 1919 in seiner Kritik an Bucharin präzisiert: *"Reinen Imperialismus ohne kapitalistische Grundlage hat es niemals gegeben, gibt es nirgends und wird es niemals geben. ... Nirgendwo auf der Welt hat der Monopolkapitalismus ohne freie Konkurrenz in einer ganzen Reihe von Wirtschaftszweigen existiert und wird er jemals existieren"* (LW 29/150). *Wer will, kann auch das als eine gewisse Selbstkritik zur Imperialismusschrift betrachten.*

Der Kontext 1916, Lenins Unklarheiten und der Abschied von Heiligkeiten

Die Imperialismusschrift wurde 1916 geschrieben, im 1. Weltkrieg, als sich die revolutionäre Situation abzeichnete. 1920 schrieb Lenin dazu: *„Es fällt schwer, jetzt, in den Tagen der Freiheit, diese durch Rücksicht auf die zaristische Zensur entstellten, zusammengequetschten, in einen eisernen Schraubstock gepressten Stellen der Broschüre wieder zu lesen ...“* (LW 22/191).

In der Tat haben gewisse Schlussfolgerungen, Unklarheiten und Überspitzungen des Textes eine Grundlage geliefert für verschiedene grundfalsche Theoreme. So für die quasi „gesetzmäßige“ Gewissheit bis in die Tage Honneckers (*„den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf“*), dass der faulende Imperialismus unmittelbar der "Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats" sei. Das scheint heute auch nach über 100 Jahren reichlich fern. Oder eine Grundlage für die "antimonopolistische Demokratie" der DKP, auch für die Agitation der MLPD, in der "DIE MONOPOLE" quasi der Satan schlechthin und die "Alleinherrschaft des internationalen Finanzkapitals" der internationale Hauptfeind des internationalen Proletariats sind. Die in Wirklichkeit „allein herrschende“ Konkurrenz der imperialistischen Staaten wie der Monopole untereinander ist dabei ultraimperialistisch weggezaubert.

Was bleibt da, wenn man wegen ihrer Fehler und Irrtümer, ihrer im Nachhinein erklärbaren Fehlprognosen den "Klassikern" die Heiligkeit, die Eigenschaften als Wahrsager und unfehlbare Propheten absprechen muss? - - Die Marxisten müssen in selbstständiger theoretischer Arbeit mit der marxschen Methodik an die jeweils aktuellen Entwicklungen herangehen.

Das heißt auch, den heutigen Imperialismus (über Lenin hinaus) zu definieren. Dazu ein holzschnittartiger Versuch:

Imperialismus heute

Imperialismus ist heute mehr oder weniger ein Wesensmerkmal aller entwickelten kapitalistischen Staaten. Das ist in Ausmaß und Ausprägung abhängig (neben historischen, geografischen, kulturellen u.a. Bedingungen) vor allem vom jeweiligen

polit-ökonomischen und militärischen Potenzial der Staaten. Imperialismus bedeutet eine umfassende politisch-ökonomische Kategorie. Im Unterschied zum Kolonialismus heißt Imperialismus heute weniger die Eroberung und Ausplünderung ferner (unentwickelter) Länder, viel mehr auch die Konkurrenz und zugleich gegenseitige Durchdringung rivalisierender kapitalistischer Länder insbesondere durch Kapital- und Warenexport sowie militärischer Machtpolitik mit Krieg als Ultima Ratio. Es herrscht (neben zeitweiligen Bündnissen, Abkommen, „Friedensordnungen“ und "Regeln") der absolute Kampf um die Neuaufteilung von Rohstoffquellen, Kapitalanlagesphären und Absatzmärkten. Grundlage ist der Kapitalismus mit seinem Grundwiderspruch - Lohnarbeit und Kapital -, für den die inneren, nationalen Märkte zu eng sind, nicht ausreichen für seine Akkumulation, für das "Wachstum", das dem Kapitalismus immanent ist und an Grenzen stößt, was die Reibereien zwischen den Mächten forciert.

Das Entscheidende am imperialistischen Stadium ist, dass der Kapitalismus aus seinen nationalen "Nähten platzt". Es ist der Widerspruch zwischen der nationalen Beschränktheit und dem grenzenlosen Expansionsdrang. Kapitalistische Staaten sind die Form, der Überbau, die Existenzweise, die *Conditio-sine-qua-non* der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die außerhalb (national-)staatlicher Formen überhaupt nicht existieren können.

Das Kapital, auch in Gestalt des mittlerweile quasi in Echtzeit um den Globus wabernden Geldkapitals jagt (je nach Potential) über alle Grenzen hinweg nach maximalem Profit – allerdings, um eine Analogie zu bemühen: amorph wie das von Sonne, Wind und Schwerkraft getriebene Wasser (flüssig oder dampfförmig). Wie das Wasser an Physik und Topografie, an seinen Kreislauf, an Atmosphäre, Ozeane, Flüsse usw. gebunden ist, bewegt sich das Kapital in der materiellen Realität kapitalistischer Staaten, die zwecks Zurichtung, Vorhaltung und Ausbeutung der Ware Arbeitskraft, mit "Innerer Sicherheit" und Militärmacht, konkurrierende Klassenstaaten sind. Das Kapital strebt – getrieben von wachsender Produktivität nach dem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate - nach grenzenloser internationaler Expansion und Akkumulation, jedoch eingebannt in die jeweiligen staatlichen Formen. Dieser Expansionsdrang, dieser innere Druck auf die staatliche Organisation muss daher unbedingt durch eine mehr oder weniger expansive, aggressive imperialistische Politik der konkurrierenden Staaten gegeneinander zum Ausdruck kommen je nach dem Maß ihrer kapitalistischen und militärischen Potenziale. Und dabei führt die ungleichmäßige innere Entwicklung der Staaten verschärfend und zuspitzend auf die Konfrontationen bis zum imperialistischen Krieg, wie man das auch bei der aktuellen Gemengelage z.B. zwischen den „absteigenden“ USA, dem „prekären“ Russland und dem „aufsteigenden“ China feststellen muss.

Heute sieht man neben einer weiteren Konzentration und Zentralisation bei Großbetrieben, das Schlucken von kleinen Betrieben, eine versteckte Monopolisierung durch Kontrolle mittels verschachtelter Beteiligungen, Vorherrschen von Oligopolen bis hin zu Monopolen aber nach wie vor die Fortexistenz des „gewaltigen Untergrundes des alten Kapitalismus“ (LW 29/154), in Gestalt von Millionen kleiner und mittlerer Betriebe.

Eine theoretische Übertreibung bis Verabsolutierung der Rolle von Monopolen lässt sich mit der komplexen Realität nicht vereinbaren. Jedenfalls ist die „nicht-monopolistische“ Bourgeoisie nach wie vor eine wesentliche Säule der Kapitalherrschaft. Gleichsam wie Förster beim Wald legen das Gesamtkapital und sein Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ heutzutage großen Wert auf „Verjüngung“, damit es neben Baumriesen (Monopolen) auch weiter viel Jungwuchs und Unterholz gibt, das systematisch durch Förderung von Existenzgründungen, Start-Ups usw. gepflegt wird. Kartell- und Anti-Monopolgesetze mögen absolute Monopole formal verhindern; tatsächlich aber bilden die jeweils Großen diverser Branchen – wie man z.B. an der Autoindustrie sehen kann, Oligopole – 2017 unter Kartellverdacht - die durch höchstentwickelten Verbandslobbyismus, das Finanzsystem sowie innigste Verflechtungen mit Staat und Politik sozusagen wie „monopolistische Komplexe“ operieren. (Ausführlicheres dazu: <https://kommunistische-debatte.de/wp-content/uploads/Artikel-Imp-2022-1.pdf>)

HK's Fehler

Und vor diesem Hintergrund komme ich zu dem wesentlichen Fehler, der m.E. die Haltung HK's zur Imperialismus-Frage bestimmt. Er meint zwar, es gebe *"für den Marxismus also genügend Grund, sich mit dem Zusammenhang und Widerspruch von ökonomischer Basis und politischem Überbau auseinander zu setzen."* Selbstverständlich - nur muss man das richtig machen, diverse Staatsformen nicht als wesentlich, sozusagen fundamental-bestimmend über die kapitalistisch-imperialistischen Inhalte stellen. Aber für HK scheinen die ganz unterschiedlichen Formen staatlicher Überbauten prinzipieller, entscheidender zu sein, als das "Kapitalverhältnis über alle Veränderungen hinweg". Beispiel: Er betrachtet Adenauer und die CDU als eine "Gruppierung der Bourgeoisie". In Wirklichkeit waren die "nur" eine neue Geschäftsführung der deutschen imperialistischen Bourgeoisie, die per lascher Entnazifizierung etwas gerupft aus dem Krieg herauskam und sich eine Reihe von Schafspelzen (u.a. Parlamentarismus, Kosmopolitismus, Freihandel statt Autarkie, Philosemitismus statt Antisemitismus) überstreifen musste, um unter Kontrolle und Protektion der Siegermächte, vor allem der USA, sich in antikommunistischer Kontinuität wieder zu einem Platz an der Sonne aufzurappeln. Über die Kontinuität der deutschen Bourgeoisie über den Wandel der Staatsformen hinweg hat beispielsweise Bernt Engelmann in den 70-iger Jahren eine Reihe von Büchern mit eindrucksvoller Materialfülle geschrieben.

Indem HK z.B. die "Entmachtung der Schwerindustrie" durch Montanunion und Kartellgesetzgebung oder den Automobilsektor als neuen Leitsektor in den Vordergrund stellt, um das *"Propagandabild eines ... alle Zeitläufte überstehenden deutschen Imperialismus"* zu widerlegen, verkennt er die Kontinuität des Kapitals, das in wechselnder Gestalt nahezu in jede beliebige Haut schlüpft. Nur das Beispiel der Familie Quandt zeigt schon die Vielfalt: ursprünglich war das Geschäft Textil und Leder, dann die Kaliindustrie, dann Waffen und Munition, U-Boote und nach dem Krieg BMW ... Dabei geht es selbstverständlich nicht (nur) um die Rolle von Familienclans, sondern in erster Linie um die Kontinuität von Kapitalien in variabler Gestalt von Firmen, Konzernen, Aktiengesellschaften.

Diskussion: Verfehltter Abschied von der Imperialismustheorie

Höchster Gipfel HK'scher Erkenntnisse sind folgende Sätze: *„Die grundlegende Schwäche des (von Lenin) gewählten Erklärungsansatzes besteht darin, eine ökonomische Ursache für den (1.Welt-)Krieg zu suchen. Jedoch hatte der Weltkrieg seinen Ursprung nicht in der Ökonomie, sprich im Monopolkapitalismus, sondern in der Klassenkonstellation des Kaiserreichs, die das untergehende Junkertum die Flucht in den Krieg antreten ließ.“* HK liegt mit dieser genialen Differenzierung offenbar ganz allgemein mit dem Begriff politische Ökonomie im Hader, muss den konsequenterweise für eine „grundlegende Schwäche des Erklärungsansatzes“ halten.

Lenin wird also vornehmlich von 2 Seiten in die Zange genommen: mal wirft man ihm vor, mit seinen Feststellungen zur Ökonomie und zu Monopolen Marx zu revidieren, *„der ... nachgewiesen hatte, dass nicht subjektive Gewaltverhältnisse, sondern das Wertgesetz den Gesamtproduktionsprozeß des Kapitals reguliert“* (als ob Lenin dem jemals widersprochen hätte) oder dass er mit der These von der *„Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol“* die *„rationelle Grundlage der politischen Ökonomie“* aufgegeben habe. Auf der anderen Seite wird Lenin bzw. dem *„Marxverständnis“* seiner Verteidiger das glatte Gegenteil vorgeworfen, nämlich dass dieses Verständnis *„die gesellschaftliche Entwicklung nicht als variables Produkt der Auseinandersetzung sozialer Kräfte begreift, sondern als vorgegebene Folge der Entwicklung des Kapitals, als Ergebnis nicht von Klassenkämpfen, sondern von ökonomischen Gesetzen“*. So glaubt man je einen Aspekt des Ganzen aus dem Zusammenhang reißen zu können, um die Imperialismustheorie zu erledigen. Allein schon der Titel *„Kritik der politischen Ökonomie“* müsste solchen Kritikern eigentlich klar machen, dass die dialektische Einheit und Widersprüchlichkeit von ökonomischen Gesetzen, von Klassenkämpfen, der Geschichte und von politischer Macht die Totalität jeglicher Gesellschaftsordnung bis hin zum Kapitalismus im imperialistischen Stadium bedeutet.

Im Leserbrief "Zu den Novemberfragen" (AZD 93) habe ich auch schon ausgeführt, wo bei HK der Hase im Pfeffer liegt: *"Heiner Karuscheit macht m.E. einen grundsätzlichen Fehler, wenn er die preußische Staats- und Gesellschaftsordnung nach 1890 als „vorbürgerlich“, „nicht von der Bourgeoisie beherrscht“ definiert (u.a. AZD 88). Er macht keinen Unterschied zwischen Form und Inhalt, zwischen Staat und Gesellschaftsordnung, die er mit einem Bindestrich vermengt. Überspitzt könnte man so die Staats- und Gesellschaftsordnung Großbritanniens als vorbürgerliche Monarchie betrachten."*

Fazit

Vor dem Hintergrund steigender Rüstungsausgaben, permanenter Kriege und „Spannungen“ der internationalen Gemengelage wird klar, wie haltlos die Thesen und Spekulationen über eine „Gegenstandslosigkeit“ des Imperialismus, bzw. eine Überholtheit des Begriffes gerade auch für Deutschland sind. Auf eine „Wiederauferstehung“ des demnach nicht vorhandenen deutschen Imperialismus gar will HK nicht „schließen“. Das bedeutet eine Regression, eine Versöhnung mit der idealistischen Gedankenwelt und Geschichtsschreibung bürgerlicher Geopolitik.

Karl-Heinz Goll, 26.08.22

Albert F. Reiterer

Der Imperialismus und der Ukraine-Krieg Eine Fundamental-Kritik zweier wesentlicher Grundlagen

Der Beitrag von Heiner Karuscheit zur Frage des Kriegs in der Ukraine scheint mir wesentlich. Er ist geeignet, die Debatte zur linken Theorie in zwei entscheidenden Punkten weiter zu führen. Dies hier ist somit keine persönliche Kritik, sondern der Versuch, einige fundamentale Punkte anzusprechen.

(1) Politik und „Ökonomie“

Karuscheit beginnt mit dem Hinweis: Lenin berufe sich neben Hobson im Wesentlichen auf Hilferding. Der aber habe mit seinem „falschen Begriff der Konkurrenz“ die Grundlage der politischen Ökonomie ignoriert. Damit sei auch seine Imperialismus-Theorie irrig. Das mache in der Folge die Theorie Lenins unbrauchbar. Das ist nicht nur höchst abstrakt. Es umgeht auch ein ein theoretisch und politisch höchst wichtiges Unterfangen:

Der Imperialismus kann nicht ausschließlich aus ökonomischen Interessen und Gegebenheiten erklärt werden. Das gilt für die Gegenwart noch stärker als für die Zeit, in welcher Hobson, Hilferding und Lenin die Theorie formulierten. Das hängt seinerseits mit den ökonomischen Grundlagen selbst zusammen.

Als Marx in der Tradition der Hegel'schen Geschichtsphilosophie den Historischen Materialismus entwarf, stand er vor einer Herausforderung: Er musste die von Hegel konstatierte Gesetzmäßigkeit der Geschichte realistisch fundieren, den Gang des Weltgeists durch die Geschichte durch eine analytisch klare Erklärung aus der gesellschaftlichen Basis her ersetzen – „Hegel vom Kopf auf die Füße stellen“. Die politische Ökonomie und im Besonderen die Werttheorie mussten Struktur und Prozess des sozialen, des menschlichen Handelns begründen. Dazu gehört der *Äquivalenten-Tausch*. Den Wert als seine Einheit teilte er in der Folge in Arbeitslohn (Wert der Arbeitskraft) und Mehrwert, als Komponenten des („gleichgewichtigen“) Gesamt-Werts.

Aber wie wird der Wert der Arbeitskraft, der Lohn, bestimmt?

Marx greift auf ein Existenzminimum-Konzept zurück, betont aber sofort: „Andererseits ist der Umfang sog. notwendiger Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung, selbst ein historisches Produkt und hängt daher größtenteils von der Kulturstufe eines Landes ab“ (MEW 23, 185). Der Wert der Ware Arbeitskraft ist somit nicht technisch gegeben. Er bestimmt sich durch die politischen Verhältnisse, die Klassen-Verhältnisse. Es wird wohl heute kaum mehr jemanden geben, welche/r sich auf das „Existenz-Minimum“ als Lohnbestimmung berufen wird, ohne sich im Klaren zu sein, den Begriff des Minimums jeden konkreten Inhalts zu entkleiden. Damit hängt aber diese Größe erst recht wieder in der Luft. Machen wir es kurz: Der Arbeitslohn wird durch den Klassenkampf bestimmt, also *politisch*, nicht technokratisch. Hier kommt der „Wettbewerb“ ins Spiel.

Wenn es eine Kritik an Marx gibt, die überfällig ist, in der Ökonomie, dann ist es seine *Vernachlässigung des politischen Moments*. Mit der Wertbestimmung der Ware

Diskussion: Kritik an Karuscheits Imperialismusauffassung

Arbeitskraft verschwindet das Moment des Klassenkampfes aus dieser Aufteilung, das politische Moment. Die versteckt sich in einem methodisch entscheidenden Vorgehen: der Aufteilung des Gesamtprodukts in variables Kapital und Mehrwert bzw. deren Festlegung. Wir lesen im Kapital I, S. 175: „Die Bildung von Mehrwert und daher die Verwandlung von Geld in Kapital, kann also weder dadurch erklärt werden, dass die Verkäufer ihre Waren über ihren Wert verkaufen, noch dass die Käufer sie unter ihrem Wert kaufen.“ Engels wird auf diesen Punkt herumreiten. Doch halten wir fest. Methodisch könnten wir mit dem gleichen Recht sagen: Es gibt eine Klasse, die ihre Waren „über dem Wert verkaufen kann“, die Kapitalisten. Oder: Es gibt eine Klasse, die gezwungen ist, ihre Ware, die Arbeitskraft, unter dem Wert zu verkaufen. *Formal* ist beides gleichwertig, und wiederum gleichwertig auch dem Marx'schen Vorgehen. Unter dem Wettbewerbs-Begriff von Marx bzw. unter dessen Ablehnung verbirgt sich die Hegel'sche Orientierung, die Suche nach den „Naturgesetzen“ der gesellschaftlichen Entwicklung. Aber das Unglück ist: Damit verschwindet der Klassenkampf aus der Bestimmung des Werts der Arbeitskraft. Das aber ist wesentlich. Denn damit tritt die Politik an ihre Stelle schon in der Basis, und nur damit ist auch die weitere Entwicklung im globalen Zentrum zu erklären.

Verschwindet aber die Politik, dann verschwinden auch alle Momente, die im autonomen (nicht: unabhängigen!) Bereich der Politik neben dem unmittelbaren Profit-Interesse auch eine Rolle spielen, nämlich die Identitäten, das Prestige, die Ideologie, etc. Und damit sind wir wieder beim Imperialismus und seinen Bestimmungs-Gründen.

Der Imperialismus ist eine *Struktur*. Daraus wird er zu einer Ideologie in ihren teils recht unterschiedlichen Ausprägungen. Denn da gibt es die Varianten der Bourgeoisie und die nicht weniger wichtigen Varianten der Mittelschichten. Letztere sind fundamental, weil sie die Massenbasis der Bourgeoisie und *der zunehmend wichtigeren Bürokratie* sind. Dies ist in der Gegenwart wieder ebenso wichtig wie es am Ende des 19. Jahrhunderts war. Damals waren es die Mittelschichten und Intellektuellen, welche die Janitscharen des Chauvinismus und des Imperialismus waren. Heute greifen diese Mittelschichten vielfach wieder nach der Macht.

Dazu kommt ein weiterer wesentlicher Punkt: Wenn tatsächlich „ökonomisch kein ernstlicher Unterschied zwischen Hilferding und Lenin“ gegeben ist, wenn Lenin „dem Ökonomieverständnis der II. Internationale verhaftet“ blieb, dann stellt sich doch wohl mit höchster Dringlichkeit die Notwendigkeit, *Lenin und seinen Sozialdemokratismus* inhaltlich zu kritisieren. Unter Sozialdemokratismus verstehe ich die grundlegende hegelianische Auffassung von der Linearität der gesellschaftlichen Entwicklung. Bei all seiner radikalen Differenz zur Sozialdemokratie in der unbeirrbareren Verfolgung des revolutionären Ziels deckte sich diese Lenin'sche Auffassung mit dem Geschichtsbild der II. Internationale. Ich sehe dies als wesentlich. Lenins so positive Einschätzung des „Staatskapitalismus“ 1917 und 1919 hatte entscheidende Folgen für sein Sozialismus-Konzept („Elektrizität und Sowjetmacht“). Bei Lenin gibt es somit implizit nur eine denkbare Technologie. Das ist Technokratismus pur. Selbst die *mainstream*-Ökonomie zu Entwicklungsfragen stellt heute das Problem der „Technikwahl“. Deren Stilistik ist allerdings selbst pure Technokratie, weil es die soziale, die Klassenbasis fortlässt.

Zwar gibt es bei Karuscheit eine Anzahl von Hinweisen auf Klassenverhältnisse. Aber sie bleiben bis auf Ausnahmen abstrakt. Sie werden auch bereits im Grundansatz relativiert, durch Hinweise auf eine „bestimmte ökonomische Formation“. Die heute *globalen* Klassenverhältnisse müssen konkret angesprochen werden (man denke nur an die konsequente Unterstützung der deutschen Gewerkschaften für die imperialistische Politik) und, vor allem, in ihren politischen Effekten und Formen benannt werden.

Die Monopole, d. h. die Großbetriebe, die auch „Preissetzer“ sind, unterliegen ihrer eigenen Form von Wettbewerb. Dieser Wettbewerb der Monopole war zuerst ein Kampf um den Platz des Stärkeren. Sodann wurde er immer stärker – aber nicht in einer linearen Entwicklung – zum Aufbau eines *realen Gesamt-Kapitalisten*. Hier liegt das richtige Element der STAMOKAP-Theorie. Andere haben vom *Organisierten Kapitalismus* gesprochen. In diesem Kampf werden nicht zuletzt politische Mittel eingesetzt. Sicher sprach man vor gut 100 Jahren nicht von Lobbyismus. Der Ausdruck verharmlost und verunklärt auch das tatsächliche Geschehen. Und ob diese Gegenwart eine neue Epoche, ein Stadium, eine Phase ist, unterliegt der Diskussion. Ich würde es bejahen.

Die Frage der Bürokratie ist überaus wichtig. Das ist mittlerweile nicht mehr sosehr eine Frage des politischen Überbaus, sondern der ökonomischen Basis, wenn man es in diesem Schema betrachten will.

Hier muss m.E. die Imperialismus-Theorie ansetzen, und das tut Lenin auch. Die Aufteilung der Welt unter Staaten und Staatenverbände (imperialistische Mächte), aber in der Gegenwart zunehmend tatsächlich unter Kapital-Verbände, ist aus den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte her wohl doch kaum in Abrede zu stellen. Diese Staaten und supranationalen Staatenverbände waren, im etwas altmodischen Ausdruck von seinerzeit, die ideellen Gesamtkapitalisten. Doch die Ambition insbesondere der supranationalen Bürokratien geht weiter. Sie wollen zu realen Gesamtkapitalisten werden, denn sie wissen besser, was dem Gesamtkapital gut tut, als diese selbst...

(2) *Imperialismus, Faschismus, Antifaschismus*

Der *wilhelminische Kompromiss* („Reichgründungs-Kompromiss“) war ein recht typisches Arrangement in der politischen Entwicklung und nicht unbedingt eine deutsche Besonderheit. Eine sehr ähnliche Konstellation gab es im UK spätestens ab 1750. Es gab sie in Italien nach 1861. Es gab sie im Habsburgerstaat nach 1867. Nicht hingegen oder kaum gab es sie in Russland, im Zarenreich. Das ist theoretisch wichtig, weil es den üblichen Ablauf nichtrevolutionärer bürgerlicher Entwicklung („dialektisch“) kennzeichnet. Die Bourgeoisie überließ Regierung und Militär den alten Eliten. Sie konnte ziemlich sicher sein, dass diese ihre vitalen Interessen berücksichtigen würde, zumal es ja ohnehin eine Durchdringung, oft fast eine Verschmelzung, dieser Klassen als Personen-Verbände gab. Zu diesen vitalen Interessen gehörte auch die imperialistische Politik.

Imperialistische Politik war aber auch einer *anderen Klasse* ideologisch hochwichtig: den **neuen aufsteigenden Mittelschichten** und zwar insbesondere ihren **Intellektuellen**. Der Imperialismus und Kolonialismus gehörte zu deren ideologischem Kernbestand. Die Briten haben nicht selten den Kopf geschüttelt über die Politik der italienischen Regierung. Die war bereit, äußerst kostspielige Unternehmungen in Ostafrika ins Werk zu

Diskussion: Kritik an Karuscheits Imperialismusauffassung

setzen, für Kolonien, die nahezu nichts an Gewinn brachten. Das waren nicht zuletzt die oberen Mittelschichten, welche hier im Hintergrund standen, die Enrico Corradini etc., die Präfaschisten. Doch so unterschiedlich war es für das Deutsche Reich auch nicht. Neuere Historiker (z. B. Mommsen, der Enkel) belehren uns, dass Deutsch-Südwest-Afrika wesentlich mehr kostete als es brachte, ebenso Ostafrika. Sie glauben, damit gegen die Imperialismus-Theorie zu argumentieren. Freilich: Bezahlt hat diese Politik die deutsche Bevölkerung; die Gewinne strichen einige Unternehmen ein, die in den Kolonien tätig waren. Ist dies so unterschiedlich zur Situation nach 1990 / 92 im „vereinten Deutschland“?

Aber das spricht nicht im mindesten dagegen, dass der Erste Weltkrieg – und in der Folge auch seine Fortsetzung, der Zweite Weltkrieg – ein *Kampf um die Weltherrschaft* zwischen konkurrierenden imperialistischen Mächten war. Denen ging es *auch* um Rohstoffmärkte, Absatz-Gebiete und Gelegenheit der Ausbeutung der dortigen Bevölkerungen. Also keineswegs „nicht, ... sondern“, sondern „sowohl ... als auch“! Gesellschaft und Politik haben immer eine Reihe von Dimensionen.

Der Hinweis auf die neuen Mittelschichten war von meiner Seite nicht zufällig. Denn ich stimme mit K. überein: Die Faschismus-Definition Stalins / Dimitroffs ist ganz ungenügend. Denn sie erkennt nicht, dass der Faschismus in seinen *Anfängen*, beim Kampf um die Macht, eine Mittelschicht-Bewegung war, insbesondere der *neuen Mittelschichten*. Nicht zufällig war der studentische Anteil und auch jener der Angestellten überaus hoch. Togliatti war Stalinist und Opportunist, aber auch ein kluger, analytischer Kopf. Seine „Lezioni sul fascismo“ sind gerade heute wieder lesenswert, das Beste, was über den Faschismus geschrieben wurde. Dort schildert er, wie der (italienische) Faschismus aus einer Bewegung der Mittelschichten und ihrer Erfahrung im Ersten Weltkrieg entstand, die sich nach dem Krieg selbst als herrschende Klasse wollten. Nach der Macht ergreifung mit Hilfe von König und Militär freilich wurde der Faschismus genau zu dem, was Dimitroff sagte: Zur offenen terroristischen Diktatur der Bourgeoisie. Denn die Faschisten hatten die Kräfteverhältnisse falsch eingeschätzt. Das freilich verlief unterschiedlich in Italien und im Deutschen Reich. In Italien war die Unterwerfung unter die alten Eliten, das Militär und vor allem die Bourgeoisie offensichtlich. Im Deutschen Reich wollten die Nazis tatsächlich ihre Agenda durchsetzen, was in der Katastrophe für sie und die Bevölkerung endete. Aber der wiederholte Begriff „Rassenstaat“ führt völlig in die Irre und erklärt gar nichts. Das ist die deutsche Manie, den Antisemitismus als Hauptkriterium des Faschismus zu betrachten. Den gab es in der Faschistischen Partei Italiens zwar auch, aber nicht mehr als in fast allen anderen Parteien auch. Er war dritt-rangig und trat erst im Bündnis mit dem Dritten Reich wirklich auf. Ganz zufällig wird es nicht gewesen sein, dass die Leib-Ideologin Mussolinis, die Redakteurin seiner eigenen ideologischen Zeitschrift, von 1923 – 1933, die Sarfatti, jüdischer Herkunft war. Erst nach der Allianz mit dem Hitlerismus setzte sie sich ab.

Die Rolle der BRD muss sorgfältig betrachtet werden. Die neue deutsche Bourgeoisie wurde von den USA in ihre Position gehoben, richtig. Aber das war doch wohl kein Zufall. Es gibt die Erzählung, dass Stalin auf die Frage nach Polen einige Zündhölzer zusammengestellt habe und das Viereck dann nach Westen verschoben habe. *Genau dies*

ist mit dem reduzierten Deutschland der BRD passiert. Und das hatte ganz wesentliche Folgen für den Charakter der deutschen Bourgeoisie als Klasse. Das war nicht mehr dieselbe Klasse wie in der Weimarer Republik, die untrennbar mit dem Ostelbischen Grundbesitz war. Außerdem hat sie sich schnell weiter entwickelt und eine neue Stellung eingenommen. Adenauer und Erhard waren die idealen Repräsentanten dieser neuen Bourgeoisie. Es war also keineswegs so, dass es eine „gleichbleibende ökonomische Basis“ gegeben hätte. Deutschbezogen ist die Aussage: kein Land in Europa hätte einen solchen Wandel der Staatsformen erlebt wie Deutschland. Und was ist mit Italien?

Damit sind wir in der Zweiten Nachkriegszeit angelangt. Hier ist zuerst der **Antifaschismus** als Leitideologie der Linken zu erwähnen. Der wurde von den Kommunistischen Parteien sowohl des Ostens wie des Westens in den Vordergrund geschoben, nicht zuletzt dann in der DDR. Aber das war vor allem ein Codewort für eine neue Politik. Stalin hatte mit Teheran, Jalta und Potsdam im Wesentlichen alle seine Kriegsziele erreicht. Jetzt wollte er Ruhe, und das bedeutete vor allem Ruhe im Westen; im Osten auch: in China. Wieder können wir als bestes Fallbeispiel *Italien* heranziehen. Griechenland wäre eine gute Ergänzung.

Togliatti wurde zurück in die Heimat geschickt. Dort vollzog er die „Wende von Salerno“ im März / April 1944. Sein Auftrag war ganz offensichtlich: Er musste die KPI ruhig stellen. Deren Basis glaubte, nicht völlig unrealistisch, vor der Machtübernahme zu stehen. Togliatti und seine Führung hatten für die Unterwerfung unter den Westen zu sorgen und taten dies gründlich und effizient. Die Sozialdemokratisierung der KPI hat damals und keineswegs erst mit Berlinguer (dem Sekretär Togliattis) begonnen. Für diese Wende war nun der „Antifaschismus“ die Deck-Ideologie. Dass die USA bald ihrerseits nach dem Tode Roosevelts eine Wende gegen die UdSSR vollzogen, war wahrlich nicht die Schuld Stalins.

Doch nun bekamen die westeuropäischen Kommunistischen Parteien eine neue Aufgabe. Sie wurden „antiimperialistisch“. Sie sollten es verhindern, dass Westeuropa sich ganz der USA unterordnen würde. Wir wissen, dass sie damit keinerlei Erfolg hatten.

Und hier kommt wieder die BRD ins Spiel. Hoch symbolisch war die Stalin-Molotow-Note von 1952. Sie wollte die Selbständigkeit und Neutralisierung Westeuropas. Aber selbst, wenn die BRD-Regierung gewollte hätte, sie hätten es nicht gekonnt. Aber sie dachte sowieso nicht daran, darauf einzusteigen. Inzwischen hatte sich ja die Welt geteilt. Dem von der USA ökonomisch, politisch und militärisch geführten *neoimperialistischen Weltsystem* stand jetzt bereits ein alternatives Weltsystem gegenüber und machte ihm die totale Dominanz nicht nur strittig, sondern tatsächlich unmöglich. Das deutsche Kapital scheint mit diesem Arrangement ganz zufrieden gewesen zu sein („Westbindung“).

Die BRD war ausersehen, in diesem geschichteten neo- und superimperialistischen Weltsystem die subimperialistische Führungsrolle in Europa zu übernehmen. Das hatte man schon zu organisieren begonnen, mit der Montanunion, dem Vorläufer von E(W)G / EU. Französische Planer träumten von der politischen Führung Frankreichs und dem Einsatz der deutschen „Tüchtigkeit“ (der industriellen Leistungsfähigkeit) in diesem Rahmen. Wahrscheinlich hat sich die deutsche Bourgeoisie schon damals über die Franzosen lustig gemacht.

Diskussion: Kritik an Karuscheits Imperialismusauffassung

Karuscheit erwähnt die EU erst ganz am Schluss, gewissermaßen nebenbei. Doch **die EG / EU ist die neue Form, welche der deutsche Imperialismus in der Epoche der regionalisierten Globalisierung angenommen hat. Das ist das Um und Auf. Ohne das zu begreifen, können wir überhaupt nichts an der gegenwärtigen europäischen und globalen Struktur begreifen, auch nicht den Ukraine-Krieg, den Krieg der EU.**

Denn inzwischen hat der neuerliche Weltherrschafts-Anspruch der westlichen Imperialismen andere Formen des Kapitalismus gegen sich, die sich ihm jedenfalls nicht auf Punkt und Beistrich unterwerfen wollen: Russland und China. Der inzwischen „heiße“ Krieg in der Ukraine ist ein inner-imperialistischer Konflikt, der aus dem Herrschafts-Anspruch der EU viel mehr noch als dem der USA entstanden ist. Die USA ist vielmehr am Pazifik, d.h. gegen China, interessiert. Der Krieg in der Ukraine ist viel stärker **der Krieg der EU**, wenn auch die USA, als Spitze des westlichen Systems, ebenso an einer russischen Niederlage interessiert ist.

Mir fällt ein interessanter Bericht der RAND-Korporation 2019 für das Pentagon in die Hände: „Extending Russia“, gemeint ist, wie auch der Text klar stellt, „Overextending Russia“ – wie Carter und Reagan die UdSSR zu Tode gerüstet hätten. Da ist insbesondere die derzeit laufende Strategie des hybriden Kriegs gegen Russland ziemlich im Detail vorweg entworfen. Allerdings wird auch vor den Risiken gewarnt, und ein offener Krieg in der Ukraine selbst wird unter diesen Risiken aufgezählt.

Dieser Krieg wurde begonnen (vor Jahren!) als Kampf um die Durchsetzung des westlichen Modells des Kapitalismus in einem unipolaren System, also in der westlichen Weltherrschaft. Es gehört zu den Ironien, dass dieser Kampf sofort und unmittelbar zum wesentlichsten Impuls für ein multipolares System wurde, in welchem ein größerer Teil der Welt vermutlich im (*auch* kapitalistischen!) Gegensystem stehen wird.

Die USA haben aber noch nicht völlig begriffen, dass das nachkolumbianische Zeitalter bereits begonnen hat. Hier hat für einmal Losurdo Recht. Dass der alte Stalinist China für „sozialistisch“ hielt, braucht uns hier gar nicht zu kümmern.

Wenn es also um die Beurteilung und Bewertung des Kriegs in der Ukraine geht, der militärischen Geschehnisse ebenso wie des westlichen Wirtschaftskriegs, ist diese strategische Situation in Rechnung zu ziehen. Der strategische Angreifer war / ist die EU (+USA). Das heißt keineswegs, sich mit der russischen Regierung („mit Putin“) zu alliieren. Es heißt aber, sich gegen die eigenen herrschenden Klassen und ihre geifernden Propagandisten in den Medien zu stellen. Dazu gehört nicht zuletzt, ihre Sprache zu vermeiden („Angriffskrieg“, etc.). Hier zeigt sich besonders deutlich, wie sehr sich fast die gesamte Linke gründlichst ins herrschende System und seine Hegemonie integriert hat.

Albert F. Reiterer, 12.09.2022

Rezension

Martin Schlegel

Empfehlung Jannis Milios: „Eine zufällige Begegnung in Venedig Die Entstehung des Kapitalismus als Gesellschaftssystem“

Vorbemerkungen

Jannis Milios hat ein meiner Meinung nach ein sehr interessantes und erhellendes Buch geschrieben, das 2018 auf Englisch und im vorigen Jahr auf Deutsch im Karl Dietz Verlag Berlin erschienen ist. Sein Ziel ist es, zu analysieren, wie kapitalistische Gesellschaften entstanden sind. Im ersten Teil des Buches beschäftigt sich Milios mit den Aussagen von Marx und den nachfolgenden Diskussionen zur Entstehung des Kapitalismus. Im zweiten Teil des Buchs belegt er seine Ansichten anhand konkreter Untersuchungen zur Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsform in Venedig. Diese Untersuchungen sind eine erfreuliche Ausnahme unter vielen scheinbar marxistischen Debatten, in denen Ansichten ohne historische Belege geäußert werden.

Zum Autor: Jannis Milios ist einer der führenden marxistischen Ökonomen Griechenlands und Professor an der Nationalen Technischen Universität in Athen. Er wurde zu einem wichtigen Wirtschaftspolitiker der Partei SYRIZA, die von 2004 bis 2012 mit einem Wahlbündnis in Griechenland regierte und ab 2015 als alleinige Regierungspartei. Jannis Milios galt als kommender Finanzminister, Ministerpräsident Alexis Tsipras berief jedoch Yanis Varoufakis zum Finanzminister. Inzwischen ist Jannis Milios zum Kritiker der SYRIZA geworden.⁵²

Meine Buchbesprechung ist keine Rezension im üblichen Sinn. Da ich die Aussagen von Milios weitgehend teile, versuche ich eine komprimierte Darstellung seiner Gedankengänge wiederzugeben, um damit zum Lesen des Buchs anzuregen.

Charakteristika des Kapitalismus

Im ersten Kapitel charakterisiert Milios den Kapitalismus mit Marx folgendermaßen: „In seinem Hauptwerk >>Das Kapital<< nennt er sechs grundlegende Eigenschaften des Kapitalismus, die ihn durch ihr spezifisches Zusammenspiel von allen anderen Gesellschaftssystemen unterscheiden: (a) die Verallgemeinerung der Lohnarbeit; (b) die Monetarisierung der gesamten Wirtschaft (geldvermehrendes Geld); (c) die Konzentration der Produktionsmittel und die Loslösung der Kapitalisten vom Arbeitsprozess als solchen; (d) freier Wettbewerb und die Verschmelzung einzelner Kapitalvermögen zu einem gesellschaftlichen Gesamtkapital; (e) die finanzielle Existenzform des Kapitals und (f) die Herausbildung rechtlicher, politischer und ideologischer Strukturen und einer entsprechenden Staatsform“⁵³

⁵² Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Giannis_Milios

⁵³ Jannis Milios, Seite 24

Rezension: Milios zur Entstehung des Kapitalismus

Das erste und elementare Kennzeichen des Kapitalismus ist das Lohnarbeitsverhältnis. Der Arbeiter kann nur produzieren, wenn er sich dem Kommando des Kapitalisten unterwirft, somit zu einer Ware geworden ist. Zur Rolle des Staats schreibt er: „Die politische und ideologische Macht des kapitalistischen Staats muss als den objektiven (politischen) Interessen der kapitalistischen Klasse entsprechend verstanden werden. In diesem Rahmen spielt der Staat eine *zentrale organisatorische Rolle*, weil er die langfristigen politischen Interessen der bürgerlichen Klasse vertritt und organisiert sowie ihre verschiedenen Fraktionen politisch eint, die allesamt – wenn auch ungleiche – Positionen auf dem Gebiet der politischen Herrschaft über die ausgebeuteten Klassen der Gesellschaft einnehmen.“⁵⁴

Milios Haltung zu dem Hauptwerk von Marx ist folgende: „>>Das Kapital<< ist mehr als ein Buch. Im Grunde genommen ist es ein umfassendes Forschungsvorhaben, das Marx angefangen, aber selbst nicht abschließen konnte, ein Projekt, das im Prinzip andauert.“⁵⁵

Die unterschiedlichen Theorien von Marx zur Entstehung des Kapitalismus

Mit Bezug auf sein Hauptthema, die Entstehung der kapitalistischen Gesellschaft, stellt der Autor fest, dass Marx zur Ursache der Ablösung einer Gesellschaftsordnung durch eine neue Gesellschaftsordnung unterschiedliche Antworten gegeben hat: „Nach seinem ersten Erklärungsansatz, der sich auch in der Einleitung >>Zur Kritik der politischen Ökonomie<< findet, gerät die >>Entwicklung der Produktivkräfte<< in Konflikt >>mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen<<, die sich in ihre Fesseln verwandeln. Die Situation führe unweigerlich zu einem >>revolutionären Wandel<< der Produktionsverhältnisse.“⁵⁶ Dieser Ansatz wird auch als Theorie oder Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bezeichnet.

Im Unterschied dazu entwickelt Marx im ‚Kapital‘ die Theorie von der ‚ursprünglichen Akkumulation‘. „Demnach ist die Geburtsstunde des Kapitals der Moment des >>Gegenüber- und In-Kontakt-Tretens <<zweier gesellschaftlicher Gestalten, die bereits vor dem Kapitalismus existierten: des Geldbesitzers und des eigentumslosen Proletariers. Erst durch die Verbindung dieser beiden Gestalten entstand das Kapitalverhältnis.“ Marx schreibt im ersten Band des Kapitals: „Zweierlei sehr verschiedene Sorten von Warenbesitzern müssen sich gegenüber und in Kontakt treten, einerseits Eigner von Geld, Produktions- und Lebensmitteln, denen es gilt, die von ihnen geeignete Wertsumme zu verwerten; andererseits freie Arbeiter, Verkäufer der eignen Arbeitskraft und daher Verkäufer von Arbeit. Freie Arbeiter in dem Doppelsinn, dass weder sie selbst unmittelbar zu den Produktionsmitteln gehören, wie Sklaven, Leibeigene usw., noch auch die Produktionsmittel ihnen gehören [...]“⁵⁷

Der Ansatz aus den Grundrissen räumt der Entwicklung der Produktivkräfte die führende Rolle ein, sie sind die treibende Kraft der Geschichte: „Das macht den

⁵⁴ Ebd., S. 31

⁵⁵ Ebd., S. 34

⁵⁶ Ebd., S. 35

⁵⁷ Ebd., S. 41

Klassenkampf zu einer bloßen >>Widerspiegelung<< der Entwicklung der Produktivkräfte und Technik [...].“⁵⁸ Milios betont, dass die Theorie der Führungsrolle der Produktivkräfte bei der gesellschaftlichen Entwicklung auch eng mit der Frage zusammenhängt, ob und wie es möglich ist, in einem industriell rückständigen Land das kapitalistische System zu stürzen und den Sozialismus aufzubauen. Dass das möglich ist, haben die russische und chinesische Revolution gezeigt.

Diese Auffassung beinhaltet eine Vorstellung von der Determiniertheit der Geschichte durch Entwicklungen, die weitgehend unabhängig vom Handeln der Klassen stattfinden, so etwa durch technologische Entwicklungen. Insbesondere werden dadurch auch Vorstellungen genährt, dass der Sozialismus quasi im Selbstlauf aufgrund der sich im Kapitalismus zuspitzenden Widersprüche kommen müsse. Derartige Vorstellungen hat es in der kommunistischen Bewegung in unterschiedlichen Ausprägungen immer wieder gegeben. Dieser Ansatz lässt sich auch bei der Entstehung des Kapitalismus nicht belegen. Es gab im Feudalismus keine Produktivkräfte, die die Überwindung des Feudalismus zum Kapitalismus erzwangen.

Die Theorie der Produktivkräfte ist nach Milios „[...] kaum kompatibel mit Marx' zentraler These vom >>Klassenkampf als der unmittelbaren Triebfeder der Geschichte<<.“⁵⁹ Diese Aussage von Marx besagt, dass das Handeln der jeweiligen Hauptklassen den Gang der Geschichte bestimmen. Anders gesagt: Nur der erfolgreiche Kampf der unterdrückten Klassen kann die bisher herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend umgestalten. Demgegenüber beinhaltet die Theorie der Produktivkräfte, dass die Fesselung der Produktivkräfte zu einem revolutionären Wandel der Produktionsverhältnisse führt.

Als Beispiel für Vertreter der zwei unterschiedlichen Erklärungsansätze von Marx führt Milios Aussagen von Stalin und Mao Tse-Tung an. Nach Milios Ansicht vertritt Stalin meist die Position der Rolle des Vorrangs der Produktivkräfte für die Umwandlung der Produktionsverhältnisse: „Stalin hat es selbst so formuliert: >>Zuerst verändern und entwickeln sich die Produktivkräfte der Gesellschaft und dann, *in Abhängigkeit* von diesen Veränderungen und *in Übereinstimmung mit ihnen*, verändern sich die Produktionsverhältnisse der Menschen, ihre ökonomischen Beziehungen<<.“⁶⁰ Milios beschreibt Maos gegensätzliche Position so: „Mao Tse-Tung und Theoretiker der Kommunistischen Partei Chinas haben in den 1960er-Jahren als Erste eine politisch einflussreiche Kritik an diesem Ansatz geübt. In einem in den Jahren 1961/1962 entstandenen Text kehrt Mao die Kausalkette zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen um. Mao schreibt: >>Zunächst muss man die Produktionsverhältnisse ändern, danach erst ergibt sich die Möglichkeit, die gesellschaftlichen Produktivkräfte in großem Ausmaß zu ändern. [...] <<“⁶¹ Es lassen sich bei Stalin wie bei Mao Äußerungen finden, die nicht so eindeutig wie die zitierten sind. Aber die Gegenüberstellung von Milios macht deutlich,

⁵⁸ Ebd., S. 36

⁵⁹ Ebd., S. 40

⁶⁰ Ebd., S. 36

⁶¹ Ebd., S. 36, 37

Rezension: Milios zur Entstehung des Kapitalismus

dass die verschiedenen Erklärungsansätze von Marx zu sehr gegensätzlichen Auffassungen führen.

Gemäß der Theorie der ursprünglichen Akkumulation sind die Kapitalbildung und die Herausbildung des freien Lohnarbeiters zwei unterschiedliche, nicht notwendig gekoppelte geschichtliche Prozesse, die zeitlich und räumlich zusammentreffen müssen, um den Keim zur Entwicklung einer kapitalistischen Gesellschaft zu legen. Auch die Dauerhaftigkeit kapitalistischer Verhältnisse hängt von den historischen Umständen ab. Besonderes Gewicht legt Milios darauf, die Gruppe der Geldbesitzer zu bestimmen. Er zitiert dazu aus Marx' Grundrissen: „Die Kapitalbildung geht daher nicht aus vom Grundeigentum [...], sondern vom Kaufmanns- und Wuchervermögen.“⁶²

Lenin und Kautsky zum Frühkapitalismus und zur Agrarfrage

Vor der Vertiefung der Diskussion über die ursprüngliche Akkumulation geht Milios auf die Klassenverhältnisse im vorrevolutionären Russland ein. Dabei wird die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse aus der Unterwerfung kleiner Warenproduzenten unter das Handelskapital deutlich.

Lenin analysierte die Entwicklungsstufe der russischen Gesellschaft folgendermaßen: „Russland ist ein kapitalistisches Land. Andererseits [...] ist Russland, verglichen mit anderen kapitalistischen Ländern noch sehr zurückgeblieben.“⁶³ Lenins Argument ist, dass sich die vorkapitalistischen Ausbeutungsformen und ihre sie beherrschenden Klassen in Auflösung befanden. Dieser Zerfall bereitet die wachsende Vorherrschaft kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse in Russland vor. Diese Entwicklung fand zunächst weniger durch den Aufbau von Großbetrieben statt, als durch die Unterwerfung der warenproduzierenden Bauern und Handwerker unter die Kaufleute, das Handelskapital. Das geschah dadurch, dass diese Kaufleute zunehmend Art, Menge und Preise der Waren der von ihnen abhängigen Produzenten bestimmten, wodurch die Warenproduzenten und ihre Produktionsmittel zunehmend von den Aufkäufern beherrscht wurden. Lenin schreibt dazu: „Die Arbeit für den Aufkäufer ist somit eine rückständige Form des Kapitalismus. [...]“⁶⁴ Seine Vorstellungen zum Entwicklungsstand des russischen Kapitalismus entwickelte Lenin insbesondere in Auseinandersetzung mit der Strömung der Narodniki, die die Großindustrie als einzig mögliche Form des Kapitalismus betrachteten und für Russland eine vom Volk getragene nicht-kapitalistische Entwicklung für möglich hielten.

Milios fasst die Auffassungen Lenins folgendermaßen zusammen: „Eine Gesellschaft ist nicht dann kapitalistisch, wenn die Mehrheit der Bevölkerung aus Lohnarbeitern und Werktätigen besteht, die formell dem Kapital untergeordnet sind, sondern sie ist dann kapitalistisch, wenn die dominierende Fraktion ihrer herrschenden Klassen kapitalistisch ist, das heißt die Grundform der Mehrarbeit die Form des Mehrwerts annimmt.“⁶⁵

⁶² Ebd., S. 45

⁶³ Ebd., S. 52

⁶⁴ Ebd., S. 56

⁶⁵ Ebd., S. 63

Milios stellt fest, dass Lenin in seinen Analysen nicht immer die besondere Rolle der Agrarwirtschaft in frühkapitalistischen Gesellschaften verstand. Die Rolle der Agrarwirtschaft in kapitalistischen Gesellschaften behandelt Milios mithilfe der Aussagen von Karl Kautskys Buch ‚Die Agrarfrage‘. Er stellt die Hauptaussage des Buchs so dar: „In diesem Buch stellt Kautsky die These auf, in kapitalistischen Gesellschaften sei die Agrarwirtschaft trotz der eindeutigen Produktivitätsvorteile großer Unternehmen in der Regel durch den Erhalt kleiner und mittlerer Unternehmen gekennzeichnet. Was solche kleineren nicht-kapitalistischen, aber marktorientierte Betriebe überlebensfähig mache, sei ihre Fähigkeit, die Preise ihrer Produkte zu senken, indem sie die absolute Rente und ihre Gewinne niedrighalten. Dies stehe Konzentrationsprozessen wie in der Industrie und der Dominanz des >>großen Agrarkapitals<< im Wege.“⁶⁶ Ein Nebeneffekt der Selbstausbeutung der Bauern war, dass die Reallöhne der Arbeiter wegen niedriger Lebensmittelpreise niedrig gehalten werden konnten. Nach Milios übernahm Lenin die Positionen Kautskys weitgehend. Selbstausbeutung gab es nicht nur bei den kleinen Bauern, sondern auch bei anderen kleinen Warenproduzenten. Die Untersuchungen Kautskys zum Beharrungsvermögen agrarischer Kleinbetriebe widersprechen Anschauungen, die die Entwicklung zum Kapitalismus in der zunehmenden Vorherrschaft kapitalistischer Prinzipien auf dem Land sehen.

In Kontakt-Treten, die Bedeutung historischer Konstellationen

Im folgenden Kapitel geht Milios auf die Ansichten der Vertreter der ‚Weltsystemtheorie‘ zur Entstehung des Kapitalismus ein. Die Diskussionen sind interessant und wichtig, würden hier aber zu weit führen.

Zwei Themen aus dem Kapitel über die marxistischen Erklärungsansätze zum Übergang des Feudalismus zum Kapitalismus sind für die Vertiefung der Argumentation des Autors zur ursprünglichen Akkumulation wichtig. Es geht dabei zum ersten um das Thema des „Gegenüber- und in Kontakt-Tretens“ und zum zweiten um die Rolle des Kaufmannskapitals bei der Entstehung des Kapitalismus. Zum ersten Thema bezieht sich Milios auf die Autoren Balibar, Deleuze/Guattari und Althusser. Er fasst deren Ansichten folgendermaßen zusammen: „Der Kapitalismus entstand zum einen durch die Begegnung des Geldbesitzers mit dem >>Proletarier, der von allem befreit ist außer seiner Arbeitskraft<< (das sind schon zwei Elemente die ihrer Begegnung vorausgingen). Zum anderen war er das Resultat eines bestimmten historischen Ereignisses, das es ermöglicht hatte, dass diese Begegnung überhaupt stattfinden und >>greifen<< konnte. Die Begegnung war aleatorisch, das heißt nicht >>vorherbestimmt<< (sie hätte womöglich auch gar nicht stattfinden können) oder es war nicht absehbar, dass sie tatsächlich >>greifen<< würde (sie hätte sich auch als vorübergehend und kurzlebig erweisen können).“⁶⁷ Von Althusser zitiert er die Aussage: „Wir können sogar einen Schritt weitergehen und vermuten, dass sich diese Begegnung in der Geschichte bereits mehrmals ereignet hatte, bevor sie im Westen stattfand, aber dass sie aufgrund eines fehlenden Moments nicht >>greifen<< konnte.“⁶⁸ Es sind also zwei voneinander unabhängige Entwicklungen, die in einer

⁶⁶ Ebd., S. 66

⁶⁷ Ebd., S. 97

⁶⁸ Ebd., S. 98

Rezension: Milios zur Entstehung des Kapitalismus

bestimmten historischen Konstellation zu einer kapitalistischen Entwicklung führen. Diese muss überdurchschnittlich profitabel, sein, um die gesellschaftlichen Beharrungskräfte zu überwinden und die Gesellschaft dauerhaft umzuwandeln. Dazu muss es dem Kapital gelingen, die Anzahl der freien Proletarier zu vergrößern, wobei der Staat eine wichtige Rolle spielen kann. Wie das in Venedig geschah, beschreibt Milios im zweiten Teil des Buchs.

Die unterschiedlichen Theorien von Marx zum Kaufmannskapital

In der Diskussion über die Rolle des Kaufmannskapitals bei der Herausbildung des Kapitalismus beschäftigt sich Milios auch mit der unter Marxisten viel diskutierte Frage, ob das Kaufmannskapital generell unproduktiv ist oder nicht. Er beginnt damit: „Marx hat in Band II des >>Kapitals<< ausführlich dargelegt, wie der allgemeine Kreislauf des Kapitals das Zusammentreffen dreier Momente oder einzelner Zirkulationsformen beinhaltet: die Zirkulation des Geldkapitals, die des produktiven Kapitals und die des Warenkapitals.“⁶⁹ Er zitiert dann Marx: „Betrachten wir nun die Gesamtbewegung G-W... P... W'-G', [...] Das Kapital erscheint uns hier als ein Wert, der eine Reihenfolge zusammenhängender, durch einander bedingter Verwandlungen durchläuft [...] Zwei dieser Phasen gehören der Zirkulationssphäre an, eine der Produktionssphäre. [...] Dieser Gesamtprozess ist daher ein Kreislaufprozess [...] Das Kapital, welches im Verlauf seines Gesamtkreislaufs diese Formen annimmt [...] ist *industrielles Kapital* - industriell hier in dem Sinn, dass es *jeden kapitalistisch betriebenen Produktionszweig* umfasst. [...] Geldkapital, Warenkapital, produktives Kapital *bezeichnen hier also nicht selbständige Kapitalsorten*, deren Funktionen den Inhalt gleichfalls selbständiger und voneinander getrennter Geschäftszweige bilden. Sie bezeichnen hier nur besondere Funktionsformen des industriellen Kapitals, *das sie alle drei nacheinander annimmt*.“⁷⁰ und folgert daraus, dass für Marx in der kapitalistischen Gesellschaft jede Form von Kapital, das am Gesamtumschlag des Kapitals beteiligt ist, industrielles Kapital ist.

Milios stellt aber auch fest: „Marx Analyse der produktiven Arbeit und des Kapitalkreislaufs steht allerdings neben einem weiteren Diskussionsstrang in seinen Spätschriften, insbesondere in Band III des >>Kapitals<<. Diesem zweiten Strang zufolge gibt es nicht-produktives Kapital: Handel- und Finanzkapital. Beide nutzen fremde Arbeitskraft, erzeugen aber keinen Mehrwert, da sie >>ganz in den Zirkulationsprozess gebannt [sind], ohne durch das Intervall des Produktionsprozesses, der außerhalb seiner eignen Funktion und Bewegung liegt, unterbrochen zu werden<<.“⁷¹

Milios vertritt die erstgenannte Aussage von Marx aus Band II des ‚Kapitals‘, dass in einer kapitalistischen Gesellschaft jedes Kapital, das sich Mehrwert aneignet, unabhängig von der Sphäre in der es beheimatet ist, produktives Kapital ist, sofern es der Gesamtproduktion dient. Die Anhänger des späteren Gedankengangs Marx‘ aus Band III des ‚Kapitals‘, die Finanz- und Handelskapital generell für unproduktiv halten, haben die

⁶⁹ Ebd., S.101

⁷⁰ Ebd., S.101, 102

⁷¹ Ebd., S. 102

Schwierigkeit, zu erklären, warum in einigen Bereichen dieser Sphären trotzdem ein zusätzlicher Gebrauchswert für die Waren entsteht, wie auch Marx beschreibt.

Bezüglich der Einordnung der Funktion von Teilen des Geldkapitals heute, sieht für mich die Situation anders aus. Die Frage ist, in welchem Umfang das Geldkapital heute noch dem Umschlag des Gesamtkapitals dient und damit als produktiv bezeichnet werden kann. Es gab auch in der Vergangenheit spekulatives Kapital, sein Umfang ist heute jedoch erheblich größer und übertrifft deutlich den Geldumfang, der für den Warenumschlag notwendig ist um ein Vielfaches. Inwieweit sich dadurch die Beurteilung der Rolle von Teilen des Geldkapitals ändern muss, ist eine eigene Diskussion.

Auf den Inhalt des nächsten Kapitels ‚Nichtmarxistische Sichtweisen auf die Ursprünge des Kapitalismus‘ gehe ich nicht ein. Erwähnen möchte ich jedoch aus dem Kapitel die Feststellung von Milios, dass die nicht-marxistischen Historiker stärker als die marxistischen die Bedeutung des Wucher- und Handelskapitals für die Entstehung des Kapitalismus erkennen. Die meisten von ihnen begreifen jedoch das Kapital nicht als ein auf der Ausbeutung von Lohnarbeit gegründetes Klassenverhältnis. Daher verorten einige dieser Autoren die Entwicklung zum Kapitalismus bereits in der Antike.

Charakteristika vorkapitalistischer Gesellschaften

Zur Vorbereitung der Darstellung der frühkapitalistischen Entwicklung in Venedig behandelt Milios die Produktionsweisen und die Rolle des Geldbesitzes in vorkapitalistischen Gesellschaften. Er beginnt mit Begriffsdefinitionen, die seinen weiteren Ausführungen dienen. Unter der Nutzung von Produktionsmitteln versteht er ihre Anwendung, also die Gruppe der unmittelbaren Produzenten. Unter dem Besitz der Produktionsmittel versteht er die Macht, sie in Bewegung zu setzen und den Produktionsprozess zu steuern. Unter dem Eigentum an Produktionsmitteln versteht er die Macht, sich den erzeugten Mehrwert anzueignen. „Ökonomisch betrachtet ist jede Produktionsweise durch eine besondere Kombination dieser drei grundlegenden Verhältnisse gekennzeichnet. Die jeweilige Kombination bildet die ökonomische Grundlage der Produktionsweise und entscheidet darüber, welche dieser drei Komponenten (die ökonomische, die juristisch-politische oder die ideologische) *bestimmend* ist.“⁷² Im Kapitalismus fallen Besitz und Eigentum zusammen, in den vorkapitalistischen Gesellschaftsformen nicht. In diesen waren die Produktionsmittel meist in den Händen der Produzenten, weshalb es außerökonomischen Zwang erforderte, sich den Mehrwert anzueignen. Weil Besitz und Eigentum im Prinzip im Kapitalismus zusammenfallen ist ein derartiger Zwang in der Regel in dem entwickelten Stadium des Kapitalismus nicht mehr notwendig. Charakteristisch für die vorkapitalistischen Gesellschaften ist nach Milios: „Die herrschende Klasse besitzt nicht die Produktionsmittel. Diese befinden sich – zusammen mit dem Nutzungsverhältnis – in den Händen der beherrschten Klassen.“⁷³ Ich weiß nicht, welche Begriffe Milios in seinem englischen Originalmanuskript verwendet hat. Im Deutschen sind die Begriffe Besitz und Eigentum weitgehend gleichbedeutend. Meiner Meinung nach, wäre es besser,

⁷² Ebd., S.129, 130

⁷³ Ebd., S. 133, 134

Rezension: Milios zur Entstehung des Kapitalismus

seinen Begriff ‚Besitz‘ im Deutschen durch Management, Leitung oder Verantwortung zu ersetzen, denn das ist das, was er meint.

Milios handelt seine These anhand des Feudalismus, der asiatischen Produktionsweise und der klassischen griechischen Sklavenhaltergesellschaft ab. Im Feudalismus befand sich der Boden im Besitz der Feudalherren, die Produktionsmittel aber nicht. Der Mehrwert wurde durch Fronarbeit und Abgaben angeeignet, dazu waren außerökonomische Zwänge notwendig.

Bei der asiatischen Produktionsweise war der Boden Staatseigentum, es gab auch keinen Privatbesitz an Produktionsmitteln. Der Mehrwert wurde durch den Staat mithilfe von lokalen Beamten aufgrund der Tributpflicht hauptsächlich in Form von Geld angeeignet. Es wird durch die Dörfer und Städte eingezogen, in denen die Produzenten organisiert sind, und die gleichzeitig auch den Zugang zu den Produktionsmitteln regeln. Es hing von der Stärke der Zentralmacht ab, wie gut die Mehrwertabschöpfung gelang.

In der griechischen Antike und im römischen Reich beruhte nach Milios die politische Herrschaft auf einer besonderen Form der Sklavenarbeit. In der klassischen, von Marx als patriarchal bezeichneten Sklaverei hielt sich der Sklavenbesitzer vollständig aus dem Produktionsprozess heraus, indem er ihn einer Sonderkategorie von Sklaven als Aufseher überließ. Diese waren also die Besitzer bzw. Leiter des Produktionsprozesses. Der Eigentümer der Produktionsmittel schöpfte den Mehrwert vornehmlich als Sacheinkünfte aus dem Grundbesitz ab.⁷⁴ Wie in der asiatischen Produktionsweise und im Feudalismus gab es also eine Trennung von Eigentum und Besitz von Produktionsmitteln, wenn auch in unterschiedlicher Form. Neben der patriarchalen Sklavenarbeit gab es auch Sklavenarbeit in der Warenproduktion und im Handel. Diese Sklavenbesitzer waren jedoch keine Bürger und konnten es auch nicht werden. Sie waren nicht in der Lage, die herrschende Klasse der Grundbesitzer zu entmachten.

Vorkapitalistische geldvermehrnde Produktionsweisen

In jeder Gesellschaft gibt es eine dominierende Produktionsweise. Daneben existierten aber immer auch andere Produktionsformen. „In den Gesellschaften der Antike wie auch in anderen Gesellschaften, die auf unfreier Arbeit aufbau(t)en, existierte jedoch eine eigenständige ausbeuterische Produktionsweise, die auf Sklaverei beruhte und durch die Konzentration sowohl der Eigentums- als auch der Besitzverhältnisse in den Händen der Sklavenhalter gekennzeichnet ist. Charakteristisch für diese Produktionsweise ist die *Anwesenheit des Sklavenbesitzers im Produktionsprozess*, einer auf den Markt ausgerichteten Produktion, bei der sich der Surplus in Geldform angeeignet wird. Ich nenne diese nicht-dominante vorkapitalistische Produktionsweise *auf Sklaverei beruhende geldvermehrnde Produktionsweise*.“⁷⁵ Typisches Beispiel dafür ist der Fernhandel der patriarchalen Sklaverei. Es wurden von Sklaven produzierte Waren mithilfe von Sklaven an andere Orte transportiert und mit Gewinn verkauft.

Neben dieser Form der vorkapitalistischen Geldvermehrung gab es noch die Geldverleiher, die an Grundeigentümer, Bauern und Handwerker Geld verliehen. Vor allem

⁷⁴ Ebd., S. 142

⁷⁵ Ebd., S. 138

durch Wucher entstanden große Geldkapitale. Dass diese beiden Typen von Geldbesitzern zunächst nicht immer eine kapitalistische Produktionsform entwickeln konnten, lag daran, dass kein freies Proletariat vorhanden war. Milios zitiert Marx: „Wie weit aber dieser Prozess die alte Produktionsweise aufhebt, wie dies im modernen Europa der Fall war, und ob er an ihrer Stelle die kapitalistische Produktionsweise setzt, hängt ganz von der historischen Entwicklungsstufe und den damit gegebenen Umständen ab.“⁷⁶ Auf Sklaverei beruhende Produktionsformen verschwanden nicht mit dem Untergang der klassischen patriarchalen Sklavenhaltergesellschaft. Sie bestanden vor allem in den italienischen Städten und den Kolonien noch eine lange Zeit weiter. Die Beschaffung von Sklaven war auch ein wichtiges Motiv für die Kreuzzüge des Mittelalters.⁷⁷

Die Vertreter der These von einer Existenz kapitalistischer Produktion bereits in der Antike setzen fälschlicherweise Warenproduktion mit Kapitalismus und die auf Sklavenarbeit beruhende geldvermehrnde Produktion mit der auf Lohnarbeit basierenden kapitalistischen Produktionsweise gleich. Ein weiterer Irrtum ist die Annahme, diese Art der Produktion habe in den antiken Gesellschaften eine Dominanz erlangt. Dennoch gibt es zwischen diesen beiden Formen auch Ähnlichkeiten: „[...] marktorientierte Tätigkeiten, die auf einen monetären Gewinn als Selbstzweck abzielen, >>ihr Geld schrankenlos zu vermehren<< (Aristoteles).“⁷⁸ So konnte die auf Sklavenarbeit basierende geldvermehrnde Produktionsweise durchaus als Unterstützung und Wegbereiter der kapitalistischen Produktionsweise dienen und mit ihr koexistieren.

Milios stellt fest, dass dem Zwang der vorkapitalistischen Gesellschaft nicht eine freiere kapitalistische Gesellschaft folgte: „*Kapitalismus ist nicht das Reich der Freiheit. Es ist ein gesellschaftliches System, in dem der direkte Zwang, der die ökonomische Ausbeutung der Beherrschten durch die herrschende Klasse sicherstellt, Teil der ökonomischen Beziehung selbst geworden ist. >>Freiheit<< ist dann nichts als die Erscheinungsform eines historisch-spezifischen (kapitalistischen!) Systems der Klassenherrschaft und -ausbeutung.*“⁷⁹ In der Anfangszeit des Kapitalismus wurden der Sklavenhaltergesellschaft vergleichbare Zwangsmethoden zur Erzeugung und Erweiterung des Proletariats angewendet. Sie ließen in dem Umfang nach, wie es zur Existenzerhaltung keine Alternative zur Lohnarbeit gab und damit die Lohnarbeit zur sozialen Normalität wurde.

Bevor Milios anhand der Entwicklung Venedigs auf die Entstehung kapitalistischer Produktionsformen konkret eingeht, beschreibt er die Fortentwicklung der geldvermehrnden Produktionsweisen. Sie entwickelten sich zu ökonomischen Partnerschaften von Geldbesitzern und Arbeitskraftbesitzern. Den Grund für solche Partnerschaften erläutert Milios an einem Bereich, in dem sie weit verbreitet waren, den Handelsreisen. Handelsreisen dauerten lang und noch länger brauchte es, bis die Handelsunternehmer das eingesetzte Kapital und die Erlöse erhielten, darüber hinaus drohte der Verlust von Schiffen. Es ist offensichtlich, dass die Handelsreisen in vielerlei Hinsicht eine Vorfinanzierung von mehreren Partnern brauchten. Die Partner für derartige Unternehmen waren auf der

⁷⁶ Ebd., S. 141

⁷⁷ Ebd., S. 144

⁷⁸ Ebd., S. 148, 149

⁷⁹ Ebd., S. 152

Rezension: Milios zur Entstehung des Kapitalismus

einen Seite die Geldbesitzer und auf der anderen Seite die Handelsunternehmer, die die Arbeitskräfte stellten. Sie können sich per Kontrakt die Vorfinanzierung und die Risiken auf unterschiedliche Weise teilen. Die Vorfinanzierung erforderte ein allgemein anerkanntes Geldsystem, das heißt, eine Monetarisierung der Gesellschaft. Darüber hinaus war es notwendig, rechtlich verbindliche Formen, für Kredit- und Investitionsvereinbarungen zu etablieren. Milios beschreibt eine Anzahl von verschiedenen Partnerschaftstypen, sie variierten von Land zu Land.

Die Entstehung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in Venedig

Venedig war aufgrund seiner geografischen Lage von Anfang an stark von Seehandel, Schifffahrt und Schiffbau geprägt. Darüber hinaus besaß der Stadtstaat durch seine lange Zugehörigkeit zum byzantinischen Reich eine zentralistische staatliche Verwaltung und eine vom römischen Recht übernommene Rechtsverfassung.

„Ein Großteil der Wirtschaftstätigkeit in Venedig bestand aus Formen der einfachen Warenproduktion und einem ursprünglichen Modell der hybriden Produktionsweise durch Kleinstunternehmen (siehe Kapitel 7). Es gab darüber hinaus selbstverständlich die auf Sklaverei basierende geldvermehrnde Produktionsweise (siehe ebd.), die aber eine untergeordnete Rolle spielte. Feudale Beziehungen hatten weiterhin Bestand, da wohlhabende venezianische Grundbesitzer große Ländereien auf dem Festland besaßen und immer noch Leibeigene ausbeuteten, aber auch das war von marginaler Bedeutung im Vergleich zu den nicht-agrarischen, maritimen und handwerklichen Sektoren.“⁸⁰ Als „hybride Produktionsweise“ bezeichnet Milios Kleinunternehmen, die nur wenige Lohnarbeiter beschäftigen und in denen der Eigentümer noch selbst am Produktionsprozess teilnimmt. Sie gehören nicht zur Kapitalistenklasse, sondern stellen eine Zwischenklasse zwischen der Lohnarbeit und dem Kapital dar. Dazu gehören zum Beispiel auch selbständige Handwerker und Bauern oder kleine Händler, die sich keinen von anderen geschaffenen Mehrwert aneignen.

Milios fasst die frühe Entwicklung Venedigs so zusammen: „Bis zum Ende des 13. Jahrhunderts blieb Venedig ein Stadtstaat mit einer vorkapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft unter der ökonomischen, politischen und sozialen Herrschaft einer Klasse von Patriziern, die vornehmlich dem Handel oder der Reederei nachgingen oder staatlichen Unternehmungen vorstanden. Die auf Geldvermehrung setzenden ökonomischen Tätigkeiten dieser venezianischen herrschenden Klasse stellten einen unbestimmten Prozess der, um einen Begriff von Marx zu verwenden, *ursprünglichen Akkumulation* dar. Ein Part in diesem Prozess, die venezianischen Geldeigentümer und der von ihnen kontrollierte Staat, hatte bereits schon die Merkmale einer >>unechten Bourgeoisie<< angenommen. Den anderen Part jedoch, den *besitzlosen* Proletarier gab es in seiner Reinform noch nicht, warum wir auch von der Bourgeoisie als einer *unechten* sprechen.“⁸¹ Bezüglich der Matrosen schreibt er, dass, „[...] die gezahlten Löhne für die Besatzungsmitglieder nicht die einzige und in der Regel nicht einmal die entscheidenden waren.“⁸² Sie

⁸⁰ Ebd., S. 200

⁸¹ Ebd., S. 209

⁸² Ebd., S. 207

konnten eigene Waren zum Verkauf mitführen und erhielten nach erfolgreichem Abschluss der Handelsfahrt zusätzlich eine Gewinnbeteiligung.

Der Zerfall des byzantinischen Reiches im 13. Jahrhundert führte zu einer neuen politischen und ökonomischen Ordnung im Mittelmeerraum, dessen Gewinner vor allem Venedig und Genua waren, die in mehreren Kriegen um die Vorherrschaft im Seehandel kämpften, wobei Genua lange Zeit erfolgreicher war. Dabei erwarb Venedig zahlreiche Kolonien, Inseln wie Kreta und Zypern, sowie zahlreiche Stützpunkte auf dem Festland. Vor allem mit dem Erstarken des osmanischen Reiches verlor Venedig einen Teil seiner Territorialansprüche, konnte aber weitgehend seine Handelsprivilegien verteidigen. Die Erweiterung des Machtgebiets Venedigs erforderte eine vergrößerte Militär- und Handelsflotte, die wiederum mehr Besatzung und mehr Arbeiter im Schiffbau erforderte.

Die zahlreichen Kriege führten dazu, dass der Stadtstaat Venedig einen Wandel der politischen und ökonomischen Strukturen durchführen musste. Es „[...] zeichnete den venezianischen Staat seit dem 12. Jahrhundert die Tendenz aus, die Produktionsprozesse zu kontrollieren und sich die Ressourcen, Mittel und Bereiche anzueignen, die damals aus militärischer als auch aus wirtschaftlicher Sicht von entscheidender Bedeutung waren. Beispiele hierfür sind der Schiffbau, die Herstellung von Seilen, Segeln und sonstigem Schiffszubehör. In den stürmischen Zeiten des 14. Jahrhunderts wurde ein Teil dieser staatlichen Produktionsstätten in riesige Manufakturen verwandelt, die auf der Grundlage des Verhältnisses von Kapital und Lohnarbeit funktionierten. Das war der Ort, wo die Begegnung des eigentumslosen Proletariats mit dem Geldbesitzer zustande kam – in diesem Fall mit einem kollektiven Geldbesitzer, der Kommune Venedig, verkörpert durch einen oder mehrere Staatsbeamte(n).“⁸³ In staatlichem Besitz waren vor allem das Arsenal (Schiffbau und Reparatur), Tana (Seile und Taue) und Zecca (Münzprägestalt). Der staatliche Schiffsbau führte auch zu einer teilweisen Verstaatlichung der Handelsflotte. Neben den großen staatlichen Manufakturen entwickelten sich zahlreiche kleine und mittlere private Manufakturen, vor allem im Druckereiwesen, der Metallbearbeitung, der Glas- Tuch- und Seidenindustrie.

Zu den Arbeitern schreibt Fernand Braudel: „Zwei Arbeitswelten existieren nebeneinander: zum einen die der ungelerten, nichtorganisierten und daher ungesicherten Arbeitskräfte einschließlich des >>Seeproletariats<< (F.C. Lane) aus Transportarbeitern, Schauerleuten, Matrosen, Ruderern; und zum anderen die Welt der *Arti*, der Zünfte, in denen die verschiedenen in der Stadt vertretenen Gewerbe zusammengeschlossen sind. Manchmal verwischt sich die Grenze zwischen den beiden Welten, so dass der Historiker nicht weiß, welcher er die beobachteten Berufszweige zuordnen soll.“⁸⁴ Nach Braudel waren zwei Drittel der Arbeiter (22 504) in Zünften organisiert, der Rest (11 348) waren ‚freie‘ Arbeiter⁸⁵. Für Seeleute gab es einen Arbeitsmarkt vor dem Dogenpalast. Auch die in Zünften organisierten Arbeiter waren Lohnarbeiter, falls sie nicht eigene Produktionsmittel besaßen, sie waren aber privilegiert.

⁸³ Ebd., S. 221

⁸⁴ Fernand Braudel, S. 141

⁸⁵Ebd., S. 142

Rezension: Milios zur Entstehung des Kapitalismus

Die einheimischen Arbeitskräfte Venedigs reichten nicht mehr zur Abdeckung des Arbeitskräftebedarfs aus, so dass zu Zwangsrekrutierungsmaßnahmen gegriffen wurde: „Von den venezianischen Behörden beauftragte Drückerkolonnen schafften Zwangsarbeiter aus Kreta und Dalmatien nach Venedig; zur gleichen Zeit wurden Kriegsgefangene als Galeerensklaven und Sklaven aus der Schwarzmeerregion als Ruderer eingesetzt. Neben der kapitalistischen Ausbeutung kam es auf den venezianischen Handelsschiffen zu einer Wiederbelebung der auf Sklaverei beruhenden geldvermehrenden Produktionsweise.“⁸⁶ Kriege, die Verwaltung der Kolonien und Pestepidemien trugen dazu bei, dass Venedig immer auch auf einen kontinuierlichen Zustrom an Bevölkerung vom Festland angewiesen war. Vor allem dem Handel fehlten Arbeitskräfte. Der Staat hatte, vermutlich aus Steuergründen, den Besatzungen verboten, eigenen Handel zu betreiben, so dass ihr Sold letztendlich zu ihrer einzigen Einkommensquelle wurde.⁸⁷ Interessant an dem Befund von Milios ist auch, dass in Venedig offensichtlich im Handel die ersten Proletarier auftraten. Das widerspricht Auffassungen, die das Auftreten des Proletariats einseitig mit dem Beginn der Industrialisierung verknüpfen.

Zur Rolle des venezianischen Staats bei der Erzwingung des freien Lohnarbeiters schreibt Milios: „Schließlich war es der Staat, der gegen Ende des 14. Jahrhunderts auf die Verallgemeinerung und Stabilisierung der Lohnverhältnisse drängte, indem er bis dahin gängige Formen der >>Assoziation<< zwischen Geldbesitzern und Arbeitern unterband und damit letztendlich die Ersteren in Kapitalisten und die Mehrheit der Letzteren in Proletarier verwandelte.“⁸⁸ Venedigs Staat spielte bei der Durchsetzung des Lohnarbeitsverhältnisses nicht nur eine dominierende Rolle, sondern auch die des Vorreiters. Seinem Beispiel bei der Erzwingung der Lohnarbeit folgten weitere Stadtstaaten in Norditalien, Nordeuropa und in der atlantischen Welt.

Die mehrfachen langandauernden Kriege zwischen Venedig und Genua, gegen die Piraten, das aufsteigende osmanische Reich und gegen Mailand erforderten in Venedig erhöhte Zusatzausgaben, die nicht mit den in Friedenszeiten üblichen Mitteln bestritten werden konnten. Venedig gab Anleihen heraus und erhob Zwangsanleihen von den Reichen, die anfangs mit 5% verzinst wurden. Es entstand ein Finanzmarkt, auf dem mit Staatsanleihen gehandelt werden konnte und wurde. Milios zitiert Marx: „Das System des öffentlichen Kredits, d.h. der Staatsschulden, dessen Ursprünge wir in Genua und Venedig schon im Mittelalter entdecken, nahm Besitz von ganz Europa während der Manufakturperiode. [...] Die öffentliche Schuld wird einer der energischsten Hebel der ursprünglichen Akkumulation.“⁸⁹ Milios beschreibt ausführlich die Entwicklung von der Finanzierung der Staatsschulden hin zu einem kapitalistischen Finanzwesen. Es fand schrittweise eine zunehmende Monetarisierung der venezianischen Gesellschaft statt, die schon früh mit den Seekrediten begonnen hatte. Später kamen Seeversicherungen für die Handelsfahrten hinzu. Direkte Steuern wurden in Venedig erst ab der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts erhoben.

⁸⁶ Milios, S. 229, 230

⁸⁷ Ebd., S. 227

⁸⁸ Ebd., S. 261

⁸⁹ Ebd., S. 231

Nach der Darstellung von Milios ist die Entwicklung des Kapitalismus in Venedig kein Übergang, der einen Feudalismus überwand, sondern das Ergebnis des Zusammenstreffens einer schon vorhandenen Klasse von vorkapitalistischen Geldbesitzern und des Staates mit einem, wesentlich durch staatliches Handeln erzwungenem Proletariat. Das staatliche Handeln wurde stark durch die Erfordernisse der Kriege um die Vorherrschaft im Seehandel und den Erwerb und Erhalt der Kolonien bestimmt. Dies erforderte vor allem drei Maßnahmen, zum einen die staatliche Großproduktion von Schiffen und Kriegswaffen, zum anderen die Herbeiführung eines Systems von Lohnarbeit. Darüber hinaus musste ein Finanzsystem geschaffen werden, das die Finanzierung jeder Art von Geschäften möglich machte.

Die weitere Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in Venedig

Nach der Darstellung der Etablierung der kapitalistischen Produktionsweise in Venedig durch das Zusammentreffen von Staat und geldvermehrendem Kapital mit dem ‚freien‘ Lohnarbeiter geht Milios der Frage nach, ob die kapitalistische Entwicklung in Venedig Bestand hatte. Diese Frage ist Bestandteil der im ersten Teil des Buchs diskutierten Frage, wie sich die geldvermehrnde Produktion dauerhaft in eine kapitalistische geldvermehrnde Produktion verwandeln kann. Dazu setzt sich Milios mit verschiedenen Autoren auseinander.

Wie beschrieben, setzt Milios für Venedig den Übergang zum Kapitalismus für das Ende des 14. Jahrhunderts an. Im 15. Jahrhundert findet in Europa eine Machtverschiebung zu den Territorialstaaten und Atlantikanrainern Portugal, Spanien, Frankreich und England und zum außereuropäischen Handel statt, der eine andere Schiffstechnik erforderte. Dadurch wurde Venedigs Vorherrschaft im internationalen Handel geschwächt, weil der Mittelmeerraum seine zuvor zentrale Bedeutung verlor. So verlor Venedig zum Beispiel den Gewürzhandel an Portugal. Außerdem verschob sich das Zentrum der Warenproduktion zunehmend in Städte im nördlichen Europa, wie Brügge, Antwerpen, Amsterdam, London und andere. „Spätestens ab dem späten 16. Jahrhundert wurde die kommerzielle Vormachtstellung von Venedig durch neue Rivalen herausgefordert. Es fand daraufhin eine Umstrukturierung der venezianischen Wirtschaft statt, beruhend auf dem raschen Wachstum des Manufaktur- und Finanzwesens.“⁹⁰ Venedig, blieb aber ein maßgebliches Wirtschaftszentrum Europas. Es ist spannend, diese Entwicklung im Buch nachzulesen.

Milios fasst die weitere kapitalistische Entwicklung Venedigs so zusammen:“ Trotz >>relativer Rückschläge<<, vielfältiger Krisen und Erholungen, Umstrukturierungen und Veränderungen, was die Bedeutung einzelner Wirtschaftsbereiche angeht, blieb Venedig bis zu seinem Zusammenbruch als unabhängiger Staat im Jahr 1797 immer eine kapitalistische Gesellschaftsformation.“⁹¹

Die kapitalistische Produktionsweise impliziert Krisen. Auch Venedig blieb von ökonomischen und Krisen des Finanzsystems nicht verschont. Hinzu kam, dass Venedig in einem Zeitraum von 50 Jahren von zwei katastrophalen Pestepidemien heimgesucht

⁹⁰ Ebd., S. 248

⁹¹ Ebd., S. 259

Rezension: Milios zur Entstehung des Kapitalismus

wurde, die nicht unwesentlich zum politischen und wirtschaftlichen Niedergang beitragen.⁹²

Schlussbemerkungen

Milios Buch zur Entstehung des Kapitalismus behandelt eine Reihe von unter Marxisten kontrovers diskutierten Thesen.

Seine Kernaussage ist, dass nicht der Widerspruch zwischen dem Stand der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen zum Kapitalismus führt, sondern das Zusammentreffen von Geldbesitzern und ‚freien‘ Lohnarbeitern. Ob und wie das stattfindet, ist vom geschichtlichen Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung eines Landes abhängig. Kann sich die Lohnarbeit etablieren, so wird aus den verschiedenen Typen der vorkapitalistischen geldvermehrenden Kapitalbesitzer der lohnausbeutende Kapitalist. Bei dieser Entwicklung kann der Staat, wie im Fall Venedigs, eine prominente Rolle spielen.

Die Aussagen des Buchs haben Konsequenzen für die Debatten darüber, wann und wie grundlegende Umwandlungen von gesellschaftlichen Verhältnissen stattfinden. Demnach können sich vorkapitalistische Gesellschaften von unterschiedlichem Gesellschaftstyp und Entwicklungsstand zu kapitalistischen Gesellschaften entwickeln, die dann auch unterschiedliche Besonderheiten an Produktionsformen herausbilden. Gemeinsam ist ihnen, dass sich das Kapital den Mehrwert durch die Ausbeutung von Lohnarbeit aneignet. Die Analyse der Entwicklung des Kapitalismus in Venedig zeigt, dass die Entwicklung des Kapitalismus in England nicht der Normalfall sein muss.

Grundsätzliche Fragen wie beim Übergang zum Kapitalismus stellen sich auch beim Übergang zum Sozialismus, wie die Diskussionen über den Charakter der russischen und chinesischen Revolution zeigen. Offensichtlich sind Revolutionen mit dem Ziel des Aufbaus des Sozialismus auch in wenig entwickelten kapitalistischen Ländern möglich und in hoch entwickelten kapitalistischen Ländern nicht zwingend. Es stellen sich Fragen nach dem Charakter der Revolution in rückständigen Ländern, ob sie notwendig scheitern müssen beziehungsweise, welche Fehler der kommunistischen Partei zu ihrem Scheitern führte. Zur russischen Oktoberrevolution sind in den AzD 84-86 und 88-90 eine Reihe von Artikeln erschienen.

Literatur

Milios, Jannis: Eine zufällige Begegnung in Venedig Die Entstehung des Kapitalismus als Gesellschaftssystem. Dietz Verlag Berlin. 2021.

Braudel, Fernand: Sozialgeschichte des 15. – 18. Jahrhunderts Aufbruch zur Weltwirtschaft, Kindler Verlag, München, 1990.

⁹² Ebd., S. 256 f.